

16. Sitzung

am Dienstag, dem 15. September 2020

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Leer stehende
Hausmeisterwohnungen für
Schulbetrieb nutzen**

Anfrage der Abgeordneten Hupe,
Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
vom 1. Juli 2020 759

**Anfrage 2: Digitalisierung der Beiräte
und Ortsämter: Wie ist der Sachstand,
und wie sind die weiteren Planungen?**

Anfrage der Abgeordneten Schäck, Dr.
Buhlert, Frau Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 1. Juli 2020 760

**Anfrage 3: Turnhallensituation im
Gröpelinger Ortsteil Oslebshausen**

Anfrage der Abgeordneten Lübke,
Strohmann, Röwekamp und Fraktion
der CDU
vom 6. Juli 2020 761

**Anfrage 4: Projekt „Kids in die Bäder“
– ein Erfolgsmodell?**

Anfrage der Abgeordneten Lübke,
Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2020 764

**Anfrage 5: Spenden für
Honorarprofessoren der
Volkshochschule Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer,
Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 9. Juli 2020 766

**Anfrage 6: Verkehrssicherheit am
Veegesacker Bahnhof**

Anfrage der Abgeordneten Frau
Tegeler, Schumann, Frau Leonidakis
und Fraktion DIE LINKE
vom 15. Juli 2020 768

**Anfrage 7: Information über und
Vergabe von Notdienstplätzen in
Einrichtungen der
Kindertagesbetreuung**

Anfrage der Abgeordneten Frau
Ahrens, Röwekamp und Fraktion der
CDU
vom 17. Juli 2020 769

**Anfrage 8: Hilft der „HanseSani“
auch, Krankenhauseinweisungen aus
Pflegeheimen zu verringern?**

Anfrage der Abgeordneten Frau
Grönert, Röwekamp und Fraktion der
CDU
vom 23. Juli 2020 771

**Anfrage 9: Recyclingstation in
Bremen-Horn**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert,
Frau Bergmann, Frau Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 27. Juli 2020 772

Die schriftlich beantworteten Anfragen
der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde773**Den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern mit Verbrennungsmotor reduzieren – Gesundheitsschutz bei der Anwendung verbessern, Umwelt schützen****Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 1. Juli 2020 (Drucksache 20/278 S)**

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	774
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	775
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE).....	776
Abgeordneter Michalik (CDU).....	776
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	778
Bürgermeisterin Dr. Schaefer.....	779
Abstimmung	780

Für ein sauberes Bremen mit mehr Aufenthaltsqualität!**Antrag der Fraktion der FDP vom 5. August 2020 (Drucksache 20/289 S)**

Abgeordnete Wischhusen (FDP).....	780
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	782
Abgeordneter Michalik (CDU).....	783
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE).....	784
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	785
Bürgermeisterin Dr. Schaefer.....	786
Abstimmung	787

Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen erhalten – Kajeninfrastruktur in den stadtbremischen Überseehäfen an aktuelle und zukünftige Bedarfe anpassen**Antrag der Fraktion der CDU vom 3. September 2020 (Drucksache 20/298 S)**

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU).....	788
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	789
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	790
Abgeordneter Stahmann (SPD).....	791
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE).....	791
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	792
Abgeordneter Meyer-Heder (CDU).....	793

Staatsrat Cordßen	794
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP).....	795
Abstimmung	795

Zukunftsfeste Weiterentwicklung des Klinikverbunds Gesundheit Nord (GeNo) vorantreiben – Wirtschaftliche Solidität sicherstellen!**Antrag der Fraktion der FDP vom 15. September 2020 (Drucksache 20/306 S)****Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!
Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/190 S)****Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!****Antrag der Fraktion der CDU vom 24. September 2019 (Drucksache 20/42 S)****Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!****Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/191 S)****Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten****Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 7. Juli 2020 (Drucksache 20/281 S)**

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP).....	796
Abgeordneter Bensch (CDU)	797
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	798
Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen)	800
Abgeordneter Gottschalk (SPD)	801
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	802
Abgeordneter Gottschalk (SPD)	803

Abgeordneter Bensch (CDU)	804	Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 167. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)	
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	806	Mitteilung des Senats vom 1. September 2020	
Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen)	807	(Drucksache 20/297 S)	821
Senatorin Bernhard	807		
Abgeordneter Bensch (CDU)	809		
Abstimmung	810		
Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!		Anhang zum Plenarprotokoll	
Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Dezember 2019 (Drucksache 20/100 S)		Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 15. September 2020	822
Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!		Anfrage 10: Wie kann die persönliche Beratung im Jobcenter wieder gewährleistet werden?	
Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung vom 18. Juni 2020 (Drucksache 20/195 S)		Anfrage der Abgeordneten Frau Pfeiffer, Güngör und Fraktion der SPD vom 28. Juli 2020	822
Abgeordnete Averwenser (CDU)	810	Anfrage 11: Kinderschutzambulanz und neues Kinderkrankenhaus	
Abgeordnete Krümpfer (SPD)	811	Anfrage der Abgeordneten Frau Görgü-Philipp, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 2020	823
Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)	813	Anfrage 12: Bauarbeiten und damit einhergehende Verkehrsprobleme rund um den Schwachhauser Ring	
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)	813	Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Frau Schiemann, Güngör und Fraktion der SPD vom 18. August 2020	824
Abgeordnete Bergmann (FDP)	815	Anfrage 13: Laxer Umgang mit den „Coronaregeln“ bei den Bremer Bädern?	
Abgeordnete Averwenser (CDU)	816	Anfrage der Abgeordneten Eckhoff, Lübke, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. August 2020	825
Abgeordnete Krümpfer (SPD)	817	Anfrage 14: Immer noch kein Tempo 30 an der Stromer Landstraße	
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)	817	Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Imhoff, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. September 2020	
Abgeordnete Bergmann (FDP)	818	Diese Anfrage wurde zurückgezogen	826
Senatorin Dr. Bogedan	819		
Abstimmung	820		
Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A 27			
Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2020 (Drucksache 20/285 S)	820		

Anfrage 15: Einschränkungen bei der Nutzung der Sportstätten der Universität Bremen

Anfrage der Abgeordneten Lübke, Frau Grobien, Frau Averwenser, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2020826

Anfrage 16: Huchtinger Stadtteilhaus auch ein Jahr nach schwerem Brand weiterhin nicht nutzbar

Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Averwenser, Bodeit, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. September 2020
Diese Anfrage wurde zurückgezogen.....827

Anfrage 17: Warum bleibt das Huchtinger Schwimmbad für den allgemeinen Publikumsbetrieb geschlossen?

Anfrage der Abgeordneten Tuncel, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 8. September 2020..... 827

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Eckhoff, Frau Schiemann

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die 16. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 10, Tagesordnungspunkt 13 und Tagesordnungspunkt 15 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 20 und um den Tagesordnungspunkt 21.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 17 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfragen 14 und 16 wurden zwischenzeitlich von den Fragestellern zurückgezogen.

Anfrage 1: Leer stehende Hausmeisterwohnungen für Schulbetrieb nutzen

Anfrage der Abgeordneten Hupe, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juli 2020

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um zeitnah derzeit leer stehende Hausmeisterwohnungen und -gebäude für die jeweilige Schule mit einer anderen Nutzung, etwa im Rahmen des Schulkonzepts zum Beispiel für die Nutzung als Differenzierungsraum im Rahmen des Ganztags, nutzbar zu machen?

2. Welche konkreten Pläne verfolgt der Senat, um sicherzustellen, dass die leer stehenden Hausmeisterwohnungen und -gebäude tatsächlich auch zeitnah schulisch genutzt werden können?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Grundsätzlich bestehen an einigen Schulstandorten Bedarfe zur schulischen Nutzung, die sich auch durch die Nutzung von freigezogenen Dienstwohnungen/Diensthäusern decken ließen. Als mögliche Nutzungsoptionen kommen zum Beispiel Differenzierungsflächen, Lehrerarbeitsplätze, Ganztagsräume sowie Verwaltungsräume infrage.

Die Flächen der Hausmeisterwohnungen sind bauordnungsrechtlich ursprünglich als Wohnräume genehmigt. Für eine Umnutzung ist ein Bauantrag für eine Nutzungsänderung erforderlich, mit welchem Immobilien Bremen AöR beauftragt und der von dort initiiert werden muss. Im Rahmen dieser Umnutzung sind in vielen Fällen erhebliche bauliche Anforderungen zu erfüllen, die einer zeitnahen Inbetriebnahme durch die Schule entgegenstehen. Vor einer Nutzungsänderung erfolgt zudem eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, um Aufwand und Nutzen ins Verhältnis zu setzen.

Dennoch sind entsprechende Umnutzungen bereits an etwa 30 Standorten initiiert und umgesetzt. So werden bei der Grundschule am Pastorenweg,

der Oberschule In den Sandwehen und dem Gymnasium Vegesack leer stehende Räume als Lehrer-arbeitsplätze genutzt. Bei den Grundschulen Arsten und Rablinghausen werden Räume als Hort genutzt. Für Betreuung werden ehemalige Hausmeisterwohnungen an den Grundschulen am Weidedamm und am Halmerweg, an der Delfter Straße und Kantstraße genutzt. Als Differenzierungs-räume dienen Räumlichkeiten an der Grundschule Rönnebeck und am ReBUZ Nord. Für den Ganzttag werden Wohnungen für die Schulen an der Oderstraße und der Oslebshauser Heerstraße genutzt. Es gibt auch noch andere Nutzungen: Beim Alten Gymnasium nutzt die Gesamtschülervertretung das ehemalige Hausmeisterhaus, bei der Oberschule an der Schaumburger Straße zog ein Leseklub für Schüler in das Hausmeisterhaus.

Im Rahmen der Schulausbauplanung werden die schulischen Liegenschaften grundsätzlich ganzheitlich betrachtet, sodass auch eventuell leer stehende Dienstwohnungen und -häuser in diese Planungen einbezogen und bei Eignung zukünftig einer schulischen Nutzung zugeführt werden.

Zu Frage 2: Immobilien Bremen AöR hat etwa 25 auf Schulgrundstücken derzeit noch leer stehende Dienstwohnungen und -häuser aufgelistet.

Grundlage für eine Nachnutzung dieser Dienstwohnungen und -häuser ist die Bedarfsmeldung seitens der Senatorin für Kinder und Bildung. Nahezu alle leer stehenden Dienstwohnungen und -häuser befinden sich auf Grundstücken, die einer Veränderung im Rahmen der Schulausbauplanung unterliegen. In diesem Rahmen werden die Schulstandorte sukzessive entsprechend den Anforderungen aus der Schulausbauplanung entwickelt und einer ganzheitlichen Betrachtung unterzogen. Bei Eignung werden die leer stehenden Dienstwohnungen und -häuser in diesem Kontext in die schulische Nutzung integriert, gegebenenfalls erfolgt eine anderweitige Wiedernutzung oder ein Rückbau. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Digitalisierung der Beiräte und Ortsämter: Wie ist der Sachstand, und wie sind die weiteren Planungen?

Anfrage der Abgeordneten Schäck, Dr. Buhler, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2020

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit ist bereits heute sichergestellt, dass während Beirats- und deren Ausschusssitzungen für die Ortsämter, Beirats- und Ausschussmitglieder und für die anwesenden Vertreter der Medien ein Internetanschluss, WLAN, zur Verfügung gestellt wird?

2. Inwiefern gibt es vonseiten des Senats Planungen für die Beiräte und Ortsämter, ein Ratsinformationssystem einzuführen, und kann hierfür gegebenenfalls das von der Bremischen Bürgerschaft genutzte SD.NET kurzfristig nutzbar gemacht werden?

3. Wie steht der Senat einer „Bring-your-own-Device“-Lösung für die Beirats- und Ausschussmitglieder gegenüber?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Herrn Staatsrat Ehmke beantwortet.

Staatsrat Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Derzeit ist Dataport damit beauftragt, in allen Ortsämtern die technischen Voraussetzungen für die Einrichtung von WLAN zu ermitteln, damit dies in einem weiteren Schritt installiert werden kann. Die Erfassung der ersten Ortsämter ist bereits erfolgt und wird nun nach der Ferienzeit fortgesetzt.

Zu beachten ist, dass die meisten Beiräte verschiedene Tagungsorte in ihren jeweiligen Stadtteilen für ihre Sitzungstätigkeiten nutzen, zum Beispiel Schulen, Bürgerhäuser, Kirchengemeinden et cetera. Ob vor Ort jeweils WLAN vorhanden ist, hängt von den dortigen Voraussetzungen ab. Inwiefern das WLAN dann auch Gästen von Beirats-sitzungen zur Verfügung gestellt werden kann, ist derzeit noch offen.

Zu Frage 2: Planungen hinsichtlich der Einführung eines Ratsinformationssystems für Beiräte und Ortsämter gibt es derzeit nicht. Seitens der Bürgerschaft besteht keine Möglichkeit, das dort genutzte SD.NET kurzfristig auch für die Beiräte und Ortsämter nutzbar zu machen.

Zu Frage 3: Die Beiratsmitglieder nutzen ihre privaten Geräte für die Sitzungstätigkeit, ohne dass bisher ein Anschluss dieser an das bremische Behördenetz erforderlich war. Der Senat steht einer

„Bring-your-own-Device“-Lösung grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, wenn diese den Anforderungen an die Datensicherheit entspricht. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Schäck (FDP): Sie sagten in der Antwort zu Frage 1, dass im Moment die Anforderungen ermittelt werden. Wie sieht denn der Gesamtplan oder der Zeitplan aus? Können Sie jetzt schon sagen, wann das ganze Projekt abgeschlossen wird, wann vielleicht 70 oder 80 Prozent der WLANs installiert sind? Gibt es eine Art Zeitplan dafür?

Staatsrat Ehmke: Nein, das kann ich jetzt nicht! Ich kann nur anbieten, dass wir uns das im Ausschuss einmal gemeinsam anschauen. Ich traue mich auch bei solchen Projekten immer nicht so richtig, Zusagen zu machen, denn dann muss ich hier anschließend immer beantworten, warum wir sie nicht eingehalten haben.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das würde mir zu denken geben!)

Deshalb wäre es mir lieber, dass wir uns das unter Hinzuziehung der Spezialisten, die das dann machen, einmal gemeinsam im Ausschuss anschauen. Ich hätte schon Interesse daran, dass das einigermaßen zügig geht, aber wie gesagt will ich mich da jetzt nicht festlegen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Turnhallensituation im Gröpelinger Ortsteil Oslebshausen

Anfrage der Abgeordneten Lübke, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2020

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Lübke (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Trifft es zu, dass die Grundschulturnhalle Oslebshausener Heerstraße erst zum Juni 2021 fertiggestellt wird und damit die Auszahlung von EU-Zuschüssen nicht mehr gewährleistet ist, die, wie von der Senatorin für Kinder und Bildung erklärt, an eine Fertigstellung des Turnhallenbaus Ende 2020

gekoppelt ist, und wenn ja, wie werden diese fehlenden Zuschüsse kompensiert?

2. In welchem Planungsstand befindet sich der Bau der Schulsporthalle der Oberschule im Park, mit welchen Kosten kalkuliert der Senat und ab wann soll die Halle nutzbar sein?

3. Durch welche konkreten Maßnahmen will der Senat weitere Sporthallenkapazitäten in Oslebshausen schaffen eingedenk der Tatsache, dass die Interimshalle auf dem Gelände des SVGO nur kurzfristig für eine Entspannung der Situation sorgen wird, da diese nach Fertigstellung nicht länger als zwei Jahre stehen darf?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Frau Senatorin Dr. Bogedan beantwortet.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Fertigstellung der Schulsporthalle an der Grundschule Oslebshausener Heerstraße wird gemäß aktueller Terminangaben von Immobilien Bremen bedingt durch die Verzögerungen im Genehmigungsverfahren und unvorhergesehenen Verzögerungen in Planung und Ausführung erst im Juni 2021 erfolgen. Ursprünglich geplant war eine Fertigstellung im Dezember 2020. Eine Bezuschussung durch EU-Mittel war bei dem Projekt nicht geplant. Vorgesehen war eine Teilfinanzierung aus zur Verfügung stehenden Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, KInvFG, des Bundes. Gemäß der Förderbedingung des KInvFG-Programms hätte eine Fertigstellung des Projekts bis Ende 2020 erfolgen müssen. In Abstimmung mit dem Senator für Finanzen und Immobilien Bremen wird eine Ausfinanzierung des Ersatzneubaus für die aus wirtschaftlichen Gründen abgerissene Bestandshalle aus dem Gebäudesanierungsprogramm 2020 fortfolgend sichergestellt. Die für die Finanzierung des Projekts vorgesehenen KInvFG-Mittel werden zur Entlastung anderer KInvFG-geförderter Projekte eingesetzt.

Zu Frage 2: Für die Oberschule im Park ist der Neubau einer Dreifeld-Schulsporthalle als Ersatz für die im Jahr 2016 abgebrannte Einfeld-Schulsporthalle geplant. Der Neubau der neuen Schulsporthalle wird in Verbindung mit einem Erweiterungsbau für den Ausbau zur vierzügigen Oberschule im Rahmen der Schulstandortplanung geplant und durchgeführt. Nach der Ende Dezember 2019 zwi-

schen der Senatorin für Kinder und Bildung, Immobilien Bremen und dem Senator für Finanzen abgestimmten Bedarfsmeldung wird derzeit eine städtebauliche Vorkonzeption im Rahmen der Masterplanung der Liegenschaft durch Immobilien Bremen erarbeitet. Ein Ergebnis ist zum Ende des Jahres 2020 zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der weiteren erforderlichen Planungs- und Verfahrensschritte sowie der besonderen Erschwernisse der vorliegenden Grundstückssituation ist von einer Fertigstellung ab dem Schuljahr 2026/2027 auszugehen. Kosten und verbindliche Termine können erst nach Erstellung der ES-Bau circa 2021 genannt werden.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung erarbeitet eine Planung, die auf der Grundlage festgelegter Parameter eine bedarfsgerechte Sporthallensituation für den Schulsport im Bremen gewährleisten soll. Die Erstellung des regionsbezogenen Konzepts und die Identifizierung konkreter Ausbauvorhaben sollen bis zum Ende des Jahres 2020 erfolgen.

Die Zweifeld-Interimssporthalle an der Sperberstraße wird gemäß aktueller Terminangaben von Immobilien Bremen mit einer geplanten Nutzungsdauer von zwei Jahren im Herbst 2020 in den Betrieb gehen. Insgesamt wird sich die Sporthallensituation in der Region während der Nutzungszeit bereits sukzessive entspannen. In Grambke wurde die Sanierung der Dreifach-Sporthalle an der Alwin-Lonke-Straße bereits abgeschlossen. Ab Juni 2021 steht der Neubau der Sporthalle an der Oslebshauer Heerstraße zur Verfügung. Zudem werden im angrenzenden Stadtteil Gröpelingen die Zweifeld-Sporthalle an der Oberschule Ohlenhof bis 2021 sowie die Sporthalle an der Schule an der Humannstraße bis 2023 fertiggestellt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Ich habe eine Verständnisfrage zu Frage drei! Habe ich Sie richtig verstanden, dass es jetzt ein Konzept geben wird, das Ende des Jahres vorliegt, und erst dann konkrete Schritte bezüglich weiterer Neubauten oder was auch immer gemacht werden?

Senatorin Dr. Bogedan: Das ist ein Teil der Angelegenheit, also wir müssen für die gesamte Stadtgemeinde Bremen eine der Schulstandortplanung angemessene Schulsportplanung vorlegen. Das

steht aus und soll bis Ende des Jahres erfolgen, und damit werden wir dann die Deputation befassen. Da geht es insgesamt um die Planung des gesamten Hallenbedarfs, den wir für den Schulsport dann insgesamt vor dem Hintergrund der aufwachsenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern haben.

Im Bremer Westen haben wir die besondere Situation, dass wir schon aufgrund der aktuellen Situation ohne weiter aufwachsende Zahlen von Schülerinnen und Schülern zusätzlichen Bedarf an Sportraum haben, und da sind die Maßnahmen, die ich jetzt gerade in der Antwort auf Frage drei vorgelegt habe, schon initiiert und auch in der Umsetzung, das heißt, sie sind sozusagen im vorgelegten Zeitplan fertig. Wenn, dann gilt es jetzt noch darüber hinaus, bei aufwachsenden Schülerzahlen weitere mögliche Bedarfe zu identifizieren, wie wir es zum Beispiel bei der Sporthalle für die Oslebshauer Heerstraße für die Oberschule im Park gemacht haben, und dann zu berücksichtigen, dass wir weiter ansteigende Zahlen von Schülerinnen und Schülern haben.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Strohmann. – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ich habe eine Nachfrage. Die Sporthalle in der Oberschule im Park wird frühestens 2026/2027 fertig, ich würde einmal sagen, dann wird es 2028, denn die Umstände sind da ja ein bisschen schwierig. Wie wollen Sie denn dann das entstehende zeitliche Delta für den Sportunterricht der Schülerinnen und Schüler in der Schule im Park kompensieren, wenn die Interimshalle in der Sperberstraße in zwei Jahren wieder zurückgebaut wird?

Senatorin Dr. Bogedan: Das habe ich ja eben vorgelesen. Wir werden ja sukzessive weitere fertige Sporthallen im angrenzenden Stadtteil Gröpelingen durch den fertig gewordenen Ohlenhof bekommen und dann auch den Neubau an der Grundschule an der Humannstraße. Dadurch entsteht im Stadtteil beziehungsweise im angrenzenden Ortsteil Gröpelingen zusätzlicher Raum für den Sport.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ja, ich frage, weil ich die Antwort nicht nachvollziehen kann! Die Sporthallen Ohlenhof und teilweise Humannstraße in Gröpelingen werden ja gebaut, weil zusätzliche Bedarfe für mehr Schülerinnen und Schüler entstehen. Sie sagen aber jetzt, dass zusätzlich

Flächen entstehen. Es sind im Grunde genommen Bestandsflächen, die gemacht werden, aber es kommen keine zusätzlichen Flächen hinzu, die die Schule im Park nutzen kann.

Senatorin Dr. Bogedan: Doch! Bei der Humannstraße handelt es sich ja um eine aufwachsende Grundschule, und der Ohlenhof hat bislang auch keine eigene Sporthalle. Das heißt, wir bekommen ja schon insgesamt eine Verbesserung der Sporthallensituation, indem dann zwei Schulen über eigene Sportflächen verfügen, die bisher keine eigenen Sportflächen haben.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Erst einmal vielen Dank für die Antwort, das war schlüssig! Ich habe noch eine abschließende Frage: Halten Sie es eigentlich für sinnvoll und effektiv, wenn man eine Sporthalle für zwei Jahre baut, die vier Millionen Euro kostet?

Senatorin Dr. Bogedan: Jetzt müssten wir an den Ausgangspunkt zurückgehen, als wir das beauftragt haben und dann auch tatsächlich noch von anderen Rahmenbedingungen ausgegangen sind. Ja, das ist natürlich sinnvoll, weil wir schlichtweg diesen Schulraum brauchen! Natürlich wäre es schöner gewesen, wenn wir an anderen Stellen eine schnellere Lösung hätten finden können. Sie wissen, dass sich mein Haus insbesondere auch im Hinblick auf die Sporthalle der Oberschule im Park für eine andere Lösung eingesetzt hatte, die uns an der Stelle schneller zu Sportraum verholfen hätte. Ich glaube, das ist insgesamt eine Situation, dass wir aufgrund der aufwachsenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern leider die Notwendigkeit haben, uns mit Behelfsanlagen behelfen zu müssen, also mit Mobilbauten, in denen reguläre Klassen oder Fachräume untergebracht sind, oder jetzt in diesem Fall mit einer Mobilbausporthalle.

Dort entstehen natürlich Kosten, die wir zukünftig dadurch vermeiden wollen – deshalb habe ich das ja eben auch in der Antwort gesagt –, dass wir auch für den Schulraum eine perspektivische Planung haben, um zu wissen, wo wir zukünftig den zusätzlichen Schulsportraum brauchen, um das dann rechtzeitig zu beauftragen, damit wir in drei bis vier Jahren dann auch die entsprechenden Hallenkapazitäten zur Verfügung haben, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler beispielsweise im Oberschulbereich weiter anwächst.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Sie sagten gerade, wir mussten uns kurzfristig um Hallenflächen bemühen. Finden Sie vier Jahre kurzfristig?

Senatorin Dr. Bogedan: Deshalb hatte ich ja eingangs gesagt, wir hätten zurückgehen müssen zu der Entscheidung von damals, denn da sind wir ja von einer etwas kürzeren Zeit ausgegangen. Wir sind ja damals – Sie erinnern sich an die Diskussionen, und das kann man auch in vielen Protokollen dieses Hauses nachlesen – tatsächlich von einer kürzeren Vorlaufzeit ausgegangen, um diese Mobilbau-Leichtsporthalle erstellen zu können, und wir hatten gehofft, dass Schülerinnen und Schüler darin schon zum jetzigen Zeitpunkt ihren Schulsport machen.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Öztürk. – Bitte sehr!

Abgeordneter Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben eben in der Antwort den Umstand erwähnt, dass es Verzögerungen im Genehmigungs- und im Planungsverfahren gab. Sieht die Bildungsbehörde die Möglichkeit oder die Chance, das überhaupt mit Immobilien Bremen in irgendeiner Form zu heilen, damit das früher fertiggestellt werden kann, als es in Ihrer Antwort steht?

Senatorin Dr. Bogedan: Dass wir das jetzt noch weiter beschleunigen können und die Zeiten jetzt kürzer werden als die, über die ich berichtet habe, glaube ich leider nicht. Trotzdem gilt es für die Zukunft, ich habe ja gerade berichtet, es ist an der Stelle nicht nur so, dass wir zusätzlichen Raum für Schulsportbedarf haben, sondern wir werden aufgrund der aufwachsenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern auch weiter Sporthallenbedarfe über die gesamte Stadtgemeinde haben. Vor dem Hintergrund ist es für uns tatsächlich so, dass wir uns im Rahmen der Senatskommission in der übernächsten Woche noch einmal genau anschauen müssen, an welchen Punkten wir die Schnittstellen verbessern können, um bessere Zeitabläufe hinzubekommen und vor allem diese Verzögerungen in der Zukunft nicht weiter zu produzieren.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben eben gesagt, dass es bei der Turnhalle der Oberschule im Park und der gesamten Planung

Erschwernisse gebe beziehungsweise die Grundstückssituation für Erschwernisse Sorge. Aus der Antwort geht aber für uns, das Parlament, nicht hervor, worum es sich konkret handelt, sodass wir da vielleicht noch unterstützend eingreifen könnten. Können Sie dazu etwas sagen?

Senatorin Dr. Bogedan: Da müsste ich jetzt versuchen, mich genau zu erinnern. Das ist eine Auseinandersetzung, die wir, glaube ich, auch mit dem Beirat jetzt schon vor eineinhalb oder zwei Jahren sehr intensiv geführt haben. Es geht um die Lage in dem – ich weiß gar nicht, kann man das „Wäldchen“ nennen? –

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Ja!)

Wäldchen, die Eignung des Bodens und die Überprüfung auf Schadstoffe, glaube ich. Das ist jetzt aber wirklich nur aus meinem Gedächtnis hervorgeholt. Ich kann das noch einmal ordnungsgemäß heraussuchen, wir hatten mehrfach in der Deputation darüber berichtet und, glaube ich, auch schon in diesem würdigen Gremium.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Projekt „Kids in die Bäder“ – ein Erfolgsmodell?

Anfrage der Abgeordneten Lübke, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Juli 2020

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Lübke (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kinder haben seit dem Projektstart von „Kids in die Bäder“ an diesem teilgenommen und mit welchem Erfolg, insbesondere mit welchem Schwimmabzeichen?

2. Wie hoch war die jährliche finanzielle Unterstützung seitens des Senats und anderer Träger für das Projekt „Kids in die Bäder“ und inwiefern ist es beabsichtigt, auch zukünftig in dieses Projekt zu investieren?

3. Wie viele Kinder wurden im Anschluss der Teilnahme an dem Projekt in einen Verein des organisierten Sports „überführt“?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Herrn Staatsrat Fries beantwortet.

Staatsrat Fries: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: An dem Projekt „Kids in die Bäder“ haben 265 Kinder im Jahr 2018 und 312 Kinder im Jahr 2019 teilgenommen. Für 2020 liegen noch keine auswertbaren Daten vor. Wie viele Kinder ein Schwimmabzeichen erworben haben, ist nicht erfasst. Die Zahl ist aber geringer als die Zahl der teilnehmenden Kinder. Zahlreiche Kinder haben zwei Kurse besucht, wobei im ersten Kurs nur eine erste Wassergewöhnung stattgefunden hat und kein Schwimmabzeichen erworben wurde. Der Senat fühlt sich daher in der Auffassung bestätigt, dass das Projekt „Kids in die Bäder“ einen hohen Stellenwert hat.

Zu Frage 2: Insgesamt standen 14 262 Euro im Jahr 2018 und 28 641 Euro im Jahr 2019 aus privaten Mitteln zur Verfügung. Neben Privatspenden und Zuschüssen aus der Wirtschaft sowie von Vereinen wurden Mittel durch die Aktionen der Bremer Bäder generiert, zum Beispiel durch den Verkauf von Erinnerungsstücken nach dem Abriss des alten Horner Bades. Im Jahr 2018 hat es zudem Zuschüsse aus Haushaltsmitteln gegeben. Das waren 1 350 Euro aus dem Bereich „Sport für Flüchtlinge“ und 2 600 Euro aus dem Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 hat der Haushaltsgesetzgeber beschlossen, eine Grundfinanzierung in Höhe von 20 000 Euro bereitzustellen. Für den Haushalt 2021 ist eine Förderung in gleicher Höhe vorgesehen. Ob und in welcher Höhe darüber hinaus Spenden zur Verfügung stehen, bleibt weiter abzuwarten. Selbst wenn die Spendenbereitschaft etwas abnehmen sollte, stehen damit aufgrund der nunmehrigen Grundfinanzierung wahrscheinlich deutlich mehr Mittel zur Verfügung als in den Jahren zuvor.

Zu Frage 3: Für einen Ausbau der Schwimmkompetenz werden den Kindern weiterführende Trainings in den Vereinen empfohlen. Eine statistische Erfassung, wie viele Kinder im Anschluss an das Projekt „Kids in die Bäder“ Mitglied in einem Schwimmverein geworden sind, hat nicht stattgefunden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Die erste Frage geht dahin: Wenn ich ein Projekt mache, dann ist es ja

auch sinnvoll, dass ich es irgendwann evaluiere. Den Erfolg kann man ja an vielen Faktoren messen. Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann gibt es keine Möglichkeit, irgendwie zu messen, ob das Programm erfolgreich war oder nicht. Ist das so?

Staatsrat Fries: Das ist eine Frage, wie ich den Erfolg bemesse. Es ist uns auf jeden Fall gelungen, Kindern, die sonst keinen Zugang zu Schwimmkursen gehabt haben, diesen Zugang zu ermöglichen. An der Tatsache, dass Teil dieser Kurse auch die Wassergewöhnung war, ist auch deutlich geworden, dass es Kinder sind, bei denen man noch mit Basics anfangen muss, es ist also ein Schritt in die richtige Richtung. Wir halten es aber auch für erforderlich, dieses Projekt weiterzuentwickeln und in dem Rahmen auch zu schauen, was noch andere Erfolgsindikatoren sein können, wie zum Beispiel erworbene Abzeichen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Ich habe von vielen Schwimmvereinen gehört, dass dieses Projekt sehr wohl evaluiert wurde und dass weniger als die Hälfte der Kinder nach diesem Projekt oder nach diesen Kursen tatsächlich ein Abzeichen erhalten hat. Können Sie das bewerten?

Staatsrat Fries: Da mir keine Zahlen vorliegen, kann ich das nicht bewerten.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Es war ja immer ein erklärtes Ziel, dass die Kinder nach diesem Projekt auch in den organisierten Sport überführt werden. Offenbar ist das ja auch nicht so erfolgreich passiert. Können Sie sagen, woran das lag, oder gab es da Probleme oder – andersherum formuliert – wie könnte man das verbessern?

Staatsrat Fries: Ich glaube, es ist notwendig, dieses Programm mit dem Programm „Kids in die Klubs“ zu verzahnen. Beide Projekte werden ja von der Bremer Sportjugend durchgeführt, und im Rahmen einer höheren Bezuschussung aus dem öffentlichen Haushalt treten wir jetzt auch in Gespräche ein, um zu schauen, wie man diese Programme optimieren und besser verzahnen kann. Wir haben das Interesse, hier langfristige Effekte zu erzielen und nicht nur einen Schwimmkurs anzubieten. Selbst wenn dabei ein Seepferdchen herauskommt, wissen wir

ja alle, dass das nicht die Schwimmfähigkeit ist, die wir alle haben wollen, sondern dass es ein anschließendes weiteres Schwimmtraining gibt, um andere Schwimmabzeichen zu erwerben, die auch eine Schwimmfähigkeit beinhalten. Ich glaube, vor dem Hintergrund ist dieses Projekt ein Beginn, aber wir sind noch nicht am Ziel, eine breite Schwimmfähigkeit herzustellen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Zu den Kontakten zu den Schwimmvereinen vor Ort, also dass die Kinder sozusagen an die jeweiligen Vereine vermittelt werden: Funktioniert das denn tatsächlich oder wird das gemacht?

Staatsrat Fries: Ich habe keine Kenntnis darüber, welche Probleme da auftreten. Wir gehen davon aus, wenn wir einen Partner wie die Bremer Sportjugend einerseits und auch Kontakte zum Landesschwimmverband haben, dass da der organisierte Sport und auch das Organisieren mit den Mitgliedsverbänden funktioniert.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Ich würde gern noch einmal die Frage des Kollegen Lübke spezifizieren: Ist es möglich beziehungsweise ist es ausgeschlossen, die Zahlen, wer teilgenommen hat, wer ein Abzeichen bekommen hat und wer – also prozentual wie viele – letzten Endes in Vereinen gelandet ist, im Nachhinein zu erheben, entweder durch Ihr Ressort, durch den Landessportbund oder irgendjemand anderen? Ich halte es für wichtig, dass wir dort Anhaltspunkte haben, um langfristig zu schauen, wo man modifizieren muss, damit wir da weiterkommen.

Staatsrat Fries: Ich glaube nicht, dass es möglich ist, alle von Ihnen genannten Kennzahlen im Nachhinein zu erheben, insbesondere eine Verbleibskontrolle, also ein Nachverfolgen, was – –.

(Abgeordnete Bergmann [FDP]: Nein, danach habe ich nicht gefragt!)

Sie haben gefragt, ob die Leute danach in Schwimmvereinen sind, das heißt, ich muss verfolgen, wo Leute vorher sind und wo sie danach sind!

(Abgeordnete Bergmann [FDP]: Ob sie in Schwimmvereine gegangen sind, ja!)

Das nennt man landläufig Verbleibskontrolle. Das ist etwas, das wir mit unseren Daten mit Sicherheit nicht machen können. Ob erhoben worden ist, welche Abzeichen die Leute erworben haben, das weiß ich nicht. Auch da ist eine Frage, was alles gespeichert und erhoben werden muss. Ich glaube, bei so einem Projekt, das erst einmal sehr kleinteilig begonnen hat – knapp 300 Kinder sind zwar schon eine schöne Zahl, aber mit dem Blick darauf, wie viele Kinder in Bremen noch schwimmen lernen, ist das auch nur ein erster Schritt –, muss man auch schauen, dass man zu einer Philosophie des Ersteinmal-Anfangens kommt und nicht jeden Schritt gleich zu Tode evaluiert, sondern wir müssen jetzt erst einmal beginnen und schauen, dass man so ein Projekt weiterentwickelt.

Ich glaube, die Erkenntnisse – das ist ja auch aus den Fragen von Herrn Lübke deutlich geworden – oder die Schnittstellen, an denen wir arbeiten müssen, müssen wir hier ja nicht herausfinden, sondern wir müssen wissen, dass wir in der Weitergabe besser werden müssen, dass die Kinder nach diesen Kursen mit dem Schwimmen weitermachen, weil einer oder zwei solcher Kurse bei niemandem dazu führen, dass er oder sie ein sicherer Schwimmer oder eine sichere Schwimmerin wird. Da ist die Weiterentwicklung in Schwimmvereinen ein sehr sinnvoller Schritt, denn das sind etablierte Institutionen mit Fachleuten, die wissen, wie das geht. Das ist auch ein sozialer Zusammenhalt, der für die Kinder gut ist.

Also, ich glaube, für die Hausaufgaben, in welche Richtung wir das weiterentwickeln müssen, brauchen wir jetzt keinen großen Datenpool, sondern da müssen wir einfach den Mut haben, die nächsten Schritte zu gehen, und damit fangen wir an. Ich glaube, da müssen wir jetzt nicht zurückschauen, sondern nach vorn.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Eine Bemerkung! Die Interpretation, wofür eine Evaluation – –.

Präsident Imhoff: Nein, Frau Bergmann! Wir haben sehr viele Anfragen für die Fragestunde, und wir sind in der Fragestunde, und wir können hier nicht zu allem noch Bemerkungen machen oder es kommentieren! Vielen Dank aber für Ihre Nachfragen!

Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Prof. Dr. Quante-Brandt. – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Quante-Brandt (SPD): Meine Frage geht einfach in die Zukunft: Teilen Sie die Auffassung, dass wir für den Neustart oder die Weiterentwicklung dieses Projekts dies gemeinsam mit dem Landesschwimmverband, mit den Schwimmvereinen und dann auch gemeinsam mit den Eltern und den Bremer Bädern machen, um genau herauszufinden, wer in welchem Verein weiterschwimmt, wer welche Schwimmfähigkeit mitgebracht hat und mit welcher Schwimmfähigkeit er in die Schwimmvereine mündet?

Staatsrat Fries: Unbedingt!

Abgeordnete Prof. Dr. Quante-Brandt (SPD): Gut! Danke schön!

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Spenden für Honorarprofessoren der Volkshochschule Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 9. Juli 2020

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Warum hat die Volkshochschule Bremen ihren Kunden durch die coronabedingte Schließung des Unterrichtsbetriebs die Möglichkeit offeriert, ihren Gebührenbeitrag, der zurückerstattet werden sollte, für einen Hilfsfonds für bedürftige freiberufliche Honorarprofessoren zu spenden, und dies dann doch nicht umgesetzt?

2. Wie hoch war die Spendenbereitschaft und welche Summe hätte für die Honorarkräfte hierdurch gesammelt werden können?

3. Wie hoch beläuft sich der Verlust der Volkshochschule Bremen durch die weitergeführte Bezahlung der Honorarkräfte und die wegfallenden Gebühreneinnahmen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Frau Staatsrätin Emigholz beantwortet.

Staatsrätin Emigholz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit der Einstellung des Unterrichtsbetriebs am 13. März 2020 musste die Volkshochschule Bremen davon ausgehen, dass den Honorardozentinnen und -dozenten kein Honorar für ausfallenden Unterricht zusteht, da nach den vertraglichen Bestimmungen nur durchgeführte Unterrichtsstunden bezahlt werden. Die VHS hat daraufhin spontan einen Hilfsfonds ausgerufen und in den Benachrichtigungen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darauf hingewiesen, dass zurückzahlende Gebühren ganz oder teilweise für diesen Hilfsfonds gespendet werden können.

In Vorgriff auf die abgestimmte Senatsvorlage wurde bereits am 17. März auf Basis des Beschlusses des Senats vom 24. März 2020 mitgeteilt, dass aufgrund einer mit dem Senator für Finanzen abgestimmten Vertrauensschutzregelung alle vertraglich vereinbarten Honorare für die ausfallenden Veranstaltungen gezahlt werden können. Somit war der Hilfsfonds nicht mehr notwendig, da die Honorar-dozentinnen und -dozenten keine Honorarausfälle mehr zu befürchten hatten.

Zu Frage 2: Insgesamt lag die Spendenbereitschaft bei 17 800 Euro. Davon wurden 13 000 Euro an die Spender zurückgezahlt, da das Geld nicht an den VHS-Hilfsfonds gespendet wurde, sondern laut Spendern spezifisch an einzelne Dozentinnen und Dozenten gegeben werden sollte, was nicht umsetzbar war. 4 800 Euro konnte die VHS als Spendererlöse vereinnahmen, da Spenderinnen und Spender diese allgemein für die VHS gespendet haben. Es handelt sich um Verzicht auf Rückzahlungen, also ohne Zweckbenennung. Sie wurden auf dem Spendenkonto der VHS verbucht, der Zweck reichte über die Verwendung für die Honorarkräfte hinaus.

Zu Frage 3: Die VHS geht in einem Worst-Case-Szenario zum Jahresende 2020 von einem Verlust in Höhe von drei Millionen Euro aus. Dabei handelt es sich um das voraussichtliche Jahresergebnis insgesamt auf Basis der Prognose für Januar bis Dezember 2020 zum Halbjahrescontrolling. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Stimmen Sie mir zu, dass ein abgestimmtes Vorgehen im März diese Irritationen, die insbesondere bei vielen Kundinnen und Kunden entstanden sind, hätte vermeiden können – denn am Anfang gab es den Hilfeauftrag und

dann gab es in Teilen gar keine Kommunikation mehr – und dass das hätte besser laufen können?

Staatsrätin Emigholz: Das hätte garantiert besser laufen können, das sage ich in aller Klarheit, aber das war in diesem Fall nicht Angelegenheit unseres Hauses und wurde auch nicht von uns betrieben, sondern wir haben sehr rechtzeitig gesagt, dass wir beabsichtigen, dass die Honorarleistungen gezahlt werden, aber die Angst, die Menschen haben, die von diesen Honoraren abhängig sind, was die Unwägbarkeiten angeht, ist nicht zu unterschätzen. Jeder, der um seine Existenz fürchtet, macht trotz einer Information, die Gegenteiliges besagt, das Notwendigste, um sich und seine Familie durch schwere Zeiten zu bringen, bis er Klarheit hat, bis ein Gremium beschlossen hat. Das muss man einfach menschlich verstehen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Das ist auch so weit richtig und verständlich, aber der Spendenaufruf kam ja von der Volkshochschule selbst, und ich gehe davon aus, dass die Leitung der Volkshochschule normalerweise doch in einem engen Austausch mit der Behörde steht.

Staatsrätin Emigholz: Ich glaube, dass man sich zu dem Zeitpunkt nicht völlig klar darüber war, wie man da verfahren sollte, um auf der einen Seite die Mitarbeiter zu beruhigen und dass nicht –. Wir haben diese Trennung vorgenommen und das dann zu heilen versucht, soweit es möglich war, als die Beschlüsse da waren. Sie können mir aber glauben, als die Situation entstand, war die Unruhe in allen Einrichtungen, aber auch bei den freien Akteuren so groß, dass vieles gemacht worden ist, was man im Nachhinein hätte anders machen können. Das liegt nicht alles im Verantwortungsbereich unserer Behörde, das muss man auch ganz klar sagen, aber es gab viel Unruhe.

Es gab die Doppelanträge an verschiedenen Stellen, von denen Sie gehört haben, es gab das Bedürfnis, Projekte durchführen zu können, die nicht durchgeführt werden sollten, da gibt es eine gewisse Bandbreite. Wenn Menschen in existenzieller Not sind, passiert viel, und es ist nicht alles im Zuständigkeitsbereich der Behörde oder auch von der Behörde zu steuern. Wir haben das im Nachgang bearbeitet und ich möchte darauf hinweisen, dass es eine ganz besonders fragile Situation war.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Verkehrssicherheit am Vegesacker Bahnhof

Anfrage der Abgeordneten Frau Tegeler, Schumann, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Juli 2020

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Zahl der Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung an der Kreuzung Friedrich-Klippert-Straße/Zur Vegesacker Fähre?
2. Wie bewertet der Senat die langjährige Forderung, dort einen Zebrastreifen zu installieren, um Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer besser zu schützen?
3. Welche alternativen Instrumente sieht der Senat gegebenenfalls für einen verbesserten Schutz der Verkehrsteilnehmenden zu Fuß oder mit dem Rad?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer beantwortet.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Richtungsfahrbahnen beider Straßen sind im Einmündungsbereich durch einen betonierten, gepflasterten Mittelstreifen getrennt, welcher von zu Fuß Gehenden und Radfahrenden beim Überqueren der jeweiligen Fahrbahnen genutzt wird. Die Örtlichkeit wird insgesamt von der Polizei Bremen als übersichtlich bewertet. In den zurückliegenden Jahren konnte keinerlei Konfliktpotenzial durch die Polizei Bremen festgestellt werden. Es gab an der örtlich zuständigen Polizeidienststelle auch kein erhöhtes Beschwerdeaufkommen.

Im Zeitraum vom 1. Juni 2019 bis 1. Juni 2020 wurden an der Örtlichkeit drei Verkehrsunfälle registriert. In zwei Fällen waren ausschließlich Pkws beteiligt, in einem Fall kam es zu einer Vorfahrtsverletzung durch einen Kraftfahrer, wodurch ein Radfahrer leicht verletzt wurde. Im gleichen Zeitraum

wurden für den Kreuzungsbereich Friedrich-Klippert-Straße/Zur Vegesacker Fähre insgesamt sechs Verkehrsordnungswidrigkeiten angezeigt.

Zu Frage 2 und 3: Die Umgebung des Bahnhofs Vegesack befindet sich in einem Veränderungsprozess. Der Neubau des Stadtquartiers am Alten Speicher – ehemals Haven Hööv –, die Erhöhung des Hochwasserschutzes am Hafen und der Neubau eines Umkleidegebäudes für das Stadion sorgen für Anpassungsbedarfe, ebenso die notwendige Sanierung des Bahnhofsgebäudes und Optimierung des zentralen Verkehrsknotens. Hierzu zählen auch die verkehrlichen Bedarfe für den Fuß- und Radverkehr.

Für den Bereich des Bahnhofplatzes wird aktuell eine Rahmenplanung erarbeitet. Sie ist Bestandteil des Integrierten Entwicklungskonzepts Grohn und dient der Aufstellung eines abgestimmten Entwicklungskonzepts für den öffentlichen Raum in der Nachbarschaft der Grohner Düne.

Ziel der Rahmenplanung ist neben einer Attraktivitätssteigerung des Gebietes auch ein Abbau von Barrieren durch die Verbindung von Hafen und Bahnhof sowie der Schönebecker Aue, insbesondere auch für den Fuß- und Radverkehr. Im Rahmen dieser Prozesse wird die Kreuzung Friedrich-Klippert-Straße/Zur Vegesacker Fähre mitbetrachtet und beplant. In der aktuellen Bestandssituation ist die Einrichtung eines Zebrastreifens nach einer ersten überschlägigen Prüfung, unter anderem aufgrund der Lage der Haltestellen, nicht möglich. Im Zusammenhang mit der neuen Nutzung des Stadtquartiers am Alten Speicher ist aber grundsätzlich eine Signalisierung des Knotenpunktes vorgesehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, unter uns Vegesackerinnen: Können Sie sich vorstellen, dass sich tägliche Beobachtungen nicht annähernd mit der Einschätzung der Polizei Bremen zur Gefährlichkeit dieses Punktes decken? Anders gefragt: Können Sie sich vorstellen, dass die allermeisten Verstöße gegen die Vorfahrtsregeln dort gar nicht erst zur Anzeige gebracht werden?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Also, unter uns drei Vegesackerinnen, die wir jetzt hier vorn stehen: Wenn man dort entlangläuft – und das mache ich auch relativ oft –, dann sieht man, dass genau an

diesem Knotenpunkt schon ein ziemliches Durcheinander ist. Jetzt sind hier ja vor allen Dingen die Unfälle aufgezählt – das waren drei im Jahr –, und ich stimme Ihnen zu, dass nicht jede Ordnungswidrigkeit oder jeder Verstoß gegen Vorfahrtsregeln gleich zur Anzeige gebracht wird, und das ist ja der Grund, warum wir uns dann diese Stelle anschauen, wenn das ganze Areal geplant wird.

Der Kollege Saxe erinnert sich sehr gut daran, dass wir genau an dieser Stelle einmal einen Zebrastreifen ausgerollt haben, aber nicht dort an der Haltestelle, weil uns damals schon erklärt worden ist, das ginge nicht, weil dort nämlich die Busse rechts herum fahren, sondern auf der anderen Seite an der Vegesacker Fähre. Deswegen, glaube ich, ist der Zebrastreifen vielleicht nicht die Lösung, aber andere Formen der sicheren Überwegung – das habe ich ja in der letzten Antwort vorgelesen –, einer Signalisierung des Knotenpunktes.

Aber ja, es ist dort ein ziemliches Durcheinander, weil die Radfahrer kommen, sie wollen dort über die Straße, keiner geht den großen Umweg zur nächsten Ampel. Die Menschen, die zur Bushaltestelle wollen, gehen dort einfach hinüber und die Autos kreuzen dort auch.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Welche anderen Instrumente könnten es dann sein, das besser zu signalisieren, beziehungsweise würden Sie uns darüber berichten, wenn dort die Planungen intensiver werden?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wenn es kein Zebrastreifen ist, dann hilft oftmals eine Ampel, aber ich möchte jetzt nicht irgendetwas vorwegnehmen. Gern berichten wir aber, wenn die weiteren Planungen vonstattengegangen sind. Wie gesagt, wir überplanen ja das gesamte Areal, nicht nur das Haven Höövt oder Zum Alten Speicher und den Bahnhofsvorplatz, sondern bis hin zur Aue, und da schauen wir uns auch die Verkehrssituation an.

Ein bisschen Abhilfe haben wir schon geschaffen. Am letzten Freitag waren Frau Senatorin Bogedan, Frau Stahmann und ich ja bei der Eröffnung des neuen Spielplatzes im Bereich des Familienzentrums an der Friedrich-Klippert-Straße, da gibt es auch schon eine Einengung. Auch da fuhren die Autos vorher mit rasanter Geschwindigkeit den Hügel hinunter. Hier hat man schon mit der Verkehrsberuhigung angefangen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Nein, danke! Letzteres finde ich gut und auf den Bericht freuen wir uns!

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer. – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Frau Senatorin, das Integrierte Entwicklungskonzept Grohn soll ja jetzt um fünf Jahre verlängert werden. Reicht das aus, damit die Planungen abgeschlossen und auch umgesetzt sind?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das hoffe ich doch sehr! Wir, die in Vegesack wohnen, wissen, wie dringend notwendig das ist, und ich denke, mit dem Umbau des Haven Höövt geht das andere einher, und das muss auch damit einhergehen. Wenn dort unten mehr Menschen wohnen, dann muss man sich natürlich auch über Mobilität und Verkehrskonzepte Gedanken machen. Insofern ist das zumindest mein dringender Wunsch und mein Ziel, dass wir das auch wirklich in der Zeit realisiert bekommen. Sie werden mich bestimmt in fünf Jahren fragen!

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Jawohl!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 7: Information über und Vergabe von Notdienstplätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung
Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 17. Juli 2020

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Über welche Kommunikationsformen und -kanäle unterrichten die Träger der Kindertagesbetreuung die Eltern der Kinder einer Einrichtung darüber, dass Betreuung nur eingeschränkt im Rahmen des sogenannten Notdienstes erfolgen kann, und wie zeitnah erfolgt in der Regel eine solche Unterrichtung der Eltern?

2. Inwiefern ist es aus Sicht des Senats angezeigt, konkretere Vorgaben sowohl für den Informations- und Kommunikationsfluss zwischen Einrichtungsleitungen und Eltern sowie für das Vergabeverfahren von Plätzen in der Notbetreuung zu erlassen, und welche Möglichkeiten sowie Problemstellungen sieht er in diesem Zusammenhang?

3. Was unternimmt der Senat grundsätzlich dafür, dass Eltern zukünftig frühzeitiger und verlässlicher darüber informiert werden, dass in ihrer jeweiligen Kitabetreuung nur ein Notdienst stattfinden kann, sowie dafür, dass das sich hieraus ergebende Vergabeverfahren der knappen Plätze in der Notbetreuung in allen Einrichtungen gleichermaßen nachvollziehbar, transparent und einheitlich gestaltet wird?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Abfrage der Träger zeigt insgesamt ein verhältnismäßig einheitliches Vorgehen. Gemeinsam ist allen die Nutzung unterschiedlicher Kommunikationswege und der Anspruch der unverzüglichen Meldung. Hier ist zu unterscheiden nach planbaren und unvorhergesehenen Notsituationen. Letztere erfordern die unmittelbare, überwiegend telefonische Information oder auch die Nutzung von Messengerdiensten.

Bei vorhersehbaren Einschränkungen von Diensten werden die Eltern in der Regel auch persönlich in der Bring- und Abholsituation informiert. Gleichzeitig werden die jeweiligen Elternbeiräte in Kenntnis gesetzt. Darüber hinaus nutzen die Träger die Möglichkeit des Aushangs oder schreiben den Eltern Briefe. Parallel dazu werden Informationen über die Homepages – soweit vorhanden – zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 2: Der Senat sieht grundsätzlich keinen zusätzlichen Regelungsbedarf in Bezug auf die Kommunikationsstrukturen oder Vergabeverfahren. Die etablierten Kommunikationswege und Informationsflüsse sind adäquat. Probleme in Einzelfällen werden nie gänzlich ausgeschlossen werden können. Bei Bekanntwerden von Fehlverhalten seitens der Träger schaltet sich das kommunale oder gegebenenfalls auch das Landesjugendamt unverzüglich ein.

Die Zusammenarbeit der Erziehungsberechtigten und der Kindertageseinrichtung ist zudem gesetzlich in § 22a SGB VIII geregelt. Demnach sind Eltern in allen wesentlichen Angelegenheiten der Erziehung, Bildung und Betreuung zu beteiligen.

Aufgrund der besonderen Situation im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ist es zuletzt allerdings dazu gekommen, dass Informationen nicht durchgängig mit größerem zeitlichen Vorlauf versandt werden konnten, da es sehr zeitnahe Entscheidungen zu treffen und umzusetzen galt. Zudem hat sich gezeigt, dass die Gefahr besteht, dass Informationen, wenn Sie durch mehrere „Hände“ weitergegeben werden, nicht mehr im Sinne des Erstellers ankommen. Daher wurden zu grundsätzlichen Fragen Handlungsleitfäden seitens der Behörde entwickelt, die die Kitas in den Einrichtungen aushängen sollen.

In Bezug auf die Frage nach einem zusätzlichen Vergabeverfahren wird auf das BreMAOG beziehungsweise den von der Deputation verabschiedeten Ablaufplan verwiesen, an die sich alle Träger zu halten haben. Darüber hinaus bestehen keine Regelungen auf kommunaler Ebene, die das Vorgehen bei der Vergabe von Notdiensten regeln. Die Gestaltung der Notdienste obliegt der Trägerautonomie. Dabei sind die Träger gehalten, die gesetzlich geregelten Mindeststandards einzuhalten. Die Ursachen und Sachlagen sind stets individuell und als solche auch zu behandeln.

Die Situation in der Pandemie war und ist eine Ausnahmesituation, in der sich die Kindertagesbetreuung an den Vorgaben des Infektionsschutzes orientieren muss. Diese Krise erfordert einen Regelungsbedarf über die bestehenden gesetzlichen Regelungen der Kindertagesbetreuung hinaus, dessen Rahmen die Verordnung und die Vorgaben der Senatorin für Kinder und Bildung gebildet haben und bilden.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung veröffentlicht alle Informationen auf ihrer Homepage. Wie bereits erwähnt werden zur Vermeidung von Missverständnissen den Kitas inzwischen zu wichtigen Regelungen wie zum Beispiel dem „eingeschränkten Regelbetrieb“ Handlungsleitfäden zur Verfügung gestellt.

In Bezug auf die Notdienste außerhalb der Pandemie werden keine zusätzlichen Maßnahmen ergriffen, weil es sich in diesen Fällen immer um Einzelfälle handelt, die unmittelbar und individuell vor Ort zu lösen sind. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Haben Sie denn den Eindruck, dass sich diese Frage lediglich auf die Zeit der Pandemie bezieht, und wenn Sie von Einzelfällen sprechen, inwieweit gehen Sie davon aus, dass die eingehenden Beschwerden tatsächlich nur Einzelfälle sind?

Senatorin Dr. Bogedan: Die Beantwortung der Frage hat sich nicht ausschließlich auf die Pandemiesituation bezogen, sondern der überwiegende Teil der Beantwortung der Befragung zielte auf alle anderen Formen von Notdiensten. Der einschränkende Teil war nur, dass wir in der Pandemie eine besondere Situation hatten, in der tatsächlich Kommunikationswege in den üblichen, eingespielten Formaten so nicht funktionieren konnten, weil wir ganz häufig Situationen hatten, in denen man sehr kurzfristig reagieren musste.

Ja, ich glaube, dass es sich um Einzelfälle handelt. Wir haben aktuell immer wieder Situationen, dass es in bestimmten Einrichtungen zu Notdiensten kommt. Für den kommunalen Träger gibt es dazu ein ziemlich ausführliches Berichtswesen, beispielsweise auch im Betriebsausschuss, wo sich deutlich gezeigt hat, dass es sich um wenige, einzelne Einrichtungen handelt, die offensichtlich auch personelle Problemlagen haben, die immer wieder dazu führen, dass es dort zu Notdiensten kommt. Entsprechende Gegensteuerungen sind ergriffen worden.

Wenn es dann also – und hier ging es ja um die Frage, wie die Eltern in diesen Fällen informiert werden – zu einem besonderen personellen Engpass kommt, sodass der vertraglich vereinbarte Betreuungsumfang nicht mehr zu leisten ist, dann handelt es sich jedenfalls um irgendwelche kurzfristigen Ereignisse wie Krankheiten, die dazu führen, dass Beschäftigte kurzfristig nicht zur Verfügung stehen, bevor dann eine weitere Lösung gefunden werden kann, beispielsweise durch einen Vertretungspool et cetera.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 8: Hilft der „HanseSani“ auch, Krankenhauseinweisungen aus Pflegeheimen zu verringern?

Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Rökamp und Fraktion der CDU vom 23. Juli 2020

Abgeordnete Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Kommt der „HanseSani“ auch bei Anforderungen aus Pflegeheimen zum Einsatz und kann er mit seinen Qualifikationen und mithilfe des ihm zur Verfügung stehenden Telemediziners auch dazu beitragen, Krankenhauseinweisungen aus Pflegeheimen zu verringern, und wenn nein, warum nicht, wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

2. Wird bei einer Fortsetzung des Projekts „HanseSani“ das Ziel, auch Krankenhauseinweisungen von Pflegeheimbewohnern möglichst zu verringern, verbindlich mit ins Konzept aufgenommen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Bull.

Staatsrat Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der „HanseSani“ kommt auch in Pflegeheimen zum Einsatz. Da in Pflegeheimen aber medizinisches Fachpersonal vorhanden ist, erfolgt die Rettungsmittelanforderung von dort aus im Regelfall sehr gezielt, sodass die unklare Situation, für die der „HanseSani“ ins Leben gerufen wurde, dort tendenziell seltener vorkommt.

Im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 2020 waren insgesamt 35 Einsätze in Pflegeheimen zu verzeichnen. Fünf der Einsätze erfolgten zur Erstversorgung bei primär lebensbedrohlichen Zustandsbildern. Bei diesen genannten Einsätzen wurde der „HanseSani“ geschickt, da er schneller vor Ort sein konnte als der Rettungswagen oder das Notarztinsatzfahrzeug, die jedoch zum Einsatz nachgeführt wurden.

18 Patienten wurden nach dem Einsatz des „HanseSani“ unter rettungsdienstlicher Begleitung einer klinischen Versorgung zugeführt. Bei drei Einsätzen erfolgte nach der Erstversorgung durch den „HanseSani“ eine Krankhauszuweisung mit einem Krankentransportwagen beziehungsweise Taxi. Bei neun Einsätzen konnten die Patienten nach der Versorgung im Pflegeheim verbleiben.

Zu Frage 2: Ziel des Projektes „HanseSani“ ist es, Patientinnen und Patienten durch noch gezieltere Steuerung die richtige Versorgung zukommen zu lassen. Dadurch sollen Ressourcen des Rettungsdienstes und der weiterbehandelnden Kliniken geschont werden. Durch die weitere Qualifikation der „HanseSani“ analog des Gemeindenoctfallsanitäters im Oldenburger Raum erhalten diese erweiterte Kenntnisse unter anderem in der Wundversorgung und im Umgang mit Blasenkathetern. Dies kann unter anderem dazu führen, dass weniger pflegebedürftige Menschen in eine Klinik eingewiesen werden müssen.

Derzeit finden Verhandlungen über die Fortsetzung dieses erfolgreichen Projekts statt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Ich freue mich natürlich über Erfolge. Sie haben in der Beantwortung zu Frage eins Gründe für das Abrufen von Einsätzen in Pflegeheimen genannt. Sind Sie sich sicher, dass die Gründe, die Sie genannt haben, auch wirklich die Gründe dafür sind, dass der „HanseSani“ nicht angerufen wurde?

Staatsrat Bull: So ist unsere Einschätzung nach Auswertung der Einsätze!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Aber es ist einfach eine Einschätzung, die Sie im Ressort getroffen haben?

Staatsrat Bull: Es ist die Einschätzung unserer Fachleute!

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 9: Recyclingstation in Bremen-Horn
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 27. Juli 2020

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Warum wird die Recyclingstation Bremen-Horn derzeit nicht für Fußgänger und Radfahrer wiedereröffnet und für den Pkw-Verkehr mit Voranmeldung zugänglich gemacht?

2. Wann wird die Recyclingstation in Bremen-Horn für alle konkret wiedereröffnet beziehungsweise wann sind Nutzungsänderungen für die Flächen der Recyclingstation vorgesehen?

3. Welche anderweitigen und leicht erreichbaren Entsorgungsmöglichkeiten haben die Menschen im Einzugsbereich der Recyclingstation Bremen-Horn?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer beantwortet.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Recyclingstation Horn ist seit dem 3. August 2020 wieder für Abfallanlieferungen von Fußgängern und Radfahrern zugänglich. Die Öffnungszeiten sind aktuell Montag und Donnerstag von 9:00 bis 17:00 Uhr.

Eine Öffnung der Station für den Pkw-Verkehr mit Voranmeldung ist aus Sicht der DBS organisatorisch nicht realisierbar. Es kann zum einen nicht davon ausgegangen werden, dass die Termine mit einer ausreichenden Genauigkeit eingehalten werden, und zum anderen müssten nicht angemeldete Fahrzeuge am Tor abgewiesen werden. Es wäre zu erwarten, dass diese Situation zu Konflikten führen würde.

Zu Frage 2: Zunächst sollen die Frequentation der Station durch Fußgänger und Radfahrer sowie die aktuelle Entwicklung der Corona-Infektionen beobachtet werden. Bei vorhandenem Bedarf für eine Ausweitung der Öffnungszeiten und bei einer günstigen Entwicklung der Coronapandemie kann die Station an weiteren Wochentagen geöffnet werden.

Eine Öffnung der Station für Pkws zu den normalen Öffnungszeiten ist aus Sicht der DBS erst nach Abschaffung der Corona-Abstandsregelung möglich. Die Durchsetzung der Abstandsregelung erfordert die Einrichtung einer Eingangskontrolle an der Toreinfahrt, was unmittelbar zu Verkehrsbehinderungen auf der Achterstraße führen würde.

Zu Frage 3: Für die Entsorgung der Fraktionen Altkleider, Altglas und Klein elektrogeräte stehen die ortsbekannten Containerstandplätze zur Verfügung. Die Standorte können auch auf der Internetseite der DBS abgerufen werden. Papier und Leichtverpackungen, also der Gelbe Sack, können über die komfortablen Holsysteme entsorgt werden.

Für die Entsorgung der anderen Abfallfraktionen können von Horn aus gut die Recyclingstationen im Blockland, in Borgfeld und Oberneuland angefahren werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sie hatten ja die Frage schon am 27. Juli gestellt und es ist schön, dass in der Zwischenzeit etwas passiert ist. Trifft es zu, dass jetzt, da für Fußgänger geöffnet ist, Autofahrer vor der Recyclingstation halten und dann als Fußgänger ihre Abfälle dort hineinbringen und sich die Situation auf der Achterstraße insofern vielleicht nicht verbessert hat?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das kann ich ehrlicherweise, Herr Buhlert, nicht beantworten, weil mir dazu keine Daten vorliegen. Das kann ich gern erfragen. Wir haben ja eine ähnliche Situation in Findorff gehabt, das habe ich beim letzten Mal vorgetragen. Überall dort, wo sich dann Pkws aufstauen würden, haben wir die Station ja nur für den Fuß- und Fahrradverkehr geöffnet. In Findorff wissen wir, dass dort hauptsächlich Fahrradfahrer hinfahren. Jetzt werde ich gern für Sie noch einmal die Situation in Horn abfragen, ob es dann zu Staus kommt, weil die Autos um die Ecke geparkt werden und man dann zu Fuß dort hingeht.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Nein, ich nehme zur Kenntnis, dass man sich bemüht, dort weiter zu öffnen!

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Ich habe ja nun zufällig die Information, dass es so ist, dass die Leute mit dem Auto dort hinfahren, ein Stück weiter weg parken und die Sachen händisch dort hineintragen. Halten Sie das für eine befriedigende Lösung der Situation oder haben Sie eine andere Idee, wie man

besser mit der Situation umgehen kann, denn so ist es irgendwie für alle unbefriedigend?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe jetzt ja auch Ihnen schon mehrmals in der letzten Fragestunde zu erklären versucht, dass wir die Station nicht für die Pkws öffnen können, weil wir eine Eingangskontrolle brauchen, und wenn dann mehr als zwei Autos davor stehen, dann gibt es einen sehr großen Rückstau. Das heißt, wir können dort nicht für die Pkws öffnen, und ich habe ja gerade noch einmal vorgelesen, wer mit dem Pkw unterwegs ist und seinen Abfall mit dem Pkw wegbringen möchte, der kann auch relativ einfach die Stationen im Blockland, in Borgfeld und in Oberneuland anfahren. Ich glaube aber nicht, dass es in Ihrem Interesse ist, dass wir das für die Pkws komplett öffnen und dann lange Staus auf der Achterstraße haben. Das kann ich mir bei Weitem nicht vorstellen. Das ist der Grund, warum wir die Station für Fahrradfahrer und Fußgänger geöffnet haben, sie aber eben nicht für die Pkws öffnen können.

Ich will auch einmal sagen, wir haben leider auch Erfahrungen gemacht – so, wie woanders Straßenbahnfahrer die Erfahrung machen mussten, massiv attackiert zu werden, wenn sie Fahrgäste ansprechen, die keine Maske haben –, dass die Anweisungen zum Warten missachtet worden sind und natürlich auch Abfall zu Fuß zu den Containern getragen worden ist. In einem Fall wurde aber ein externer Wachmann von einem ungedulden Bürger angefahren. Solche Situationen haben wir auch an den Recyclingstationen und das möchten wir für Horn gern vermeiden.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Für alle!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 822.](#)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern mit Verbrennungsmotor reduzieren – Gesundheitsschutz bei der Anwendung verbessern, Umwelt schützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 1. Juli 2020

(Drucksache [20/278 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Laubbläser und ihre noch problematischeren Brüder, die Laubsauger, haben im Sinne der Arbeitsökonomie und der Arbeitserleichterung große Vorteile: Sie unterstützen das Leitbild der sauberen Stadt, sie sparen Geld und Personal. Das war das kurze Loblied auf diese Geräte. Wir wollen mit diesem Antrag kein Verbot dieser Geräte, sondern für die Gefahren und die von ihnen ausgehenden Schädigungen sensibilisieren, den Gebrauch auf das Notwendige reduzieren und eine Umstellung auf leisere und schadstoffärmere Geräte unterstützen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Was sind die problematischen Aspekte der Nutzung von Laubbläsern und Laubsaugern? Sie fügen der Bodenökologie Schaden zu und sind eine tödliche Gefahr für Kleintiere, Insekten, Spinnen, Regenwürmer und Frösche. Sie wirbeln im Straßenraum große Mengen an Feinstaub auf und sondern aus den Abgasen viele Schadstoffe ab. Für Menschen, die mit ihnen arbeiten oder sich in der Nähe aufhalten, ist dies ein gesundheitsschädliches Luftgemisch. Es gibt dann das Problem des Lärms. Es ist ein Problem, das sehr viele Leute stört, wenn sie morgens um 9:00 Uhr oder auch noch etwas früher von diesen Geräten begrüßt werden, die manchmal so laut sind wie eine Kreissäge. Dann gibt es sehr viele Beschwerden. Es gibt keine Grenzwerte, das heißt, man kann tatsächlich mit Geräten arbeiten, die so laut sind wie eine Kreissäge. Darüber sind sehr viele Menschen in dieser Stadt verärgert, gerade auch über Mitarbeiter von Gehwegreinigungsfirmen, die dort unterwegs sind.

Ich habe mich bei der Vorbereitung auf diese Debatte erkundigt, was die ganzen Unternehmen machen, auch die stadt eigenen Unternehmen in Bremen. Beim Umweltbetrieb Bremen habe ich nachgefragt, bei der GEWOBA, bei der Bremer Straßenbahn AG. Wenn man dort anruft, sind sie leicht genervt und sagen, ja, wir haben schon erkannt, dass da irgendwie ein Problem ist. Es hat große Vorteile für die Arbeitsökonomie, weil es im Herbst, wenn es in der Stadt große Mengen an Laub gibt, unter anderem auf den Grünflächen, im Sinne des Personals, das man dafür zur Verfügung hat, schwierig ist, ohne diese Geräte tätig zu werden. Es ist sehr wenig ausprobiert worden in den Betrieben in Bremen, das ist anders als in Bremerhaven. In Bremerhaven, im Gartenbauamt, wird sukzessive auf akkubetriebene Geräte umgestellt. Man muss klar sagen, sie sind nicht so leistungsfähig wie welche, die mit Diesel oder Benzin betrieben sind, aber sie sind sehr viel leiser und sondern sehr viel weniger Schadstoffe ab.

Jetzt kann man sagen, gut, Bremerhaven, das stockt dort noch ein bisschen, was machen denn andere Städte? Da habe ich mich auch erkundigt: In Hamburg, Stuttgart und München hat man sich auf den Weg gemacht und versucht, sukzessive darauf umzustellen, dass man mehr Akkugeräte nimmt.

Ich glaube, es ist auch eine ganz wichtige Frage des Arbeitsschutzes. Was passiert, wenn man mit so einem Laubbläser auf der Straße unterwegs ist? Es werden alle möglichen Sachen aufgewirbelt, der Feinstaub, vor dem wir uns fürchten, der auf Dauer auch tödlich sein kann, wird da aufgewirbelt. Die meisten Leute, die ich sehe, die da unterwegs sind, haben einen Gehörschutz auf, sie haben aber ganz selten einen Atemschutz dabei, und ich glaube, wir haben da ein größeres Gesundheitsproblem, dem wir uns meiner Ansicht nach widmen müssen.

Es gibt aber auch eine übergeordnete Regelungskompetenz. Der Einsatz von Laubbläsern – das wissen viele nicht, wenn es morgens um 8:00 Uhr in ihren Straßen lärmt – ist nur von 9:00 bis 13:00 Uhr erlaubt oder von 15:00 bis 17:00 Uhr. Wir brauchen ganz dringend diese Lärmgrenzwerte auf EU-Ebene. Daran wird jetzt gearbeitet. Man rechnet damit, dass es dafür im Jahr 2025 eine Regelung geben kann. So lange können wir nur aufklären, wir können mit den Unternehmen reden, die diese Geräte einsetzen, und wir können sukzessive auf leisere und schadstoffärmere Geräte umstellen. Dafür gilt wieder der Leitsatz: Greifen wir zum Äußersten und reden miteinander!

Es ist meiner Ansicht nach sehr wichtig, dass wir mit den Bürgersteigreinigungsfirmen in das Gespräch kommen. Da sind mit Sicherheit einige dabei, die verantwortungsvoll handeln, aber ich sehe auch da immer wieder Verstöße, zum Beispiel habe ich am Wochenende einen Mitarbeiter mit einem Laubbläser auf dem Osterdeich gesehen, der dürfte da gar nicht tätig gewesen sein.

Wir müssen, glaube ich, aber auch die Menschen in dieser Stadt sensibilisieren. Im privaten Bereich, im eigenen Garten, ist es für die Bodenökologie oder für die Kleintiere selten sinnvoll, sondern schädlich, wenn diese Geräte eingesetzt werden. Da ist dieser Einsatz überflüssig, und auch da müssen wir in dieser Stadt mehr miteinander über die schädlichen Auswirkungen dieser Geräte reden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Laubsauger und Laubbläser sind ein ökologisches Problem. Sie sind häufig ein nachbarschaftliches Ärgernis, obwohl ihre Einsatzzeiten begrenzt sind. Sie sind aber vor allem auch ein Fall für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, insbesondere bei öffentlichen Unternehmen wie der Bremer Straßenreinigung, dem Umweltbetrieb Bremen, aber auch bei privaten Unternehmen, gerade bei den Straßenreinigungsdiensten. Ralph Saxe hat es eindrucksvoll und ausführlich beschrieben, dem ist nichts hinzuzufügen. Die entscheidende Frage für uns, die diskutiert und versucht haben, sich einzubinden, ist die Frage: Was tun?

Es gibt durchaus Ansätze, solche Geräte schlicht und einfach zu verbieten. In den USA ist das in manchen Städten schon seit 1970 so. In Europa ist es in der Stadt Graz schon seit 2014 so. Allerdings muss man sagen, dort gibt es eine besondere Situation der Feinstaubbelastung, und es ist eine Ausnahmesituation, ansonsten wäre das aus europarechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Was wir aber zumindest schaffen müssen, ist, dass die Einsätze von Geräten mit Verbrennungsmotor reduziert und am Ende abgeschafft werden. Der Übergang zu akkubetriebenen Geräten ist möglich. Die Leistungsfähigkeit – Ralph Saxe hat es angedeutet – ist in manchen Fällen noch nicht so, wie

man sie gern hätte, noch nicht auf der Höhe von Verbrennungsmotoren, aber die Entwicklung geht voran, und ich denke, dass man bei Neubeschaffungen diesen Weg auf jeden Fall gehen muss. Ich weiß, dass dies auf jeden Fall bei der Bremer Straßenreinigung schon umgesetzt wird, und auch beim Umweltbetrieb Bremen ist das klare Signal, ja, wir werden das machen, selbst wenn wir hin und wieder noch Zweifel an der Leistungsfähigkeit haben. Diesen Weg sollten wir unterstützen.

Wir stehen dabei allerdings gleichzeitig vor der Frage: Sollen wir das noch beschleunigen, sollen wir möglicherweise darauf drängen, dass Geräte, die jetzt mit Verbrennungsmotoren im Einsatz sind, aus den besagten Gründen vorzeitig aussortiert werden? Ich denke, darüber müssen wir sprechen, aber es macht keinen Sinn, dies schon in Form eines Antrags zu machen. Dafür sind Gremien wie der Betriebsausschuss beim Umweltbetrieb Bremen oder der Verwaltungsrat bei der Bremer Straßenreinigung der richtige Ort, um sich das genauer anzuschauen und auch zu sehen, in welchen Größenordnungen das finanziell zu Buche schlagen würde.

Darüber hinaus stellt sich natürlich die Frage: Soll man weiter gehen – Ralph Saxe hat es angesprochen –, soll man in dem Bereich reduzieren? Es ist keine einfache Frage. Man muss sich vor Augen führen, dass allein beim Umweltbetrieb Bremen pro Jahr ungefähr 5 000 Tonnen Laub anfallen. Das sind Mengen, die bewältigt werden müssen, und wenn man sich anschaut, was ein Laubbläser leistet, so gibt es die Pi-mal-Daumen-Regel, mit einem Laubbläsergerät kann man so viel leisten wie vier Personen mit einer Harke. Wenn man das auf diese Mengen umrechnet, die beim Umweltbetrieb Bremen anfallen, dann wissen wir, ein Rückweg zur Harke würde erheblichen personellen, erheblichen finanziellen Mehrbedarf verursachen, und wenn wir uns die Finanzen anschauen, die wir dort ja schon als eng kennen, dann wissen wir, das ist eigentlich nicht der Weg.

Wir werden also schauen müssen, ob es möglicherweise Flächen gibt, auf denen man weniger Laub beseitigt. Auch das ist eine Frage, von der ich denke, wir müssen uns in den Gremien einmal anschauen, was da infrage kommt, wo man etwas reduzieren kann. Ich denke, dass wir heute ein klares Signal geben sollten, wir wollen die Transformation hin zu den akkubetriebenen Geräten, wir wollen sehen, dass möglicherweise auch reduziert wird und dass auf jeden Fall diese ökologischen Belas-

tungen, die Ärgernisse, die mit dem Krach verbunden sind, vor allem aber auch die Risiken hinsichtlich des Arbeitsschutzes beachtet werden. So weit das, was den öffentlichen Bereich angeht!

Einfacher ist es im privaten Bereich bei den privaten Verbrauchern. Da ist die klare Empfehlung, ökologisch mit Rücksicht auf die Nachbarn und mit Rücksicht auf die eigene Gesundheit: Verzichten Sie auf solche Geräte, greifen Sie zurück auf die Harke, das ist angenehmer, das ist sportlicher, und das hilft allen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer kennt das nicht? Ein dämmriger Herbstmorgen, kurz vor 7:00 Uhr, das Bett noch wohligh warm, und es dröhnt und brummt und pfeift, kurz nachdem der Wecker um 7:01 Uhr erschallt. Die Laubbläsersaison ist gestartet, und dummerweise – Herr Saxe hat es angedeutet – wohnt man nicht in einem reinen Wohngebiet, in dem man erst ab 9:00 Uhr den Laubbläser anstellen darf. Was für die schlafenden oder frühstückenden Anwohner laut und sehr störend ist, ist für andere gesundheits-, sogar lebensgefährlich.

Laubbläser und Laubsauger mit Verbrennungsmotoren haben einen Schallpegel von bis zu 115 Dezibel, sie sind so laut wie Presslufthammer und Kreisägen, Herr Saxe hat es schon gesagt. Schon ab einem Lärmpegel von 85 Dezibel kann es zu schweren Hörschäden kommen. Menschen, die diese Geräte ohne Lärmschutz bedienen oder sich in unmittelbarer Nähe befinden, werden also erheblichen Gesundheitsgefahren ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die Geräte mit Verbrennungsmotoren reinste Dreckschleudern sind. Sie stoßen Kohlenwasserstoffe, Stickoxide und Kohlenmonoxid aus und fabrizieren so selbst eine ganze Menge gesundheits-schädlicher Stoffe. Zudem wirbeln sie erhebliche Mengen Feinstaub, Blütenstaub und Mikroorganismen aus dem Straßenraum auf, teilweise auch Pilzsporen, Schimmelpilze, Parasiten, Bakterien und Viren, denn was alles so am Boden liegt, ist meistens nicht sonderlich hygienisch. Wer diese Mischung einatmet, bekommt nicht nur als Allergiker erhebliche Probleme.

Für die Umwelt und für die in ihr lebenden Tiere wie Igel und Insekten sind Laubbläser und Laubsauger meistens nicht nur gefährlich, sondern tödlich. Laubbläser jagen die Luft mit einer Geschwindigkeit von bis zu 220 Kilometern pro Stunde wie ein starker Hurrikan über den Boden, Laubsauger ziehen mit Luftgeschwindigkeiten von 160 Kilometern pro Stunde alles in den Sack, was nicht niet- und nagelfest ist. Die oberflächliche Streuschicht, der Hauptlebensraum vieler Bodentiere, wird massiv gestört und zerstört, die Bodenoberfläche, auf der sich viele Bodenorganismen befinden, verliert ihre Funktionsfähigkeit. Durch die Zerstörung der Bodenflora und -fauna wird die stoffliche Umsetzung und dadurch die Humusbildung gestört. Kleintiere und Vögel verlieren Nahrung und Lebensraum, Insekten und Spinnen werden getötet. Zudem ist der Boden schlechter vor Austrocknung und Extremtemperaturen geschützt, das sind also angesichts der steigenden Temperaturen und kranker und sterbender Bäume keine guten Aussichten.

Fazit: Das ökologische Gleichgewicht ist durch den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern erheblich gefährdet, aber – dann kommt das große Aber, das hat Herr Gottschalk auch gerade schon gesagt! – diese Laubbläser stellen eine große Arbeitsentlastung dar. Insbesondere für große und stark verschmutzte Flächen ist deren Einsatz oft alternativlos. Es geht schließlich nicht nur um Laub, sondern auch um Müll, der nicht so einfach auf den Flächen liegen gelassen oder unter Hecken gefegt werden kann, aber – da würde ich Herrn Gottschalk auch noch einmal ergänzen! – ich glaube, gerade bei den Flächen, bei denen man die Möglichkeit hat, wo Hecken sind, wo der Weg zur Entsorgung nicht weit ist, gibt es Möglichkeiten, bei denen man auch ohne einen sehr großen Personalaufwand zu anderen Organisationsmöglichkeiten mit dem Laub als solches umsteuern kann. Es gilt also abzuwägen zwischen Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Arbeitsbelastung beziehungsweise Arbeitsentlastung. Daran haben wir uns in unserem Antrag orientiert, und deshalb bitten wir um Zustimmung. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Michalik.

Abgeordneter Michalik (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Bald fallen die ersten Blätter von den Bäumen, und dann kommt dieses nervige Geräusch, laufende Motoren, die ständig aufheulen. Heute

debattieren wir einen Antrag der Koalition, der zum Ziel hat, die Anwendung der Laubbläser mit Verbrennungsmotor in dieser Stadt zu reduzieren. Der Einleitungstext des Antrags fasst die Probleme, die die Laubbläser mit Verbrennungsmotor mit sich bringen, gut zusammen. Inhaltlich ist schon sehr viel genannt worden – ich habe gemerkt, wir hatten anscheinend alle die gleiche Quelle –, trotzdem gehe ich noch einmal auf einige Punkte ein.

Die Folgen für die Gesundheit und die Umwelt sind nicht von der Hand zu weisen. Neben all den nervigen Geräuschen, dem Gestank und den Aufwirbelungen sind auch die Umweltaspekte nicht tragbar. Wir sprechen hier, so wie Ingo Tebje vorhin, über Lärmemissionen von über 100 Dezibel, und wie Ingo Tebje auch richtig sagte, bereits 85 Dezibel können zu Hörschäden führen. Die Abgase und Aufwirbelungen sind für die Leute, die keinen Mundschutz tragen, hoch giftig und toxisch. Über zerstörte Pflanzen und das Töten von Insekten und Kleintieren brauchen wir auch gar nicht weiter zu sprechen, das ist scheinbar jedem klar.

Sicher muss der Einsatzort dieser Geräte in der Regel gut durchdacht werden. Wir als Fraktion der CDU sind auch ganz klar der Auffassung, dass die öffentliche Hand mit ihren Eigenbetrieben und Gesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen muss und Laubbläser und Laubsauger nur dort angewandt werden dürfen, wo sie wirklich unentbehrlich sind. Ralph Saxe hat es schon gesagt: Nur dort, wo es notwendig ist! Das Problem: Das steht nicht im Antrag. Das ist übrigens auch eine Empfehlung des Umweltbundesamtes an die öffentliche Hand.

Bei der Durchsicht der einzelnen Beschlusspunkte ist mir allerdings einiges aufgefallen, und zwar sind die Formulierungen in der Regel sehr weich. Ein Beispiel aus dem Beschlusspunkt Nummer eins, ich zitiere: „Den Einsatz ... zu hinterfragen oder den Gebrauch so weit wie möglich zu reduzieren.“ In dieser Forderung haben Sie nichts hinterlegt, was irgendwie messbar ist. Hier steht nicht, bis wann der Gebrauch reduziert werden soll oder was es überhaupt bedeutet, dass reduziert werden soll. Vor allem von Ihnen, Herr Saxe, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte ich mehr Mut erwartet. Sie hätten zum Beispiel genau das, was Sie sagen, auch fordern können, indem Sie schreiben, wir reduzieren das Maß auf das Notwendige. Das fehlt allerdings.

Es ist auch ein richtiger Gedanke, akkubetriebene Geräte anzuschaffen und zu nutzen, um die Laub-

bläser mit Verbrennungsmotor auf lange Sicht auszutauschen. Hier stellen wir uns die Frage, ob es nicht sogar an der einen oder anderen Stelle vertretbar wäre, zu fordern und zu sagen, wir nutzen Rechen und Besen, solange zum Beispiel die E-Geräte noch nicht annähernd die Effizienz von denen mit Verbrennungsmotor haben. Das hätten Sie ebenfalls einfordern können.

Den Schlusspunkt fünf hätte man weiter nicht fassen können. Sicher ist es wichtig, die Risiken zu ermitteln, aber „ermitteln“ ist auch wieder einer dieser weiten Begriffe. Wir sind der Meinung, dass in den vergangenen Jahren schon sehr viel aus verschiedenen Richtungen passiert ist. Zum Beispiel rät der Lungeninformationsdienst bei der Anwendung dieser Geräte zum Tragen von Schutzmasken, das ist also schon ein offensichtliches Politikum gewesen. Hier bleibt offen, ob die Koalition sich jetzt auf Bundesebene dafür einsetzen oder gar ein teures Gutachten dafür in Auftrag geben will. Der Mehrwert der erhofften Ergebnisse erschließt sich uns nicht wirklich. Daher müssen wir darauf vertrauen, dass Sie diese Fragen an der richtigen Stelle anstoßen. Eine Konkretisierung hätte uns weiter vorangebracht, und wir wären auch zügiger vorangekommen.

Sie wollen sich auch für eine Lärmgrenze einsetzen, das ist auch durchaus ein positiver Aspekt. Hier ist allerdings nicht ganz klar, ob die Koalition die Bundesregierung auffordert, auf EU-Ebene tätig zu werden, oder ob die Bundesregierung allein einen Grenzwert festlegen soll. Es gibt keine gesetzlichen Grenzwerte für diese Geräte. Ich weiß, dass das häufig gewünscht wäre, aber wie Herr Gottschalk zutreffend gesagt hat, darf Deutschland nicht allein diese Produktbeschränkung ausüben. Bestehende Marktregeln der Europäischen Union verbieten das. Fakt ist, wie auch Herr Gottschalk sagte, dass die Europäische Kommission plant, Lärmgrenzen für diese Geräte einzuführen. Die Bundesregierung und das Umweltbundesamt unterstützen die Kommission dabei, aber wie vorhin schon gesagt wurde, bis 2025, vorher dürfen wir damit nicht rechnen.

Sie beantragen de facto etwas, was schon lange auf den Weg gebracht wurde. In der Gesamtheit geht der Antrag schon in eine richtige Richtung, obwohl handwerklich viele Schwachstellen vorliegen. Ihre Formulierungen sind einfach sehr offen und nicht bindend. Hier gibt es wenig Punkte, an denen man am Ende einen Erfolg messen kann. Die Fraktion der CDU wird diesem Antrag aus diesen Gründen

mit sehr viel Wohlwollen noch zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Magnus Buhlert erklärt uns jetzt, dass das alles der Markt klärt!)

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Fecker, Sie hören einfach zu, dann wissen Sie, was ich erkläre, und dann können wir auch darüber reden, dass viele Köche einen Brei angerührt haben und man schauen muss, was man davon isst und was man davon nicht isst! Wir als Fraktion der FDP beantragen hier eine getrennte Abstimmung, weil wir einige Punkte teilen und andere für nicht nachvollziehbar halten und da vielleicht weniger Wohlwollen aufbringen als die Fraktion der CDU, denn wir wissen, dass Großstädte wie beispielsweise Hannover bereits Akkubläser nutzen. Insofern müssen Erfahrungswerte anderer Städte vorliegen, die darauf hindeuten, dass es sinnvoll ist, diese einzusetzen, auch wenn sie vielleicht nicht die Leistung bringen wie andere, denn was Schadstoffe angeht, was Lärm angeht, ist das Ganze ja bekannt und auch von den Kolleginnen und Kollegen dargelegt worden.

Allerdings muss auch klar sein, die Auswirkungen auf die Bodenökologie sind gleich, egal welchen Antrieb ich nehme, denn immer schädige ich die oberste Bodenschicht, wenn ich die Geräte nicht zur Reinigung von Gehwegplatten oder so etwas einsetze, wo sie häufig auch zum Einsatz kommen. Wir erinnern uns alle an die vorzüglichen schnellen Reinigungsarbeiten nach Freimarktumzügen, die uns in diesem Jahr leider entgehen werden.

Wir kommen aber natürlich auch zu dem Schluss, dass wir sagen müssen, in Eigenbetrieben muss man vorangehen. Aber in der Tat, da hat Arno Gottschalk die richtige Frage gestellt, wann ist denn der sinnvolle Zeitpunkt, Altgeräte auszutauschen. Ich erinnere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Frage Ihres Antrags „Nutzen und reparieren vor austauschen“. Wann und für welche Geräte gilt das? Wir haben das an den Geräten abstrakt diskutiert, da ging es um Toaster und andere Haushaltsgeräte. Das ist mir schon bekannt, aber wir müssen hier auch die Frage diskutieren, wann ist der richtige Zeitpunkt.

Die nächste Frage betrifft Ihren Punkt drei: Wollen Sie, dass die städtischen Betriebe über die Einhaltung von Arbeitsschutzregeln aufgeklärt werden? Ehrlich gesagt, wenn ich eines von städtischen Betrieben erwarte, dann ist es zuallererst, dass sie Arbeitsschutzregeln einhalten, weil sie eine Vorbildfunktion haben! Ich finde es ein Armutszeugnis, wenn der Senat dazu aufgefordert werden muss, und ich erwarte schlichtweg, dass das gemacht wird.

Auch die Einhaltung der Nutzungszeiten! Natürlich ist das Gewerbeaufsichtsamt dafür zuständig, die Zeiten zu kontrollieren, wann die Geräte eingesetzt werden et cetera. Das Ordnungsamt, die Polizei, andere können da hinzugezogen werden, das ist nicht die Frage. Erwarten wir ernsthaft, dass wir städtische Betriebe kontrollieren müssen, oder erwarten wir städtische Betriebe, die sich an Recht und Gesetz und Ordnung halten? Liebe Damen und Herren von der Koalition, ich bin immer noch dabei zu sagen, wir erwarten, dass ein städtischer Betrieb Gesetze kennt und anwendet und nicht kontrolliert werden muss. Wenn wir so wenig vorbildliche Betriebe haben, ist das schon ein Armutszeugnis, das Sie sich hier selbst ausstellen.

(Beifall FDP)

Dann bleibt natürlich die Frage, wie mit Privaten umgegangen wird. Ich finde es vernünftig, da in den Dialog zu gehen, aber dann sollte man schon selbst weiter sein und auch Vorbild sein können. An anderer Stelle, der Prüfauftrag, den Sie haben, was die Praxis beim Umweltbetrieb Bremen und anderen angeht, finde ich es geradezu richtig. Auf der anderen Seite weise ich auf die Homepage des Umweltbetriebs Bremen hin, auf der steht: „Um Käfer und Kleinstlebewesen zu schützen, setzt der UBB keine Laubsauger, sondern ausschließlich Laubgebläse ein. Obwohl diese Geräte zu den leistungsfähigsten auf dem Markt zählen, arbeiten sie mit einer erheblichen Lautstärke, die viele Bürgerinnen und Bürger als störend empfinden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten daher nur die notwendigen Flächen.“ Ich glaube, auch da ist das Problembewusstsein vorhanden. Insofern frage ich mich, wenn das Problembewusstsein da ist, warum behandeln wir das in der Stadtbürgerschaft und nicht in den Betriebsausschüssen und an solchen Stellen und in den Gremien, in denen es notwendig ist, darüber zu reden.

Dann haben Sie in Punkt fünf einen Untersuchungsauftrag formuliert, in dem Sie die Risiken

von Feinstaub und Abgasemissionen von Laubbläsern untersuchen wollen. Ernsthaft: Vorher ist das Ihre Begründung für den Antrag, die ich im Übrigen teile, aber dann brauche ich diesen Auftrag nicht und kann doch sagen, darauf verzichten wir, weil die Umweltbehörde überlastet ist! Ich weiß nicht, warum Sie diese Beschäftigungspirouetten für die Verwaltung drehen, wenn Sie wie ich davon überzeugt sind, dass Akkulaubbläser die bessere und leisere Alternative sind! Wir wollen die Behörde vor Arbeitsüberlastung schützen und lehnen diesen Punkt ab.

Ansonsten ist die Handlung auf lokaler Ebene möglich, und natürlich wünschen wir, dass die EU irgendwann handelt und Regelungen trifft, aber ernsthaft, das ist auf dem Weg, dazu brauchen wir keine Aufforderung. Meine Damen und Herren, ich habe dargelegt, warum wir differenziert abstimmen, ich hatte das beantragt, und dann können wir, glaube ich, wieder zu den anderen Themen dieser Stadtbürgerschaft übergehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Antrag als Unterstützung für unsere Arbeit aufgefasst und – so hat es Herr Saxe vorhin gesagt – auch als eine Sensibilisierung; Sensibilisierung nicht nur für die eigenen städtischen Gesellschaften und Betriebe, mit denen wir Vorbild sein sollen, sondern natürlich auch eine Sensibilisierung für jeden Privatmenschen oder die privaten Gehwegreinigungen, die diese Geräte einsetzen.

Ein Punkt, der mir besonders wichtig erscheint, ist, wirklich noch einmal zu überprüfen, welche Flächen müssen vom Laub gereinigt werden, und welche belässt man einfach so. Jetzt sage ich das nicht als Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, sondern als Biologin, auch wenn das viele vor mir schon gemacht haben: Das Laub, zum Beispiel auf Wiesen, hat eine ganz wichtige ökologische Funktion, es gehört auf die Wiesen, auf den Boden, in die Gärten. Wenn man einen Laubhaufen zusammenreicht, ist das natürlich eine gute Winterunterkunft für Igel, für Kröten, aber natürlich ist das Laub auch die Nahrung für Asseln, für Regenwürmer, für eine Vielzahl von Insekten, die dann wiederum als Nahrung für Vögel und andere Kleintiere dienen, aber

es ist auch die Nährstoffquelle für die Pflanzen und für die Bäume selbst.

Es ist der natürliche Biodünger, und deswegen ist erst einmal der Appell, dort, wo es keinen stört, die Blätter, das Laub zu belassen. Wo stört es denn? Doch hauptsächlich auf den Fuß- und Fahrradwegen!

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Wir kennen das alle: Wenn das Laub nass ist, und man läuft darüber, man fährt mit dem Fahrrad darüber, dann rutscht man gern weg, und das ist doch eigentlich der Bereich, in dem man das Laub entsorgen möchte. Deswegen – der Herbst steht vor der Tür, die ersten Blätter sind schon gefallen, auch aufgrund der großen Dürre – müssen wir schauen, wie gehen wir mit diesem Problem um. In der Tat, das wurde schon gesagt, ersetzt ein Laubbläser bis zu fünf Mitarbeiter, und das hat schon etwas mit Arbeitsschutz zu tun. Jeder, der Probleme mit dem Rücken hat, weiß, wie anstrengend es ist, Laub mit einer Harke oder mit einem Besen wegzuschieben und zusammenzufügen, und deswegen werden Laubbläser verwendet.

Jetzt möchte ich einmal Zahlen nennen! Ich hoffe, ich langweile Sie nicht, aber es ist so, dass wir in Bremen nicht nur die ganz normalen Laubbläser mit Verbrennungsmotoren einsetzen, sondern der UBB und die Stadtreinigung auch schon akkubetriebene Handblasgeräte haben. Beim UBB sind rund 100 Rücken- und Handtragegeräte und 30 handgeschobene Laubbläser mit einem Verbrennungsmotor im Einsatz, bei der DBS sind es acht und bei der Stadtreinigung Bremen 26 mit Verbrennungsmotor. Jetzt ist es so, dass beim UBB – ich hoffe, ich darf das sagen und dass es nicht Schleichwerbung ist! – Geräte von Stihl im Einsatz sind. Das sind zurzeit am Markt die leisesten verfügbaren Geräte, sie sind circa zehn dBA leiser als vergleichbare Geräte. Ich will nur sagen, dass das, was beim UBB verwendet wird, schon das Leiseste ist, was es auf dem Markt gibt. Der UBB setzt auch elf akkubetriebene Handblasgeräte ein, die DBS ein Rückengerät und die Bremer Stadtreinigung 13, also, wir sammeln da schon Erfahrungen.

Gleichwohl finde ich es richtig, darauf zu achten gerade auch bei Neuanschaffungen möglichst auf die Verbrennungsmotoren zu verzichten. Die Gründe wurden schon genannt: Nicht nur, dass wir damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, weil sie viel CO₂ emittieren, weil sie Feinstaub emittieren, sie wirbeln – und es ist dann egal, ob sie mit

Akku oder Benzin betrieben werden, da bin ich ganz bei Herrn Buhlert – eine Reihe von Schmutz- und Staubpartikeln und Pilzsporen auf. Deswegen finde ich es richtig, alle auf die Arbeitsschutzmaßnahmen hinzuweisen, was den Lärmschutz, aber auch, was den Mundschutz angeht, auch wenn das die städtischen Betriebe sicherlich machen.

Ich spreche gern noch einmal gerade auch die privaten Gehwegreinigungen an und appelliere und informiere, dass dort akkubetriebene Geräte eingesetzt werden sollen. Wir haben das gleiche Thema beim Streusalz. Oftmals ist etwas schon nicht mehr erlaubt, und es wird trotzdem gemacht. Insofern komme ich dem gern nach, auch Gespräche mit den bremischen Gesellschaften zu führen.

Ein Punkt ist mir wichtig: Untersuchungen gibt es ganz sicherlich, vom Umweltbundesamt wurden Abgas- und Luftkeimmessungen durchgeführt, es beschäftigt sich sehr wohl damit. Wenn es neue Studien gibt, dann können wir sicherlich davon profitieren, aber wichtiger – und damit komme ich jetzt auch zum Schluss! – ist ganz sicherlich, sich noch einmal auf der regulativen Ebene dafür einzusetzen, dass diese wirklich viel zu lauten und klimaschädlichen Laubbläser reguliert werden hin zu klimafreundlicheren und leiseren Laubbläsern.

Es wurde vorhin schon gesagt, eigentlich ist man auf EU-Ebene, bei der Europäischen Kommission schon dabei, Marktregelungen für Lärmgrenzen von Laubbläsern und Laubsaugern in eine Verordnung zu fassen, aber man muss auch die Bundesregierung dabei unterstützen, bei der EU die Arbeit an dieser Verordnung voranzutreiben. Das können wir gern noch einmal machen, solch eine Regelung unterstützen wir.

Der Deputation berichten wir auch. Ich freue mich, dass wir alle sehr einmütig an dem Ziel festhalten, trotzdem noch einmal mein Appell, aus ökologischen Gründen wirklich nur dort das Laub zu entfernen, wo es nötig ist, weil es ein Beitrag zum Insektenschutz und zur Biodiversität ist, wenn man das Laub dort verbleiben lässt, wo es nicht stört, und es stört hauptsächlich auf Gehwegen und Fahrradwegen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier wurde getrennte Abstimmung beantragt.

Zunächst lasse ich über die Ziffern 1, 2 und 7 des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern 1, 2 und 7 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1, 2 und 7 zu.

Nun lasse ich über die restlichen Ziffern abstimmen.

Wer den restlichen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den restlichen Ziffern des Antrags zu.

Für ein sauberes Bremen mit mehr Aufenthaltsqualität!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 5. August 2020

(Drucksache [20/289 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Wischhusen.

Abgeordnete Wischhusen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Immer mehr

Müll in Parks und auf Grünflächen“, so lautet eine aktuelle Schlagzeile in den lokalen Nachrichten. Die Sauberkeit der Stadt ist leider immer wieder ein leidiges, aber nach wie vor aktuelles und vor allem dringendes Thema in Bremen. Bremen ist in puncto Sauberkeit in keinem guten Zustand. Müll auf den Straßen und Flächen ist ein Anblick, an den wir uns im schönen Bremen leider schon gewöhnt haben. Kaum ein Quadratmeter der Pflaster in der Bremer Innenstadt oder um den Hauptbahnhof herum ist frei von Kaugummis, überall sieht man weggeworfene Zigarettenstummel, und jetzt kommen auch noch vermehrt die Plastikabfälle dazu. Was das mit unserer Umwelt macht, brauche ich Ihnen wohl kaum zu erklären. Hinzu kommen noch Vandalismus und Verschandelung des Stadtbildes durch unerlaubte Graffitis, also durch das Besprühen von Fassaden und Bekleben von unterschiedlichsten Gegenständen im öffentlichen Raum. Sauberkeit und Ordnung hängen zusammen, und hier muss in beiden Bereichen gehandelt werden.

(Beifall FDP)

Was ist eigentlich mit unserer Gesellschaft passiert, wenn wir es billigend in Kauf nehmen, Menschen dafür zu bezahlen, den Dreck anderer wegzuräumen anstatt an die Eigenverantwortung zu appellieren? Die Gesellschaft ist erschreckend selbstgefällig, ja, sogar arrogant geworden. Das Problem ist vielschichtig, denn in der Gesellschaft hat sich das Werfen von Müll auf die Straße mittlerweile als Normalität etabliert. Komisch angeschaut wird derjenige, der den Kaugummi in den Eimer wirft, und eben nicht der, der ihn auf die Straße spuckt. Diese Verrohung schadet unserer Umwelt und unserem gesellschaftlichen Miteinander, und das ist eine Schande.

(Beifall FDP)

Dabei sind wir in Bremen doch ganz gut, was das Müllaufkommen betrifft, denn wir liegen mit circa 446,7 Kilo pro Person unter dem Bundesdurchschnitt. Doch der Hausmüll ist das eine und der im Alltag entstehende Müll das andere. So hat die Coronapandemie verstärkt dazu geführt, dass sich Menschen draußen im Freien, in Parks, auf Wiesen und an Badeseen, aufhalten und essen. Das ist natürlich eine schöne Entwicklung, die die Aufenthaltsqualität Bremens beweist, aber nur dann, wenn danach auch wieder alles makellos sauber ist.

Doch genau daran scheitert es bisher: Der Müll fliegt in den Wallanlagen, am Osterdeich, an den

Weserterrassen oder am Werdersee hin und her. Oft mangelt es gar nicht an der Bereitschaft, den Müll zu entsorgen, doch es mangelt an ausreichend Entsorgungsmöglichkeiten, und die vorhandenen circa 3 200 öffentlichen Mülleimer sind häufig überfüllt. Selbst die Bedarfsentleerung der mit den Sensoren ausgestatteten Mülleimer scheint nicht reibungslos zu funktionieren. Der Müll liegt oftmals daneben oder darauf. Kommt dann die typische Bremer Brise, fliegt dann eben alles durch die Gegend, der Müll verteilt sich, und das ist ein katastrophales Bild für die Naturflächen.

Auch wenn die Stadtreinigung im Sommer 15 120-Liter-Behälter am Osterdeich zusätzlich aufstellt, ist das offensichtlich viel zu wenig. Wir brauchen endlich stadtweit mehr Mülleimer, insbesondere intelligente und vernetzte Mülleimer für die Bremerinnen und Bremer, die bedarfsgerecht geleert werden, denn Müllablagerungen und Dreck sind nicht nur eine Schande für das Bremer Stadtbild, sondern sie beeinflussen die Umwelt negativ und stellen zudem eine Verletzungsgefahr dar.

Bei Toiletten sieht es übrigens ähnlich aus: Es gibt kaum öffentliche Toiletten, und die wenigen sind häufig so schmutzig, dass eine Benutzung gar nicht möglich ist. Jeder weiß, wo gegessen und getrunken wird, wo sich Menschen aufhalten, wo Kinder spielen, da sollte es auch den schnellen und sauberen Zugang zu einem WC geben. Am Werdersee gibt es kaum Möglichkeiten, zur Toilette zu gehen, und auch am Osterdeich oder entlang der Ochtum sieht es mager aus. Selbst in der Innenstadt gibt es wenige Toiletten, was dazu führt, dass sich in Zeiten des Lockdowns wegen der Coronapandemie, in denen die Restaurants und die Geschäfte geschlossen waren, die Menschen aus der Not heraus ins „Freipinkeln“ flüchteten. Auch das Konzept der „Netten Toilette“ ist nur bedingt sinnvoll, denn kaum ein Tourist wird das Konzept kennen, und selbst viele Bremer wissen nichts davon. Hinzu kommen, insbesondere in der aktuellen Situation, hygienische Probleme, und das sollte so auf keinen Fall sein.

Die Kommune muss an zentralen Orten entweder selbst oder in Kooperation mit anderen für mehr öffentliche Toiletten Sorge tragen. Hierzu gehören Spielplätze, Liegewiesen, Badeseen, aber auch die verschiedenen Quartiere Bremens. Diese müssen regelmäßig gereinigt werden und sich in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden. Es gibt viele private Anbieter von Toiletten, die in der Stadt ein gutes Angebot schaffen würden. Ein Beispiel für

mehr Sauberkeit wären selbstreinigende, vandalismussichere und barrierefreie Automatikoiletten, und das sollte nach unserer Auffassung geprüft werden.

Außerdem brauchen wir ein Konzept, mit dem man dem Müllaufkommen Herr wird. Moderne Smart-Waste-Konzepte wären unsere favorisierte Lösung, und so lässt sich Umweltschutz ganz unkompliziert im Alltag leben. Die Aufenthaltsqualität einer Stadt bemisst sich insbesondere am Auftreten und Äußeren, und gerade deshalb sollte Sauberkeit eine Selbstverständlichkeit darstellen. Wenn die Aufenthaltsqualität und die Attraktivität Bremens und der Bremer Innenstadt gesteigert werden sollen, dann muss zwingend die Sauberkeit verbessert werden. Bremen braucht für seine Stadtbevölkerung, für die Beschäftigten und für die Touristen ein Konzept zur Verbesserung der Sauberkeit, der Sicherheit und der Ordnung im öffentlichen Raum. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP ist nun einmal eine moderne Partei. Es gibt so gut wie kein Problem, für das sie nicht eine Hightech-Lösung weiß. Während andere sich noch den Kopf zerbrechen, was denn das konkrete Konzept für eine Smart City sein könnte, ist sie schon bei einem Smart-Waste-Konzept, das unsere Probleme lösen soll.

Frau Wischhusen, ich glaube nicht, dass wir unsere Probleme dadurch lösen werden, dass wir uns nur die Werbebroschüren von Anbietern anschauen, sondern wir müssen uns real mit den Problemen in dieser Stadt befassen. Klar ist, da widerspreche ich Ihnen überhaupt nicht, wir haben Herausforderungen, was die Sauberkeit im öffentlichen Raum angeht. Diese Herausforderungen haben zugenommen durch gesellschaftliche Entwicklungen, die uns teilweise Sorgen machen, die uns manchmal auch ratlos machen, aber das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, als sei Bremen eine hoch verschmutzte Stadt und verfüge über eine Verwaltung, die praktisch gar nicht reagiere und darauf keine Antwort habe, ist völlig neben der Realität!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Wischhusen, wir haben diesem Thema schon in den letzten Jahren eine Bedeutung beigemessen und gesagt, wir müssen die Kompetenzen, die wir im Bereich der Reinigung, in der Sauberkeit der Stadt haben, besser zusammenfassen. Wir müssen die Zersplitterung überwinden, und deshalb haben wir genau dies mit der Rekommunalisierung verfolgt, nämlich Konzentration von Kompetenzen, Neuaufstellung in dieser Sache, und Sie haben nur draußen gestanden und versucht, Beton zu gießen. Das war Ihr Beitrag dazu.

Wir haben auf dieser Basis neue Verträge ausgehandelt, die für die Stadtreinigung die Erfahrungen der letzten Jahre berücksichtigt haben, es sind neue Verträge abgeschlossen worden. Wir haben durch die Erfahrung, dass wir in dieser Stadt besonders herausgestellte Problemgebiete haben, insbesondere in der Innenstadt und im Ostertorviertel, Konzepte gefunden, sodass zweimal in der Woche gereinigt und angepasst reagiert wird. Wir haben zusammen mit dem Umweltbetrieb flexible Antworten gefunden, wie erhöhter Müllanfall beseitigt werden kann. Wir haben als Zeichen, wie ernst wir diese Sache nehmen, das Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ aufgestellt und ausgestattet mit bis zu zwanzig Projekten, die wir umsetzen werden, die sehr detailliert und auch sehr differenziert Probleme aufgreifen werden. Wir haben in diesem Zusammenhang den Weg gefunden, dass die Zusammenarbeit mit den Ordnungsdiensten besser wird. Dies alles sind Ansätze, bei denen davon auszugehen ist, dass wir diesem Problem Rechnung tragen und im Rahmen unserer Möglichkeiten das machen, was geht.

Es fehlt nicht daran, dass irgendwo versäumt wird, neue Technologien aufzustellen. Solargetriebene Pressen, intelligente Müllcontainer, das alles wird ausprobiert, bloß haben wir die Erfahrung, dass Technik allein nicht genügt. Schauen Sie doch einmal in das Internet, was 2013, 2014 an intelligenten Müllcontainern gefordert worden ist! Ja, und wie waren die realen Probleme? Das muss man doch erst einmal ausprobieren, statt diese ganzen Punkte hochzuskalieren und die Dinger nur aufzustellen. Bei 3 600 Mülleimern in dieser Stadt glaube ich nicht, dass wir das Problem haben, dass jemand irgendwo danach sucht, seinen Müll loszuwerden und keinen Mülleimer findet. Ich glaube, das sind Fantasien, die Sie hier uns erzählen wollen.

Lassen Sie mich zum Ende dieses ersten Teils noch das sagen: Wenn wir uns umschaun, wo die Probleme sind, wenn wir anschauen, dass die Vermüllung im öffentlichen Raum im Sommer zunimmt,

wenn wir sehen, dass mit einer stärkeren Nutzung des öffentlichen Raums die Vermüllung zunimmt, dann sind wir natürlich dabei, uns Gedanken darüber zu machen, wie das Verhalten von Menschen, die nicht von sich aus darauf kommen, anders zu handeln, beeinflusst werden könnte. Deshalb denke ich, dass die Ansätze, die die Bremer Straßenreinigung in der letzten Zeit gewählt hat, nämlich Kampagnen zu starten, Aktionen zu unterstützen, die darauf abzielen, dass sich aus der Gesellschaft heraus diesem Problem gestellt wird, sodass ein Umdenken stattfindet und gute Beispiele gegeben werden, zeigen, dass wir dieses Thema ernst nehmen. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir in irgendeiner Weise von Ihnen noch einen Tipp bekommen könnten, wie wir irgendetwas besser machen können. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Michalik.

Abgeordneter Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Der vorliegende Antrag der Fraktion der FDP greift ein wichtiges Thema auf, nämlich die Sauberkeit in unserer Stadt. Das ist für uns alle ein wichtiges Anliegen. Niemand läuft gern durch eine zugemüllte Stadt oder schaut sich gern Müll an. Leider musste ich aber feststellen, um das jetzt vorwegzunehmen, Frau Wischhusen, dass dieser Antrag an vielen Stellen überholt ist.

Im ersten Beschlusspunkt fordern Sie, einen Aktionsplan beziehungsweise ein Konzept zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum zu entwickeln. Es gibt allerdings bereits ein Handlungskonzept „Sichere und saubere Stadt“. Der Hinweis auf den entsprechenden Senatsbeschluss findet sich unter anderem in der Vorlage für die Sitzung des Senats vom 12. September 2017 mit dem Titel „Haushaltsaufstellung 2018/2019 – Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, digitale Verwaltung und Bürgerservice“, so wie es auch Herr Gottschalk vorhin schon erwähnt hat. Das wäre eine unnötige Doppelung und würde die Behörden unnötig belasten.

Auch die Forderung nach einem Smart-Waste-Konzept ist unserer Auffassung nach in dieser Form überholt. Erstens findet man in der Innenstadt wirklich viele Mülltonnen, die über eine digitalisierte Füllstandsanzeige verfügen. Zweitens wurde

erst im Dezember 2019 in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) beschlossen, einen Aktionsplan im Zusammenhang mit der sogenannten Zero-Waste-Vision zu erstellen, und dabei hat sich die Fraktion der FDP leider enthalten. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, hätten auch schon da zustimmen können.

Generell spricht nichts gegen mehr Mülleimer in der Stadt. Allerdings werden die intelligenten Mülleimer auch dieses Problem nicht lösen, und das Ganze wird auch ziemlich viel Geld kosten. Auch Betreiber von Imbissbuden und Marktständen haben doch schon Mülltonnen dort stehen, sie werden aber auch nicht angenommen. Vielmehr ist das ein Problem der Umweltbildung, ähnlich wie mein Vorredner es auch hat anklingen lassen, es ist eine Frage der Erziehung der Menschen, und die Bremer Stadtreinigung hat da schon ein Programm, dass das Ganze allein auch nicht lösen wird, das ist auch eine Frage, die in der Schule anfängt. Dieses Problem sprechen Sie aber in diesem Antrag gar nicht an.

Eine weitere Forderung aus Ihrem Antrag können wir durchaus nachvollziehen, nämlich zu prüfen, wie und wo im Stadtgebiet Bremen mehr öffentliche und behindertengerechte Toiletten angeboten und betrieben werden können. Allerdings – und das hat mein Vorredner auch schon gesagt, und Sie haben es auch erwähnt, aber eher negativ – gibt es die Initiative „Nette Toilette“, an der aktuell rund 100 Betreiber teilnehmen. Diese werden finanziell gefördert, insbesondere, was die Hygiene und die Umbaumaßnahmen angeht, um diese inklusivgerecht auszugestalten. Dadurch, dass es diese Initiative gibt, hätten wir wieder eine weitere Doppelung, vor allem, wenn wir dort noch weitere sehr kostenintensive Toiletten aufstellen würden. Ich würde sagen, dass es an der Stelle eher ein Marketingproblem ist oder war, diese Initiative „Nette Toilette“ bekannter zu machen.

Das ist ein Punkt, an dem der Senat durchaus noch arbeiten kann. Trotzdem gibt es diese Initiative, und eine Doppelung wäre unnötig. Die Fraktion der CDU wird aus den oben genannten Gründen diesen Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die Fraktion der FDP wünscht sich ein sauberes Bremen mit mehr Aufenthaltsqualität. Dabei ist genau diese Aufenthaltsqualität Bremens einer der Gründe, warum sich Menschen total gern in Bremen und Bremens Grünanlagen aufhalten, unter den Bedingungen der Coronapandemie vielleicht noch öfter als vorher. Sie nutzen die Aufenthaltsmöglichkeiten, die wir in Bremen haben, ganz intensiv, und sie nutzen sie teilweise auch so intensiv, wie wir es manchmal nicht so gern hätten. Die meisten Menschen verhalten sich dabei vorbildlich, nehmen ihren Müll wieder mit oder nutzen die rund 3 600 Abfalleimer. Ich hörte bei Frau Wischhusen die Zahl 3 200, ich weiß nicht, woher die Differenz kommt, aber nach meiner und nach unserer Kenntnis sind es 3 600 Abfalleimer, die im öffentlichen Raum stehen. Beim Gassi gehen werden Häufchen eingesammelt und im Mülleimer entsorgt, und wenn nicht nur der Hund, sondern auch der Mensch ein Bedürfnis hat, so haben wir es gerade gehört, sucht man zum Beispiel eine der „Netten Toiletten“ auf, von denen wir in Bremen über 100 haben.

Manchmal geht auch etwas daneben, der gezielte Wurf zum Mülleimer geht daneben, man hat schon wieder weggeschaut, und dann liegt es da. Wir wissen auch, dass leider nicht alle Menschen, gerade nach Alkoholgenuss und Ähnlichem, den Weg bis zur nächsten „Netten Toilette“ schaffen, sondern sich dessen anderweitig entledigen. Das will man alles nicht haben.

Mit Sicherheit kennt es jeder, dass es, wenn man am Osterdeich entlanggeht, immer noch Abfalleimer gibt, die vielleicht nicht ganz so vogelsicher sind, wie man es gern hätte, und irgendwelche geschickten Raben schaffen es, den Inhalt von drinnen nach draußen zu befördern. Auch das sind mit Sicherheit Probleme, die wir haben und an denen man weiter arbeiten kann. Sicher gibt es immer noch Stellen, die man noch öfter reinigen müsste, aber ich glaube – darauf komme ich gleich noch –, da wird immer wieder nachgeschaut, wie die Art der Benutzung und der Inhalt aussehen.

Dann gibt es diejenigen Menschen, die aus Gleichgültigkeit, Ignoranz und vielleicht auch aus einer alkoholgetränkten Laune heraus ihren Müll achtlos und manchmal gezielt in den öffentlichen Raum werfen oder einfach an Ort und Stelle liegen lassen, egal, ob sich nun ein paar Meter weiter entfernt ein Abfalleimer befindet oder nicht. Arno Gottschalk hat es schon gesagt, es liegt teilweise nicht daran,

dass wir nicht genug hätten oder sie nicht nah genug wären. Wenn man an der Obernstraße schaut, wo in ein, zwei Metern um gewisse Abfalleimer herum die Kaffeebecher aufgestellt werden, dann weiß man, was ich meine.

Der Müll ist nicht nur ein optisches, sondern auch ein massives Umweltproblem. Giftstoffe aus Zigarettenkippen und dem Plastikabfall geraten in das Erdreich und in das Grundwasser, herumfliegende Tüten und Papier landen über die Weser in der Nordsee und damit in den Weltmeeren. Im Hundekot und auch im menschlichen Urin befindet sich so mancher Krankheitserreger, der nicht unbedingt in die Umwelt gelangen sollte. Der Bremer Stadtreinigung sind diese Probleme bewusst. Sie kämpft täglich gegen den Müll an. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die in Bremen jeden Tag ganz ordentlich und in den meisten Fällen auch gut den Bremer Müll beseitigen und für eine ordentliche Stadt sorgen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Allein aus der Bremer Innenstadt holt die Stadtreinigung täglich 20 Kubikmeter Müll, und sie reagiert saisonbedingt auf entsprechende Müllhochzeiten. An den Osterdeichwiesen – das wurde auch schon gesagt –, an denen übrigens rund fünfzig Abfallbehälter stehen, wurden die Abfalleimer vergrößert und die Leerungsfrequenzen erhöht. Müll liegt trotzdem herum. Wenn man da jetzt schaut, gerade in der aktuellen Situation hat die Bremer Stadtreinigung sofort mit Piktogrammen auf den Böden reagiert, Menschen zu animieren, die entsprechenden Möglichkeiten zur Müllentsorgung zu nutzen. Daneben gibt es verschiedene weitere Projekte zur Verbesserung der Kommunikation und Umweltbildung, um die Möglichkeit zu haben, wilden Müll zu melden, damit dieser umweltgerecht entsorgt werden kann.

Ob die Stadt sauber ist oder nicht, liegt aber nicht nur am Angebot, also was an Müllentsorgung vorhanden ist und wie sie gemacht wird, sondern auch an der Nachfrage, ob die Menschen diese Entsorgungsmöglichkeiten so nutzen wie sie sollen. Leider bekommt man bestimmte Verhaltensweisen weder mit Aufklärungskampagnen noch mit Law-and-Order-Mentalität aus der Menschheit heraus. Es ist sicherlich keine Lösung, alle fünf Meter einen Mitarbeiter des Ordnungsdienstes hinzustellen und Bußgelder zu verteilen. Sicherlich gibt es einiges zu verbessern, aber wir sind uns alle einig –. Im Rahmen dessen, was personell und finanziell möglich ist, werden die Vorschläge des Antrags

schon jetzt umgesetzt und weiter ausgearbeitet. Was wir schon alles gemacht haben, haben meine Vorredner bereits erwähnt, und daher lehnen wir den Antrag der Fraktion der FDP ab. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem positiven Beispiel anfangen, weil ich bei der Fraktion der FDP den Eindruck hatte, dass sie hier das düstere Bild einer völlig verdreckten, ganz furchtbaren Stadt an die Wand malen wollte, was aber so nicht zutrifft. Ich bin vor ein paar Wochen am Sonntag in der Überseestadt gewesen. Es gibt nämlich eine Initiative, die heißt „Clean up your City“, die sich im privaten Engagement Hotspots anschaut und dann noch viele andere Freiwillige beteiligt, und dann werden Zigarettenstummel gesammelt und am Ende gewogen, und aller anderer Müll wird auch eingesammelt. Das ist eines dieser vielen positiven Beispiele, die es in dieser Stadt gibt.

Bei diesem Antrag, und vor allen Dingen bei Ihrer Prosa, die Sie dargeboten haben, hat mich wirklich gestört, dass Sie dieses so düstere Bild an die Wand gemalt haben. Klar ist, es gibt ein Problem, das hat auch seine Ursachen, und die Ursachen sind nicht nur, aber auch, Bedingungen, die sich durch die Coronapandemie verändert haben. Durch die Pandemie hat Folgendes stattgefunden: Zum einen halten sich die Menschen viel länger und viel lieber, manchmal auch mangels Alternativen, in unserer schönen Stadt mit sehr viel Aufenthaltsqualität auf. Das Zweite, was passiert ist, würde ich sagen, ein Trend zurück zur Einwegverpackung. Ich glaube, die Becher to go, die wir schon in diversen Debatten zum Teufel gewünscht haben, sind wieder da, und sie sind wieder in einer bisher für mich ungeahnten Anzahl da, weil jeder mit diesen Bechern durch die Gegend läuft.

Ich glaube, da ist ein zusätzliches Problem durch die Coronapandemie hinzugekommen, und jetzt stellen Sie es so dar, als wenn der Senat nicht reagiert. Der Senat hat das Problem erkannt, und er hat in seinen ganzen Strategien das gemacht, was man machen muss, nämlich das Problem angepackt.

Sie mahnen dann an, dass es kein übergeordnetes Konzept in Bremen gibt. Wir haben die Bremer Stadtreinigung, wie Herr Gottschalk es schon gesagt hat, gebündelt und neu geordnet. Natürlich haben wir das Konzept, das ist nämlich die Bremer Straßenreinigung mit vielen, sehr motivierten Mitarbeitern. Ich bin selbst im Verwaltungsrat und habe den Eindruck, dass sie das sehr gut macht. Sie hat das auch bei den Recyclinghöfen, bei denen Sie immer wieder nachfragen, viel besser gemacht, als es in anderen Städten der Fall gewesen ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, man kann auch einmal erwähnen, dass es eine Institution gibt, die jetzt vorbildlich aufgestellt ist, die vom Senat gut unterstützt wird. Was Sie dann darstellen, sind massenweise herumfliegende Behältnisse. Die gibt es natürlich, und diesem Problem muss man, glaube ich, auch gerecht werden, und das macht der Senat auch.

Der Senat sorgt für zusätzliche Reinigungen in der Innenstadt, der Senat hat einen Schwerpunkt in Gröpelingen gesetzt, er hat das Projekt und den Topf „Sichere und saubere Stadt“ aufgelegt, er lässt mehr Behälter für Zigarettenstummel und mehr Papierkörbe aufstellen, und auch die solarbetriebenen intelligenten Müllbehälter und Container, die Sie in Ihrem Antrag stehen haben, befürwortet der Senat, er lässt noch mehr davon aufstellen. Der Senat prüft gerade in Absprache mit der CityInitiative Standorte für zusätzliche Toiletten, eine am Hauptbahnhof und eine in der Innenstadt.

Die Bremer Straßenreinigung macht, finde ich, eine wirklich gute Öffentlichkeitsarbeit, es ist nämlich ganz wichtig, bei diesem Thema gut zu kommunizieren. Ich fand diese „Moin“-Kampagne persönlich sehr lustig und auch „Noch ist nicht alles im Eimer“. Ich finde, das ist eine gute Art der Ansprache, mit der man versucht, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und zu versuchen, Verhalten zu verändern. Das Verhalten der meisten Bremerinnen und Bremer, so wie ich es erlebe, ist sehr gut. Ich kenne genügend Leute, die Müll aufheben und in die Mülleimer werfen, der nicht von ihnen stammt.

Also noch einmal: Der Antrag ist typisch für die Fraktion der FDP! Sie haben ein paar technische Dinge, die Sie vorschlagen, dann wollen Sie noch einmal einen Master-Overplan haben, bei dem Sie aber gar nicht festgestellt haben, dass wir den schon längst haben, und am Ende bleibt bei mir wieder die Ratlosigkeit über einen Antrag, bei dem

ich nicht weiß, wofür er gut sein soll und ich schon gar nicht weiß, warum Sie ihn gestellt haben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind uns doch alle einig, und jeder hat es noch einmal in seinem Redebeitrag dargelegt: Wir wollen eine saubere Stadt, und wir wissen, wenn irgendwo erst einmal Müll liegt, dann kommt meistens der nächste Müll dazu. Deswegen haben wir alle das gleiche Interesse, nämlich für eine saubere Stadt zu sorgen.

Wir stellen gerade leider fest, dass wir immer mehr Müll auch auf Grünflächen, auf öffentlichen Flächen finden, oftmals nach einem Wochenende. Dass wir damit höchst unzufrieden sind, das ist, glaube ich, klar. Der Müll fällt allerdings nicht vom Himmel, sondern er wird von Menschen verursacht, und da möchte ich Ralph Saxe zustimmen: Die allermeisten Bremerinnen und Bremer trennen und entsorgen ihren Müll ordentlich, und zwar nicht nur zu Hause, sondern auch, wenn sie unterwegs sind. Es sind einige wenige, aber diese hinterlassen wirklich oftmals unsaubere Flächen. Ich finde das ein Ausmaß an Ignoranz, nicht nur gegenüber der Umwelt, sondern auch gegenüber allen anderen Mitmenschen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist oftmals ein Zeichen von Bequemlichkeit und nicht von fehlenden Mülleimern, denn wir erleben es gerade nach einem Wochenende in den Grünbereichen, dass die Mülleimer fünf Meter weiter gar nicht voll sind, aber trotzdem der Einweggrill auf der Wiese geblieben ist, die Kronkorken überall herumliegen, was schädlich ist für Hunde, wie Glasscherben im Übrigen auch, obwohl die Mülleimer hätten benutzt werden können. Wenn man an Haltestellen steht, dann erlebt man es auch oft, dass ein Mülleimer daneben steht, und der Zigarettenstummel wird trotzdem einfach nur auf die Straße geworfen. Wir wissen, welche Umweltschäden ein Zigarettenstummel in Bezug auf die Kontamination von Grundwasser anrichten kann.

Es hilft aber nichts, nur an den Symptomen etwas zu verbessern – und das ist das, was ich in diesem Antrag vor allen Dingen gelesen habe, Hightech-

Mülleimer, noch mehr Mülleimer, ich zähle gleich einmal auf, wie viele Mülleimer wir haben und wie oft sie geleert werden –, sondern wir müssen vor allen Dingen die Umweltbildung weiter verstärken, wir müssen die Menschen erreichen, die im Moment ein nicht optimales Entsorgungsverhalten, um es einmal diplomatisch zu sagen, an den Tag legen.

Das machen wir zum Teil schon seit Jahren mit „Bremen räumt auf“, es gibt die „Tour de Müll“, und es gibt am kommenden Samstag den „World Cleanup Day, und, Frau Wischhusen, ich bin da und werde rund um den Werdersee aufräumen. Ich lade Sie gern ein, uns dann zu begleiten!

(Glocke)

Vizepräsidentin Dogan: Frau Bürgermeisterin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ja, bitte!

Vizepräsidentin Dogan: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Wäre es auch eine pädagogische Umweltbildungsmaßnahme, die Bußgelder anzupassen, um entsprechend zu wirken, wie es die Fraktion der FDP unter anderem auch vorgeschlagen hat, jetzt nicht mit diesem Antrag, aber mit einem bereits abgelehnten?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Hätten Sie noch ein wenig Geduld bei meinem Vortrag oder Redebeitrag gehabt, dann wäre ich genau darauf gekommen! Das Innenressort und unser Ressort arbeiten beim Thema sichere und saubere Stadt Hand in Hand, und natürlich schauen wir uns gerade ganz aktuell auch den Bußgeldkatalog an und überlegen, wo wir Bußgelder verändern, erhöhen müssen. Das reicht aber nicht. Wir brauchen vor allen Dingen Ordnungsdienste, die kontrollieren und auch einmal Bußgelder verhängen.

Vizepräsidentin Dogan: Haben Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Nein, ich bedanke mich und bin gespannt auf das Ergebnis der Überlegungen!)

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich möchte einmal sagen, wie die Faktenlage ist! Es wurde jetzt immer von 3 600 Papierkörben gesprochen. Das sind die

im gesamten Bremen, aber ohne die Saisonbehälter. Wir haben in den Saisons, gerade im Sommer, noch wesentlich mehr Behälter. Was bedeutet das? In den Grünanlagen gibt es zum Beispiel standardmäßig 1 150 Mülleimer und bedarfsgerechte Leerungen, also wir schauen auch, wann – besonders an Wochenenden – müssen wir öfter leeren. Was bedeutet das? Das waren 27 000 Leerungen im zweiten Quartal 2020. In der Innenstadt haben wir 328 Mülleimer. Bedarfsgerecht wird bis zu dreimal täglich geleert, das sind über 17 000 Leerungen im Monat. Das kostet Geld und macht vielleicht die Dimension noch einmal klar. Es wurde vorhin Bezug auf die Becher to go, die Einwegbecher, Einweggeschirr und Fast Food genommen, und genau das ist ein Problem.

Ich habe es selbst erlebt: Anfang des Jahres haben wir veranlasst, dass die Autobahnrandstreifen an der A 270 einmal außerplanmäßig gereinigt wurden, weil sie wirklich komplett vermüllt waren. Es hat eine Fast-Food-Kette eröffnet, und die Autobahnauffahrt war eine Woche später mit Fast-Food-Verpackungen übersät. Darauf hat, glaube ich, bei dem Fast-Food-Restaurant niemand geschrieben, bitte entsorgt euren Müll in der Umwelt, trotzdem ist es passiert, und das zeigt noch einmal, wir brauchen deutlich mehr Appelle. Wir fangen ja früh an: Die Kitas machen das, die Schulen machen das, aber wir müssen daran arbeiten, dass wir auch andere erreichen.

Ich sehe es blinken, wenn ich darf – ich beeile mich, Frau Präsidentin! –, möchte ich trotzdem noch einmal sagen, auch wenn es etliche Vorredner schon gemacht haben, es wird im Rahmen des Aktionsprogramms Innenstadt aktuell geprüft, wo wir noch mehr temporär mobile öffentliche Toiletten aufstellen können. Das ganze Bahnhofsumfeld bis hin zu den Wallanlagen macht uns gerade Sorgen. Mit dem Projekt „Sicherheitspartnerschaft Bremer Hauptbahnhof“ werden zusätzliche Reinigungen um den Bremer Hauptbahnhof realisiert, und es erfolgt eine intensive Abstimmung mit weiteren Akteuren. Wir wollen neue Kippster-Mülleimer für Zigarettenstummel aufstellen, die auch animieren, die Zigarettenstummel dort hineinzuworfen.

In Gröpelingen haben wir einen Schwerpunkt des Projekts „Sichere und saubere Stadt“. Dort informieren wir zu Mülltrennung, Beratung und Kontrollen. Wir haben noch um zusätzliche Behälter ergänzt, wir haben Ermittlungsverfahren wegen illegaler Müllentsorgung eingeleitet, denn wir stellen auch fest, wir haben in Bremen im letzten Jahr circa 9 000 illegale Müllablagerungen gehabt. Das ist

einfach zu viel, meine Damen und Herren, und dem müssen wir gezielt noch mehr hinterhergehen.

Wir haben mehr Papierkörbe im öffentlichen Raum aufgestellt, wir haben neue Solarpressbehälter mit Füllstandsanzeigen aufgestellt und werden noch weitere finanzieren und zusätzlich aufstellen. Wir haben am Wochenende die Reinigungsintervalle in den Bremer Parks und an den Badeseen erhöht, wir haben ein Team von Abfallberatern auf den Bremer Straßen, diese sind unterwegs, um Bürger über den ordnungsgemäßen Umgang mit Abfällen zu informieren und so weiter und so fort. Ich möchte noch einmal betonen, der Senat hat in der Tat und auch schon seit längerem das Problem erkannt. Die Stadt handelt, aber auch hier ist der Appell an die Bürgerinnen und Bürger angebracht, sehr viel sorgsamer mit ihrer Umwelt umzugehen.

Ich möchte auch die Gelegenheit ergreifen, wirklich noch einmal meinen Dank an alle Beschäftigten auszusprechen, die tagtäglich in unser aller Interesse die Straßen reinigen, die Plätze saubermachen, den Müll und den Abfall von anderen Leuten entsorgen. Ich finde, wir können auch selbst einen Beitrag leisten, indem wir uns zum Beispiel alle am kommenden Samstag bei der Aktion des „World Cleanup Day“ engagieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen erhalten – Kajeninfrastruktur in den stadtbremischen Überseehäfen an aktuelle und zukünftige Bedarfe anpassen

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/298 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Cordßen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Meyer-Heder.

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den heutigen Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil es in der Koalition keine Einigkeit über das Bereitstellen von Planungsmitteln gab, um die Kajen CT 1 bis CT 3 in Bremerhaven zu ertüchtigen. Nun gibt es seit heute eine Senatsvorlage mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung. Wir bedanken uns dafür im Namen der Bremerinnen und Bremer und natürlich der bremischen Hafenvirtschaft, aber ich würde das Thema gern auch noch einmal kurz beleuchten.

Die bremischen Häfen sind die Lebensader unseres Bundeslandes. Sie alle kennen die ISL-Studie aus dem Jahr 2015: Dort wurde ausgerechnet, dass es 14 000 Arbeitsplätze in der Hafenvirtschaft gibt, also direkt Beschäftigte, und indirekt, also inklusive Logistik et cetera, sind 77 000 Menschen dadurch in Arbeit, dass wir diese Häfen haben. Deswegen muss es uns natürlich mit großer Sorge erfüllen, dass wir im Containerbereich seit sieben Jahren einen Rückgang des Umschlags von ungefähr 2,8 Prozent im Jahr haben, also von 2012 bis 2019, während wir insgesamt im Norden aber eine Steigerung haben. Wir verlieren Anteile an Rotterdam und Antwerpen, insgesamt gibt es aber im Containerumschlag einen Zuwachs. Wir müssen also feststellen, dass wir seit sieben Jahren an Umschlag verlieren.

Wir haben es im Augenblick mit Schiffen zu tun, bei denen die größte Containerklasse 24 000 TEU hat – TEU sind 20-Fuß-Standardcontainer –, sie haben eine Länge von 400 Metern, eine Breite von 61 Metern und einen maximalen Tiefgang von 16,50 Metern. Die Länge ist in Bremerhaven kein Problem, anders als in Hamburg, aber bei der Breite und der Tiefe sieht es leider anders aus. Wenn wir die Außenweser endlich vertieft haben werden, worauf

wir ja auch schon ein bisschen warten, kann unser Containerterminal in Bremerhaven von Schiffen mit einem Tiefgang von bis zu 13,80 Metern tidenunabhängig und bis zu 15,50 Metern tidenabhängig angelaufen werden. Das heißt, die größten Containerschiffe werden wir in Bremerhaven zukünftig sowieso nicht beladen können, aber dann müssen wir natürlich erst recht sicherstellen, dass wir die großen Schiffe, die 20 000-TEU-Schiffe, die wegen der Weservertiefung Bremerhaven anlaufen können, abfertigen können. Auch das geht aber leider aktuell nicht, denn die Liegewanntiefe – da habe ich auch ein neues Wort gelernt! – vor dem CT 4 und dem CT 3 beträgt aktuell nur 15 Meter und in den älteren Abschnitten sogar deutlich weniger. Ein Schiff mit einem Tiefgang von 15,50 Metern benötigt aber, wenn es noch eine Handbreit Wasser unter dem Kiel haben soll, eine Liegewanntiefe von 16 Metern, besser wären 17 Meter. Also muss auch vor den Kajen ausgebaggert werden.

Bei den Containerbrücken sieht es ähnlich aus: Um ein über 60 Meter breites Schiff abfertigen zu können, müssen und wollen Eurogate, MSC und NTB in neue Containerbrücken investieren. Allerdings – und jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Problem! – haben statische Untersuchungen ergeben, dass die Kajen in den Abschnitten CT 1 bis 3a wegen der höheren Kranlasten, also wenn man die Brücken einfach größer macht, im Normalbetrieb diese größeren Brücken nicht tragen können. Dafür ist laut bremenports ein Vorbau aus neuen Pfählen notwendig, und damit wir diese großen Schiffe zukünftig abfertigen können, brauchen wir diese Investition in die Hafenvirtschaft.

Nun ist das Thema vom Senat erkannt und auf den Weg gebracht, aber ich möchte trotzdem noch zwei kleine Anmerkungen dazu machen: Nach unserer Auffassung bedarf es keines weiteren Gutachtens. Die Problematik ist ausreichend beleuchtet, und die Fachleute der Hafenvirtschaft, zumindest alle, mit denen ich gesprochen habe, bestätigen einstimmig, dass diese Investitionen notwendig sind. Ich würde mir wünschen, dass die Koalition dann auch die Kosten für die Maßnahmen, die auf circa – man weiß es ja noch nicht so genau – 170 Millionen Euro geschätzt werden, in den maßnahmenbezogenen Investitionsplan und die mittelfristige Finanzplanung aufnimmt.

Insgesamt freuen wir uns, dass wir es mit unserem Dringlichkeitsantrag geschafft haben, ein bisschen Druck und Sichtbarkeit auf das Thema zu bringen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Antrags der CDU hätte es nicht bedurft, er ist praktisch wie ein kleiner Luftballon über dem Freimarkt geplatzt. Wir sind aufgefordert zu Dingen, die wir längst erledigen. Das muss man einmal an den Anfang stellen.

(Abgeordnete Grobien [CDU]: Längst? Heute!)

Das war schon sehr viel früher klar! Ich will Ihnen erklären, woran wir gearbeitet haben im Zusammenhang mit dieser Vorlage, die der Senat jetzt beschlossen hat und die wir uns jetzt in der nächsten Sitzung des Hafenausschusses ja dann zusammen anschauen.

Wir haben daran gearbeitet, erst einmal folgende Gedanken zu vereinbaren: Die Schiffe, wie Sie es schon richtig beschreiben, werden immer größer, haben immer mehr Tiefgang, werden immer länger – es drohen jetzt schon Schiffe mit über 400, 420 Metern Länge und Tiefgang mit bis zu 16 Metern – , und in der Konsequenz fragt man sich natürlich: Bis wohin soll die Anpassung der Bremer Hafenzustände gehen? Wir haben erst einmal klargestellt: Die vereinbarte Weservertiefung ist die letzte. Das war uns enorm wichtig, weil wir mit ganz großer Sorge die Entwicklung dieses Flusses sehen und weil wir der Auffassung sind, so kann es nicht weitergehen. Die Fließgeschwindigkeit des Wassers nimmt mit jeder Vertiefung zu. Das hat Folgen für die Fauna da unten, für das Muschel- und Tierwachstum, alle diese Themen. Das macht, dass das Wasser an anderer Stelle verlandet. Aus diesem Grund sind wir der Meinung: Das ist die letzte Vertiefung, darauf haben wir uns einvernehmlich in der Koalition geeinigt, das halten wir für eine gute Botschaft.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: War das jetzt zu entscheiden?)

Herr Röwekamp, da können Sie einfach erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass es so ist! Zu entscheiden ist das in dem Moment, in dem jemand den absurden Antrag stellt, die Weser weiter zu vertiefen, und dann ist es nicht schlecht, wenn diese Koalition schon einmal weiß, wie sie darauf reagiert. Das haben wir also geklärt.

Das Zweite ist: Macht es Sinn, eine solche ES-Bau, also Entscheidungsunterlage Bau, zu verabreden? Wir sind der Meinung, ja, das macht Sinn. Dieser Frage muss man in der Tat nachgehen, ob das geht, in welchen Varianten das geht, und dann vor allen Dingen im weiteren Verfahren, ob es sinnvoll ist. Das ist in dem Beschluss mit dem Hinweis darauf, wir brauchen ein größeres Gutachten, angesprochen, und darüber muss ich jetzt noch unbedingt in den letzten zwei Minuten reden.

Wenn Sie sich ein ganz kleines bisschen damit beschäftigen, was im Moment im Welthandel los ist, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Wachstum des internationalen Containerumschlags seit 2014 dramatisch abgenommen hat. Wir lagen einmal bei fünf bis sechs Prozent, in manchen Jahren sogar bei neun Prozent, jetzt sind wir bei 1,5 Prozent, 2 Prozent, 2,5 Prozent in einem guten Jahr. Die erste Idee war ja – circa 2014 hat man das diskutiert –, ob es sich hierbei möglicherweise um eine Konjunkturdelle handelt. Es stellte sich aber heraus, dass offenkundig sehr viel grundlegendere Veränderungen die Ursache dafür sind. Das hat etwas zu tun mit dem Wachstum in Asien, dem Ende der Containerisierung von neuen Warengruppen, allen diesen Themen, sodass nicht damit zu rechnen ist, dass das Wachstum noch einmal in einem größeren Stil zunimmt.

Alle Prognosen, die damals verfasst worden sind, sind heute Makulatur. Diese kann ich Ihnen im Detail aufzählen: Es beginnt bei der Seehafenverkehrsprognose der Bundesregierung und geht weiter über all die Prognosen, die Hamburg und Bremen, Zeebrugge, Le Havre und so weiter aufgestellt haben. Das ist eine wichtige Information, weil es nämlich zum Ausdruck bringt, dass der Konkurrenzkampf um die Ladungen erheblich zugenommen hat. Das macht Druck auf alle Beteiligten, und dieses dramatische Video, das wir über Eurogate haben sehen können, ist ein Hinweis darauf.

Also macht es absolut Sinn, ein bisschen tiefer zu schürfen als bis zu dem Satz, „Lebensader der Stadt“ und dem Satz „Das steht bei uns in der Verfassung“. Das ist uns auch bekannt. Das finden wir im Übrigen auch ziemlich bedeutsam, aber es ist notwendig, gerade weil es sich so verhält, herauszubekommen, warum sich das gerade verändert, und dann darüber nachzudenken, was man wirklich tun kann, woraus sich das zusammensetzt, und da mag der Kajenausbau, die Ertüchtigung, ein Beitrag sein. Mit Sicherheit aber ist er nicht der ein-

zige Beitrag, der diese Tendenz zu wenden versteht. So viel für die ersten fünf Minuten! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über lange Jahre war der Container eine Erfolgsgeschichte für die bremischen Häfen. In den Sechzigerjahren hat Hafensenator Georg Borttscheller ihn nach Bremen geholt, und wir haben den CT 1, 2, 3 und zuletzt den CT 4 gebaut. Auch mein Kollege Hauke Hilz hat dazu gesagt, Hafeninvestitionen sind Zukunftsinvestitionen, und er steht damit in der Tradition dieses Hafensensors, weil wir Freien Demokraten eben wissen, wie wichtig die Häfen für die Zukunft unseres Landes sind. Wer die Hafeninvestitionen und die Häfen infrage stellt, legt aus unserer Sicht auch die Axt an die Selbstständigkeit Bremens als Bundesland.

Die Häfen stehen unter Druck, das ist klar geworden. Seit 2012 sind die Umschlagzahlen in Bremen, insbesondere auch im Containergeschäft, rückläufig. Von circa 3,5 Millionen TEU im Jahr 2012 sind sie auf 2,8 Millionen TEU im vergangenen Jahr gesunken. Das sollte uns alarmieren, und wir sollten überlegen, wie man den Wettbewerb aufnimmt und es nicht einfach konstatieren, Herr Bücking.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Die Außenweservertiefung wurde im Jahr 2011 planfestgestellt, noch immer ist nichts passiert. Die Eingriffe in die Natur werden ausgeglichen werden, und die Wasserrahmenrichtlinie stellt einen Rahmen für das dar, was man tun kann. Die anderen Häfen haben aber nautische Vorteile für die Reeder, da sie mit großen Schiffen leichter angesteuert werden können. Sie nutzen das aus, und da müssen wir sehen, was wir machen können, um da mitzuhalten. Beispielsweise wurde Maasvlakte 2 in Rotterdam gebaut, ein neues Areal innerhalb von acht Jahren geplant, aufgeschüttet und in Betrieb genommen, dort können sie Schiffe bis zu 20 Meter Tiefgang abfertigen. Das müssen wir sehen und schauen, wo unser Marktsegment ist, aber ich glaube nicht, dass es dadurch gelingt, indem wir sagen, wir geben uns mit den kleinen Feederschiffen zufrieden. Das kann nicht der Weg Bremerhavens sein, das würde nicht anerkennen, was wir

dort an Arbeitsplätzen durch die Häfen schaffen und sichern.

Wir können uns als Land Bremen keine falschen Kompromisse bei der Infrastruktur leisten, als Logistikstandort brauchen wir funktionsfähige Häfen. Die von bremenports vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Kajen sind extrem wichtig, nur so können die Containerbrücken aufgestellt werden, die auch 60 Meter breite Schiffe abfertigen können. Ja, 170 Millionen Euro sind eine Menge Geld, gleichzeitig ist für jeden Experten klar, dass die Maßnahmen erforderlich sind. Deshalb ist richtig, hier Voruntersuchungen vorzunehmen und eine ES-Bau zu erstellen, wie sie der Senat heute, so habe ich gehört, beschlossen hat. Dass das einiger Anschübe bedurfte, haben wir auch alle mitbekommen, denn so war das nicht auf dem Weg, und ich glaube, auch diese Debatte trägt dazu bei, dass so etwas dann schneller vorankommt.

Was die Außenweservertiefung angeht, müssen die Grünen über ihren Schatten springen.

(Abgeordnete Dr. Eschen [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Ich hoffe, Sie folgen im Hafenausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss dem eingeschlagenen Weg des Senats, und Sie wissen, wer A sagt zur Erstellung der ES-Bau, der sollte hier auch sinnvollerweise B sagen, wenn die Varianten auf dem Tisch liegen und die Investitionen getätigt werden müssen.

Wenn die Maßnahmen nicht umgesetzt werden, droht der weitere Verlust von Ladung, und es droht insbesondere der Verlust von Arbeitsplätzen in unserer Schwesterstadt Bremerhaven. Das kann Bremerhaven sich nicht leisten, und das dürfen wir Bremerhaven nicht antun, wir müssen uns der Konkurrenz stellen, und wir müssen hier Verantwortung für unsere stadtbremischen Häfen in Bremerhaven zeigen. Hafeninvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Der Hafen in Bremerhaven ist die Lebensader für das gesamte Land Bremen, und es ist essenziell, dass zukünftig auch in den bremischen Häfen die Containerbrücken der neuesten Generation aufgestellt werden können. – Vielen Dank!

(Beifall FDP – Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Stahmann.

Abgeordneter Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja auch im Grunde eine Sachdebatte. Es gibt doch niemanden hier im Raum, der sagt, wir brauchen den Hafen nicht. Der Hafen ist nicht nur für Bremerhaven existenziell, sondern für die landesbremische Wirtschaft, und zwar für alle, und insofern ist doch die Frage: Was sollen wir jetzt mit den CT 1 bis 4 machen? Die Ertüchtigung ist notwendig, weil die Kaje erst einmal renovierungsbedürftig ist, und in dieser Frage sind sich auch alle einig. Die Frage des Gutachtens, Herr Meyer-Heder, glaube ich, ist wichtig, denn man muss ja wissen, was ist der Zustand, was soll man dazu machen, was ist dafür notwendig, und wie soll das geschehen, und es muss dann zukünftig, wenn wir dazu kommen, auch finanziert werden.

Es gibt aber eben auch weitere Fragen, die man sich ansehen muss. Die weiteren Fragen sind – und sie sind ja von den Vorrednern auch schon angesprochen worden –: Wie entwickelt sich eigentlich die Containerschiffahrt, was passiert da eigentlich? Was tun wir eigentlich? Wie entwickeln sich Konkurrenzhäfen? Dabei rede ich auf der einen Seite über norddeutsche Häfen, aber vor allen Dingen über die niederländischen Häfen Rotterdam und Antwerpen. Auch da muss man natürlich schauen: In welchem Verhältnis steht Bremerhaven dazu.

Eines ist aus sozialdemokratischer Sicht völlig klar: Wir brauchen einen konkurrenzfähigen Hafen in Bremerhaven, um auch in Zukunft mit den anderen Häfen mithalten zu können.

(Beifall SPD)

Es ist keine Perspektive, jetzt zu sagen, wir warten einmal, was passiert, und dann konzentrieren wir uns auf andere oder kleinere Schiffe, sondern es ist so, dass das, was gemacht werden kann, auch gemacht werden soll, aber unter Einbeziehung aller Aspekte: Was kann die Kaje? Was heißt das für die Umwelt, was heißt das für die norddeutschen Häfen, und wie entwickelt sich die Containerschiffahrt? Deswegen brauchen wir das Gutachten, und wir brauchen auch ein Gutachten dafür, wie sich diese Dinge auf den anderen Seiten entwickeln.

Insofern ist es absolut richtig, dass wir das jetzt angehen, und es ist eben auch nicht so, dass diese Lösung und das, was der Senat jetzt richtigerweise vorgelegt hat, durch den CDU-Antrag angestoßen worden ist, sondern es ist seit Längerem in der Dis-

kussion, und wir haben geschaut, was dafür notwendig ist. Das ist jetzt auf den Weg gebracht, und ich bin froh, dass es so ist. – Danke!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Häfen, besonders die in Bremerhaven, sind ein wesentlicher Bestandteil unserer bremischen Wirtschaft. Sie sichern insgesamt unseren Wirtschafts- und Industriestandort und damit auch gute und gut bezahlte Arbeit in unseren beiden Städten. Deshalb steht für mich und meine Fraktion auch unstrittig fest, dass wir in die Zukunftsfähigkeit unserer Häfen investieren müssen. Allerdings geht es hier auch immer um sehr hohe Investitionssummen, die man nicht ohne genaue Prüfung entscheiden kann. Deshalb ist es richtig, dass sich die Koalition darauf verständigt hat, zu den Prognosen über die Warenströme auch ein Gutachten einzuholen. Wie überall werden die Terminals zunehmend von großen Reedereien mitbetrieben, in Bremerhaven sind es NTB und MSC, die beide zu den großen weltweiten Reedereialianzen gehören. Da muss man genau hinschauen, wenn auf deren Anforderungen hin große Investitionen ausgelöst werden sollen.

Auch die Wahrung unserer Ökosysteme in Flüssen und Meeren ist stärker in den Fokus zu nehmen. Deshalb muss man intensiv prüfen, in welchem Umfang und wann in der späteren Umsetzung tatsächlich was notwendig ist. Wir, DIE LINKE, haben schon im Koalitionsvertrag deutlich gemacht, dass es mit uns keine weitere Weservertiefung über die jetzige Beschlusslage hinaus geben wird. Wir haben bereits zur jetzigen Ausbaustufe eine kritische Haltung, das ist ja nicht nur bei den Grünen so. Deshalb ist es wichtig, dass man beim Kajenausbau keine Tiefen anlegt, die über die jetzt geplante letzte Ausbaustufe hinausgehen, und ich sage einmal, auch da sagen die Fachleute – so steht es ja auch letzten Endes im Senatsbeschluss –, das ist das, was auch realistisch ist.

Die Zukunft der Warenströme in Europa ist nicht sicher zu prognostizieren, aber wir sind uns sicher, dass Wilhelmshaven, Hamburg und Bremen dauerhaft eine wichtige Position und Aufgabe bei den zukünftigen ökologischen und sinnvollen Waren- und Transportketten haben werden. Deshalb begrüßen wir es auch, dass die HHLA und Eurogate

in erste Kooperationsgespräche eingetreten sind. Man darf allerdings nicht erwarten, dass solche Kooperationen automatisch zu einer Art optimierter Ladungsverteilung zwischen den Häfen führen. Ob sich an der Wettbewerbssituation zwischen den einzelnen Häfen etwas ändern wird, wird die Zukunft zeigen, man muss also gut abwägen.

Frau Senatorin Dr. Schilling hat im „Weser-Kurier“ bereits darauf hingewiesen, dass nach der Vorplanung herauskommen könnte, dass die Kaje nicht komplett ertüchtigt werden müsse beziehungsweise dass man den Ausbau, der in unterschiedlichen Teilabschnitten erfolgt, auch zeitlich strecken könnte. Das gibt uns die Möglichkeit, auch im späteren Prozess zu prüfen, ob ein Ausbau über die volle Länge der Kaje wirklich notwendig und sinnvoll ist.

Nun zu Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU! Er läuft ja darauf hinaus zu sagen: Stellt euch einmal nicht so an, stellt die 120 Millionen Euro schon einmal ein, aber das ist aus unserer Sicht eindeutig kein verantwortliches Umgehen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will auch nicht bestreiten, dass ich mit den Auseinandersetzungen zwischen zwei Koalitionspartnern nicht immer so ganz glücklich gewesen bin, und auch war das nicht unbedingt immer das, was ich aus Sicht der Häfen als besonders vorteilhaft empfand.

170 Millionen Euro und einen weiteren tiefgehenden Eingriff in die Flussökologie kann man nicht einmal eben so ohne Kontrolle genehmigen. Ja, Herr Meyer-Heder, deswegen brauchen wir auch so ein Gutachten. Ich habe das eben gerade auch schon kurz angesprochen, weil man nämlich schauen muss: Was ist wirklich die Zukunft, was wird wann wie gebraucht, wie sind da die Abläufe, wie sind da die Einschätzungen? Dafür braucht man eine vernünftige Grundlage und kann nicht einfach einmal sagen: Na ja, das machen wir eben alles.

Das weitere Vorgehen, auf das wir uns als Koalition inzwischen geeinigt haben, ist sorgfältig und sachlich richtig. Damit setzen wir die richtigen Signale für die Zukunft der bremischen Häfen, für den Erhalt und den Ausbau gut bezahlter Arbeitsplätze sowie ökologisch sinnvolle Transportketten. Ihren Antrag, einmal eben 170 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen und die Hafententwicklung

ohne Sorgfalt voranzutreiben, lehnen wir daher ab. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte gern einmal als erstes sagen: Das Schöne bei uns Abgeordneten ist ja, dass man bei der Gelegenheit solcher Auseinandersetzungen noch einmal die Möglichkeit hat, richtig etwas dazuzulernen.

Ich hatte die Möglichkeit, mich ein bisschen länger mit unserem Hafenskapitän, Herrn Mai, zu unterhalten. Das war auch deswegen interessant, weil er ja nun in Pension geht und man sich noch einmal für seine enorm konstruktive Arbeit in der Vergangenheit bedanken konnte. Er liebt es, seine Gäste mit einem Satz zu beeindrucken, der ungefähr so geht: „Herr Bücking, glauben Sie nicht, dass wir allein über all diese Sachen entscheiden, da ist noch der Mond.“ Der Gedanke geht dann so weiter, dass er erklärt, was ein Tidefenster ist, also was im Grunde genommen an Problemen in einem Flusshafen wie der Weser oder auch der Elbe zu bewältigen sind, wenn Schiffe darauf angewiesen sind, einen bestimmten Wasserstand zu treffen, der zu einer bestimmten Uhrzeit über den Monat und das Jahr ständig wechselt und auch noch mit Nipptide und Springfluten variiert wird, und da konnte man lernen, wenn man es nicht schon gewusst hat, dass die Restriktionen für den Hafen in Bremerhaven in diesem Tidefenster liegen. Wenn sehr große Schiffe dort mit starker Beladung ankommen und das Pech haben, dass dieses kleine Tidefenster, in dem sie dort hindurchpassen, schon vorbei ist, dann müssen sie sechs Stunden warten.

(Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sechs Stunden sind vielleicht nicht ganz richtig!)

Das ist ein bisschen wenig, der Mond braucht ein bisschen länger, das ist richtig!

Die Konsequenz auf jeden Fall ist, der Hafen wird von den Reedereien unter dem Gesichtspunkt seiner Anfahbarkeit bewertet – das kann man überhaupt nicht bestreiten –, und wenn wir ihn jetzt tiefer machen, vergrößern wir das Tidefenster, aber es ist nicht zu vergleichen mit den Verhältnissen in Rotterdam und Antwerpen, wo es 20, 21 Meter gibt,

und zwar durchgehend, und wo es möglich ist, gewissermaßen einen Fahrplan zu organisieren. Das ist durch nichts zu kompensieren, durch nichts!

Dann ist es so: Rotterdam hat nicht nur eine tiefe Kaje, es gibt dort dahinter auch einen hochautomatisierten Hafen, wie wir mittlerweile gelernt haben. Die Van-Carrier, die Kräne, werden mittlerweile alle hinter einer Glasscheibe mit einem Joystick gesteuert, wo die Person, die das macht, nicht mehr in dem Kran sitzt, und dann bauen sie noch aus und werden es in diesem oder im nächsten Jahr einführen, dass im Hafen die Lkws über Transportwege automatisch fahren. Das sind doch Produktivitäten, die in Bremerhaven und Hamburg noch in Jahren nicht erreicht werden! Soll man doch nicht glauben, dass wir auf dem Niveau mithalten können! Wir brauchen doch Qualitäten, wo wir im Wettbewerb zwischen den Häfen unsere Lücke finden, das ist doch notwendig! Da hat Hamburg das große Hinterland; und Bremerhaven ist sehr darauf angewiesen, dass die Ladung sehr schnell auf die Eisenbahn geht, 50 Prozent der Ladungen nach Süden geht über die Eisenbahn. Der Rest auf den Lkw, was wir immer bedauern, wenn der Anteil zu groß ist. An der Stelle, meine ich, liegen die entscheidenden Aufgaben. An der Kaje werden wir auch arbeiten müssen, aber die Fiktion, dass das allein das Problem löst, teile ich nicht, das halte ich für abwegig.

Ich möchte noch auf einen Aspekt hinweisen: Ungefähr 50 Prozent der Ladung in Bremerhaven werden per Transship transportiert, also vom großen Schiff herunter auf ein kleineres Schiff, und dann in der Regel weiter nach Osten, die Ostsee entlang, in all die kleinen Häfen rund um dieses Binnenmeer herum. Nun ist es aber auch so, dass die Häfen ausbauen! Was in der Konsequenz, hauptsächlich bei Danzig, dazu führt, dass mittlerweile die sehr großen Schiffe gar nicht mehr umladen müssen, sondern dort direkt hinfahren können. Dieses Segment bekommt man nicht zurück. Da hat man keine Chance, das ist weg. So, finde ich, muss man sehr präzise, sehr genau jeden Aspekt der Veränderung der Ladungsströme anschauen und sich überlegen, mit welchen Hebeln auf welches Segment bezogen man Erfolg haben kann, weil wir als kleines Bundesland nicht in der Lage sind, 500 Millionen, 700 Millionen oder eine Milliarde Euro zu bewegen. Wir sind in den Restriktionen unseres Haushalts, in den Restriktionen dieser Geografie – nämlich dem Flussdelta – gefangen; und müssen versuchen, unsere Arbeitsplätze, unsere Wertschöpfung, unsere Schwesterstadt trotzdem erfolgreich zu organisieren. Da verlangen wir, dass man

über das Vortragen einer Idee hinaus noch zwei, drei weitere mit in den Blick nimmt. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Meyer-Heder.

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bücking hat viele wahre Sachen gesagt. Natürlich, die Kaje allein wird es nicht machen, aber ohne den Ausbau der Kaje wird es auch nicht gehen. Deswegen muss man das mit der Kaje jetzt auf den Weg bringen,

(Beifall CDU)

und deswegen hätte man auch schon einmal mit der Weservertiefung anfangen können, und das ist ja das Problem. Wir müssen die Effizienz in den Häfen steigern, auch das ist richtig, und Rotterdam ist uns da leider Jahre voraus, weil sie dort einfach mehr gemacht haben, und da sind wir wieder bei unserem langweiligen Wahlkampfthema: Wir müssen hier in die Umsetzung kommen, und da ist auch die Stelle, wo ich sage, wenn wir jetzt wieder ein Gutachten machen – keine Ahnung, bei wem! –, dann dauert das wieder ein bis zwei Jahre, es muss also schneller gehen.

Grundsätzlich finde ich es in Ordnung, sich Dinge anzuschauen, aber ich würde auch appellieren, wenn wir uns die Wege anschauen, wie geht es im Hinterland weiter, welche Schiffe bekommen wir eigentlich zukünftig, was werden wir an zusätzlichen Dienstleistungen in den Häfen anbieten, denn das sind sicher Überlegungen, aber die werden seit Jahrzehnten in den Chefetagen der Firmen angestellt, die bei uns in den Häfen sitzen. Ich würde mir zumindest wünschen, das in ganz enger Kooperation eines runden Tisches mit dem Management unserer Hafengebiete zu machen, damit wir da nicht über deren Köpfe hinweg Entscheidungen treffen, die nachher mit der Praxis nichts zu tun haben. Dass ein Herr Dreeke bei der BLG sicher mehr Erfahrung hat und mehr strategische Weitsicht als wir Politiker, was Hafenumschlag angeht: Ich finde, das muss man ihm zugestehen, und da würde ich mir wünschen, dass man da wirklich in enger Zusammenarbeit mit unseren Fachleuten in diesen Prozess geht. – Danke!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Cordßen.

Staatsrat Cordßen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In sämtlichen vorangegangenen Redebeiträgen ist eines auf jeden Fall deutlich geworden: Die Häfen sind eine zentrale Säule der wirtschaftlichen Entwicklung in Bremen und Bremerhaven. Wir alle wissen, jeder fünfte Arbeitsplatz in Bremen und Bremerhaven hängt von ihnen ab, das Herzstück unserer stadtbremischen Überseehäfen ist der Containerterminal an der Stromkaje in Bremerhaven.

Der Containerumschlag ist in jüngerer Zeit, insbesondere im Vergleich zu anderen europäischen Häfen in der Nordrange – auch das ist angesprochen worden –, aber auch im Vergleich zu Häfen in Regionen wie dem Mittelmeer und der Ostsee, auch das hat der Abgeordnete Bücking eben noch einmal deutlich gemacht, einem immer stärker werdenden Konkurrenzdruck ausgesetzt, und unsere Konkurrenten investieren kräftig und bauen ihre Leistungsfähigkeit stetig weiter aus. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des Terminals ist dabei die Fähigkeit, auch das ist eben deutlich gemacht worden, die immer größer werdenden Containerschiffe abfertigen zu können, und hier haben wir es nach wie vor mit einem ungebremsten Wachstum zu tun.

Damit die Wettbewerbsposition des vor über 50 Jahre begonnenen Baus unseres Containerterminals sichergestellt und für die heutigen und zukünftigen Anforderungen weiter verbessert werden kann, müssen deswegen auch wir die Infrastruktur an die Anforderungen der Reedereien und Terminalbetreiber anpassen. Nur so können wir verhindern, dass sich die Containerdienste an andere Standorte verlagern und Terminalbetreiber an andere Häfen abwandern, in denen der Umschlagbetrieb wirtschaftlicher gestaltet werden kann.

Mit dem heute Vormittag gefassten Senatsbeschluss zur Erarbeitung eines Konzepts zur Anpassung der Kajeninfrastruktur und den in den kommenden Wochen folgenden Befassungen der zuständigen Parlamentsausschüsse mit diesem Thema leiten wir nun die konkreten technischen Planungen dafür ein, dass die Abfertigung von Containerschiffen in Bremerhaven durch eine umfassende Modernisierung der Kajeninfrastruktur wettbewerbsgerecht weiterentwickelt werden kann. Unsere Hafenmanagementgesellschaft bremenports soll damit beauftragt werden – auch das ist eben angesprochen worden –, ein Konzept zur

infrastrukturellen Weiterentwicklung der Containerkaje zu erstellen, welches die notwendigen weiteren Planungen und Handlungsoptionen ausführlich bewertet und darstellt, und neben den technischen Planungen wird dieses Konzept selbstverständlich auch eine Kostenschätzung, eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und natürlich einen Variantenvergleich enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in diesem Sinne begrüßt der Senat Ihren Antrag und die darin enthaltene erste Forderung, mit den Planungen für die Ertüchtigung der Kajeinfrastruktur zu beginnen, denn damit bestätigen Sie die klare Position, die der Senat mit seinem heutigen Beschluss zum Ausdruck gebracht hat. Und wie ja auch deutlich geworden ist: Die Koalition arbeitet an diesem Senatsbeschluss schon einige Wochen, um nicht zu sagen, Monate. Es hat dazu eine intensive Abstimmung gegeben, und Ihr Antrag trägt das Datum vom 3. September. Dass dazu in der Koalition ein umfassender Austausch vorgeschaltet wurde, halten wir für richtig und notwendig. Die vielen Aspekte, die hierbei auch für diese wichtige Zukunftsinvestition zu besprechen sind, sind eben auch deutlich geworden.

Da es in der Perspektive um wegweisende Entscheidungen und hohe Investitionen gehen wird, helfen hier eben auch keine Schnellschüsse, sondern es braucht eine tragfähige Grundlage und in diesem ersten Schritt zunächst eine fundierte technische Planung, und so ist auch jedes größere Infrastrukturvorhaben aufgebaut. Damit ist nun beschlossen worden, die ES-Bau in Auftrag zu geben, danach folgen die weiteren Planungsschritte. Das sind die Vorgaben, wie sie für jedes große Infrastrukturprojekt gelten und wo ja auch die CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuss immer sehr genau darauf schauen, ob denn diese Vorgaben auch erfüllt sind, bevor sie sich mit den Projekten dort befassen.

Deswegen ist die zweite Forderung in Ihrem Antrag, bereits jetzt mit Aussagen zum voraussichtlichen Mittelbedarf und zu Fragen der Herkunft dieser Mittel zu entscheiden, auch absolut verfrüht. Für diese Abwägung ist die ES-Bau zuständig, und für diesen Punkt wird die ES-Bau beauftragt, und in Anbetracht der enormen Relevanz dieser Investition für unseren Hafenstandort kann eben nur eine fundierte Planung und kein voreiliges und unüberlegtes Handeln die Grundlage sein.

Seien Sie versichert, dass der Senat weiterhin alles dafür tun wird, um die Wettbewerbsfähigkeit der

bremischen Häfen dauerhaft sicherzustellen und auch weiter zu verstärken, und die Erstellung dieses Konzepts für die Kajenmodernisierung am Containerterminal ist der erste wichtige Schritt. Der Antrag der CDU-Fraktion bleibt damit hinter der realen Entwicklung zurück, und die ablehnende Haltung der Regierungsfractionen ist damit aus unserer Sicht die logische Konsequenz. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass Herr Staatsrat Cordßen noch einmal die Bedeutung der bremischen Häfen dargelegt hat. Ich glaube, das ist das, was wir alle begreifen müssen, und deswegen bin ich auch dankbar, dass die CDU diesen Antrag gestellt hat. Wir Freien Demokraten unterstützen ihn aus vollem Herzen, denn die Aussage, da gab es schon einen langen Abstimmungsprozess in der Koalition, ist doch nichts anderes als ein schönerer Ausdruck für „wir konnten uns nicht einigen“,

(Beifall FDP, CDU – Zuruf Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

und ohne das Hebeln durch den Antrag hätten Sie sich bis heute nicht geeinigt, weil Sie keine Notwendigkeit gesehen hätten, sich zu einigen.

Dieser Antrag hat Sie dazu gezwungen, Farbe zu bekennen, und das haben Sie jetzt getan. Das können wir gut finden, und deswegen können wir es auch richtig finden, dass solche Anträge von der Opposition gestellt werden. Es ist Aufgabe der Opposition, den Stachel ins Fleisch zu stecken, dort, wo es dann wehtut, damit endlich gehandelt wird!

(Beifall FDP, CDU – Zuruf Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Bücking, wir müssen uns dem Wettbewerb stellen, und das heißt natürlich, dass man Geld sinnvoll und planvoll ausgeben muss, dass man Gutachten machen und schauen muss, wie es richtig gemacht wird, welches die beste Variante ist.

Wir erinnern uns an Wilhelmshaven und die dortigen Bauprobleme und die Gründungsprobleme beim Hafen. Alles das ist klar, aber in Ihrer Haltung gleichen Sie einem Marathonläufer, der feststellt,

die anderen sind losgelaufen, und der ein Gutachten in Auftrag gibt, welches die schnelleren Schuhe sind, um die anderen noch einholen zu können. Ich sage Ihnen, das wird nicht gelingen!

(Beifall FDP, CDU – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein gelungener Vergleich!)

Entsprechend heißt es für uns: Wir müssen anfangen, und wir müssen loslegen, damit es schnell geht, denn wir werden den Wettbewerb nicht gewinnen, wenn wir zu lange warten. Deswegen: anpacken, anstatt sich weiter zu streiten! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Zukunftssteife Weiterentwicklung des Klinikverbands Gesundheit Nord (GeNo) vorantreiben – Wirtschaftliche Solidität sicherstellen!
Antrag der Fraktion der FDP vom 15. September 2020
(Drucksache [20/306 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!
Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 16. Juni 2020
(Drucksache [20/190 S](#))

und

Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2019
(Drucksache [20/42 S](#))**

sowie

Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

**Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 16. Juni 2020
(Drucksache [20/191 S](#))**

und

Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten

**Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/281 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Bernhard.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir müssen wieder über die GeNo reden, leider hat sich nicht so viel verbessert. Sie hat eine hervorragende Arbeit in der Bewältigung der Coronakrise geleistet. Ohne die GeNo hätten wir viele Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes nicht erledigen können, und dennoch bleiben das Gefühl und die Tatsache, dass die Sanierung dort nicht vorankommt und der bremische Haushalt weiter belastet wird, weil nicht beherzt gehandelt wird und die wirtschaftliche Sanierung und das Ergreifen von strukturellen und organisatorischen Maßnahmen nicht in der Geschwindigkeit erfolgen, wie es der bremische Haushalt gebietet und die Bremerinnen und Bremer es verdient haben, denn das Geld

könnte an anderer Stelle weit besser ausgegeben werden, wenn wir bei der GeNo effektiver wären.

Kommen Sie mir nicht mit dem Argument, das ist nichts zum Gewinne machen – das wissen wir Freien Demokraten! –, aber es ist etwas zum solide Wirtschaften, und solide wirtschaften muss man in jedem Wirtschaftssystem, und das erwarten wir auch bei einem städtischen Klinikum. Bremerhaven und andere städtische Kliniken beweisen das, und ich hoffe, die GeNo ist inzwischen auf einem vernünftigen Weg, was das angeht, aber soweit ich es wahrnehme, ist dieser Weg nicht schnell und beherzt begangen und auch nicht konsequent, und bei manchen Schritten, die man noch gehen müsste, zögert die Koalition. Ich glaube, das ist falsch, weil wir uns das nicht leisten können und nicht leisten sollten, weil das die GeNo immer wieder in Misskredit bringt.

(Beifall FDP, CDU)

Wir Freien Demokraten haben vor einem Jahr ein Angebot gemacht, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, indem wir als demokratische Fraktion sagen, wie wir uns die Krankenhauspolitik in dieser Stadtgemeinde vorstellen. Das war ein ehrliches Angebot mit einer Überweisung in die Deputation für Gesundheit im vergangenen Herbst. Was herausgekommen ist, war eine Ablehnung der Anträge von FDP und CDU mit dem Argument, sie hätten sich zeitlich überholt. Als ob die Lage geklärt gewesen sei! Man hatte sich nicht die Mühe gemacht, gemeinsam mit uns eine Lösung zu suchen, sondern man hat sich die Arbeit gemacht, einen gemeinsamen Antrag der Koalition zu schreiben, der weit hinter dem her ist, was man machen müsste, weil immer noch die Angst besteht, sich zu Fehlern zu bekennen und beherzt Schritte in die Zukunft zu gehen. Dabei ist eine gute Qualitätssicherung dadurch gekennzeichnet, dass sie Fehler wahrnimmt, benennt und aus ihnen lernt. Das kann nur alles voranbringen, und das müssen wir machen, und zwar beherzt und schneller. Es ist Zeit zu handeln, es ist überfällig, hier zu handeln,

(Beifall FDP, CDU)

denn wir müssen die GeNo zukunftsfest und finanziell solide aufstellen. Wenn wir das nicht tun, werden wir uns dieses Klinikum als städtisches Klinikum nicht erhalten können, und wie wichtig es ist, es zu erhalten, wissen wir, denn wir wissen, wie wichtig es ist für die Gesundheitsversorgung in Bremen und im Umland.

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Super Erkenntnis!)

Das heißt aber, wir müssen auch prüfen, ob die Ziele erreicht werden. Wir müssen die Controllingfähigkeit erhöhen und nicht wie in der Vergangenheit Maßnahmenkataloge beschließen, die dann nicht umgesetzt werden, weil keiner nachhält und schaut, ob das denn getan wird, und das heißt auch, wir müssen die Verwaltung wieder näher an die Kliniken bringen. Ich kenne keinen Spediteur, bei dem nicht mindestens eine seiner Betriebsstätten neben der Geschäftsleitung ist, damit man auch einmal auf den Hof schauen kann, was da passiert. Diese Regelung, an der Kurfürstenallee weitab des Geschehens zu sitzen, ist nicht hilfreich, um einen Klinikkonzern der Größenordnung zu steuern, da müssen Sie auch einmal die Steuerungsfähigkeit erhöhen.

Wir haben angeboten und gesagt und anerkannt, dass die GeNo große Teile des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit erbringt. Wir Freien Demokraten haben gesagt, sagt uns doch einmal, was auf der Rechnung dafür stehen müsste, was eigentlich das Gesundheitsamt hätte ausgeben müssen. Da bekomme ich dann in der Gesundheitsdeputation die Antwort – und das schon seit Monaten –: Das können wir nicht. Wir können sagen, wie viel wir für die Daseinsvorsorge gemacht haben, und wir können sagen, was die Coronaambulanz gekostet hat. Ernsthaft, liebe Koalitionäre, wir sagen das ja nicht ohne Grund! Wir wollen damit darstellen, wie viel des Defizits dem geschuldet ist, dass unser Gesundheitsamt krankt. Das erkennen wir ja an, aber wenn Sie uns keine Zahlen liefern, dann müssen wir davon ausgehen, dass die Kosten der Coronaambulanz die einzigen sind, die für das öffentliche Gesundheitswesen erbracht werden. Davon gehe ich nicht aus, aber ehrlich gesagt, Ihnen ist dann an der Stelle auch nicht zu helfen.

Wir müssen Mehrfachstrukturen abbauen, wir müssen Spezialisierung und Ambulantisierung voranbringen, wir haben mit dem Krankenhausgesetz etwas, das getan werden muss, wir müssen die Reform der Psychiatrie weitermachen, und wir müssen Fachkräftesicherung machen, aber wir müssen auch eines machen: Wir müssen die zukünftigen Mittel bereitstellen, wenn die Kriterien erfüllt sind, und nicht immer dann, wenn die Liquidität bedroht ist. Insgesamt hat die GeNo es verdient, besser behandelt und auf solide Füße gestellt zu werden. Ich glaube, wir müssen da noch Etwas tun, und deswegen haben wir unseren Antrag neu

gefasst, auch, damit Sie uns nicht sagen, er hätte sich überholt. Nein, er ist aktueller denn je! Wir bitten um Ihre Zustimmung! – Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abgeordneter Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diagnose zu Beginn dieser Legislaturperiode im Hinblick auf die bremische Krankenhauspolitik ist vor allem von vier Punkten geprägt: Erstens, der kommunale Krankenträger, die Gesundheit Nord, ist nach wie vor hoch verschuldet, defizitär, Ausgang ungewiss. Zweitens, es fehlt nach wie vor eine Medizinstrategie für das gesamte Land.

Dritter Punkt: zwölf Jahre rot-grüne Verweigerung, den Kliniken im Land Bremen ausreichend Krankenhausinvestitionsmittel zur Verfügung zu stellen! Viertens – und dafür müsste man sich eigentlich schämen –: Wir sind das einzige Bundesland ohne Medizinausbildung. Das ist die Ausgangslage vor einem Jahr gewesen, meine Damen und Herren.

Und nun? Die Koalition regiert 15 Monate, die Haushaltsberatungen liegen hinter uns, wie ist jetzt die Ausgangslage, wie ist jetzt die Diagnose? Sie können es sich vorstellen, Sie wissen es nämlich selbst, es hat sich so gut wie nichts geändert. Wir haben weiterhin einen kommunalen Krankenträger mit einem hohen Defizit. Wir haben weiterhin keine medizinische Gesamtstrategie im Land Bremen, und bei den Haushaltsberatungen gab es nur einen Status quo, die Fortsetzung viel zu geringer Investitionsmittel. Statt der erforderlichen jährlichen, als Mindestbedarf definierten 80 Millionen Euro für 14 Kliniken haben Sie noch nicht einmal die Hälfte bereitgestellt, und es gibt auch keinerlei Anstrengungen seitens der Koalition, die Medizinausbildung in Bremen überhaupt auch nur zu prüfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer trotz dieser bekannten und auch gefährlichen Diagnosen gar nicht oder zu spät mit erforderlichen Therapieschritten beginnt, der trägt die politische Verantwortung dafür, dass diese Wunden vielleicht niemals heilen werden! Das haben weder die Beschäftigten noch die Patienten verdient. Wir brauchen eine völlig andere und mehr zielgerichtete Krankenhauspolitik!

(Beifall CDU, FDP)

Ich möchte Frau Bernhard als Senatorin für Gesundheit zumindest in einem Punkt sagen, okay, der Versuch ist da. Wer in den Antrag der CDU vom September 2019 hineinschaut, sieht dort als Forderung im Hinblick auf die GeNo: Wir wollen an der Spitze der Geschäftsführung der GeNo eine sanierungserfahrene Person, aber wir wollen auch, dass sie Durchgriffsrechte hat. Wir wollen, dass sie sich nicht für jede kleinste Sanierungsmaßnahme, die erforderlich ist, jedes Mal in irgendwelchen Koalitionskreisen die Erlaubnis holen muss. Das werden wir mit Argusaugen beobachten, ob die Entlassung der GeNo-Geschäftsführerin Frau Dervedde ein Bauernopfer war, geprägt von politischem Aktivismus, oder ob es tatsächlich der erste Schritt hin zu einer notwendigen Therapie war, Frau Senatorin, aber wir geben der neuen Geschäftsführerin, Frau Dr. Dreizehnter, die sich in der Gesundheitsdeputation sehr entschlossen dargestellt hat, von unserer Seite, vonseiten der CDU, Rückendeckung. Unser Hauptangriffspunkt ist die Koalition, ist die Senatorin, denn wie ich schon sagte, sowohl die Patienten als auch die Beschäftigten haben eine bessere Krankenhauspolitik verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Unser Antrag gilt mit seinen Kernpunkten nach wie vor. Es ist so, als wenn wir jetzt immer noch am Anfang einer Legislaturperiode stehen, nur dass wir schon einmal Haushaltsgelder verteilt haben. Bevor man überhaupt irgendetwas tut, muss als erster Schritt eine Gesamtstrategie her, als zweiter Schritt dann eine echte Krankenhausplanung, die den Namen verdient, und wenn man mit allen Beteiligten eine gemeinsame Strategie vereinbart, dann kommt es doch zu Strukturveränderungen, dann gibt es nicht diese Mehrfach-, Doppel- und Siebenfachstrukturen. Sie können sich, glaube ich, an sechs, sieben Krankenhäusern in Bremen die Bauspeicheldrüse, die Hüfte oder das Kniegelenk austauschen lassen. Das muss es alles nicht geben. Wir brauchen als oberste Prämisse die bestmögliche medizinische Versorgung, das ist der erste Schritt, und dann kommen erst die Strukturen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Dann kommt der dritte Punkt, und das ist genau das, was man als Landespolitiker überhaupt machen kann und machen muss, um aktiv auf eine

Krankenhauspolitik einzuwirken, das ist, Haushaltsgelder bereitzustellen. Die DRGs, die Fallpauschalen, sind Bundessache. Es liegt im Auftrag der Landesgesetzgebung, Investitionsmittel bereitzustellen, und da hat die Koalition nach wie vor versagt, und ich habe keinerlei Hoffnung, dass das besser wird.

Also, zwei Forderungen an die Koalition: Erstens, legen Sie Ihre Verantwortungsverweigerung ab und zweitens Ihre Strukturveränderungsallergie, dann ist der erste Schritt hin zu einer vernünftigen und zielgerichteten Therapie auch getan, meine Damen und Herren! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Reden der CDU und der FDP haben noch einmal die Einschätzung bestätigt, die die Koalition zu den Anträgen gegeben hat, die im Herbst letzten Jahres gestellt worden sind. Wir hatten diese Anträge auch im Controllingausschuss. Bei einem Teil stößt man nicht auf Widerstand, ein Teil der Dinge ist selbstverständlich, und diese ganzen Forderungen haben eines gemeinsam: Sie erreichen nie den Grad der Konkretisierung, dessen es bedurfte, um tatsächlich die Probleme der GeNo zu analysieren, und sie erreichen schon gar nicht den Grad der Präzisierung, über Lösungsvorschläge nachzudenken.

Ein Standortkonzept kann man immer verlangen, für alles in der Welt. Was genau heißt das? Heißt das, Standorte aufzugeben? Wir haben herausgefunden, dass das keine gute Idee ist. Behalten Standorte Medizinstrategie? Was heißt das? Alle diese Dinge, diese Forderungen, sind so banal und unspezifisch, wie es nur geht. Das ist Stammtischebene, und Stammtischebene löst in der GeNo kein einziges Problem.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie sich an die Debatten der letzten Monate im Controllingausschuss erinnern und an die Möglichkeiten, dort Fragen zu stellen, und an die Art und Weise, wie dieser Ausschuss auch in der Koalition – in jeder! – die Geschäftsführung der GeNo aufgefordert hat, Dinge offenzulegen, wir haben offen versucht herauszubekommen, wo die Probleme sind. Wir haben ein Controllingsystem einge-

führt, was es vorher nicht gab. Wir bekommen jeden Monat die Kennzahlen, die die GeNo dort fabriziert, und all das haben wir nicht gemacht, weil wir Stammtischparolen herausgegeben haben, sondern weil auch die Koalition und insbesondere die Gesundheitssenatorin ein extremes Interesse daran hat, diese GeNo so gut es geht zu sanieren, ohne dass es zulasten derjenigen Menschen geht, die dort arbeiten, und ohne, dass es zulasten der Menschen geht, die dort Hilfe suchen. Das geht nämlich nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Ja, es gibt eine neue Geschäftsführerin, ja, wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir den Fachkräftemangel beheben. Zu sagen, wir brauchen ein Fachkräftekonzept, ist selbstverständlich, aber wir wissen, dass wir die Ausbildungskapazitäten für Pflegekräfte in Bremen vor zwei Jahren hätten verdoppeln müssen, um im Jahr 2030 genügend Pflegekräfte zu haben. Das wissen wir, und deswegen müssen wir schauen, wie kommen wir denn dahin, dass das passiert, wie bekommen wir genügend Bewerberinnen und Bewerber, wie bekommen wir es hin, dass ein Standort entsteht, wo wieder genügend Pflegekräfte ausgebildet werden. Das sind konkrete Aufgaben, die haben wir bisher auch noch nicht richtig gelöst, keine Frage,

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Deshalb fordern wir das ja!)

aber sie stehen auf der Agenda, und das sind spezifische Analysen und spezifische Forderungen, wie man so etwas angeht. Allein pauschal zu fordern, wir brauchen ein Fachkräftekonzept, hilft niemandem.

Es hilft auch nicht, dass man externe Effekte ausblendet. Ich will noch einmal ein Beispiel nennen: Ich habe mich hingesetzt und geschaut, wie der Landesbasisfallwert in Bremen in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, und ich habe mich auch hingesetzt und geschaut, wie sind die Tarifierhöhungen plus Preissteigerungen, und welche Effekte hatte das.

(Glocke)

Vizepräsidentin Grotheer: Herr Rupp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bensch?

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Ja!

Vizepräsidentin Grotheer: Bitte, Herr Bensch!

Abgeordneter Bensch (CDU): Es geht um die Fachkräfteausbildung. Ist Ihnen bekannt, dass wir in Bremen auf der einen Seite akademischen Nachwuchs haben – Stichwort Hochschulausbildung für Pflegekräfte, für Hebammen und so weiter – und auf der anderen Seite für die nicht akademischen Pflegekräfte den Weser-Bildungsverbund, und in dem Zusammenhang, weil Sie ja sagten, das sind Stammtischparolen: Ist Ihnen bekannt, dass dieser Weser-Bildungsverbund extreme finanzielle Probleme hat, sich an den Senat gewandt hat und bis heute keine Antwort hat? Bauen Sie das bitte in Ihren Redebeitrag ein, es kann ja auch in der zweiten Runde sein! Ist Ihnen das bekannt?

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Ich wüsste jetzt nicht, warum das mein Argument entkräftet, dass Sie Stammtischparolen verbreiten!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es ein spezifisches Problem gibt, dann hätten Sie es benennen können, und ich höre Ihnen immer zu, wenn Sie spezifische und genaue Probleme schildern und Ihre Vorstellungen haben. Sie wissen genau, dass ich sehr genau zuhöre, und ich würde Ihnen recht geben, wenn Sie für dieses Problem eine Lösung hätten, wenn ich das Problem herausbekomme, dann schaue ich nach, ob das stimmt, aber das hat nichts damit zu tun, dass es eben nicht allein reicht, ein Fachkräftekonzept zu fordern. Dann müssen Sie einmal eine Vielzahl solcher Kleinigkeiten auflisten und sagen, wie Sie es besser machen würden!

Ich würde jetzt gern noch einmal auf die externen Dinge zu sprechen kommen! Ich habe gesagt – und das trifft heute zu wie vor einiger Zeit –, der Landesbasisfallwert ist nicht in der Weise gestiegen, wie es Tarifierhöhungen und Preiserhöhungen notwendig gemacht hätten. Ich habe versucht, das auszurechnen, das macht für die GeNo ungefähr ein Minus von 14 Millionen Euro jährlich aus, und man kann doch nicht einfach so einen Effekt wegstreichen! Darüber muss man sich Gedanken machen, und das gilt dann auch für alle anderen Kliniken: Wenn es so ist, dass der Landesbasisfallwert Tarifierhöhungen und Preissteigerungen nicht abbildet, dann muss der Landesbasisfallwert in eine Liste der Probleme oder der Dinge, mit denen wir uns beschäftigen müssen, selbstverständlich, und wenn es so ist – und das haben wir schon gesagt –, müssen wir uns Gedanken machen, dass wir die GeNo vom Kapitaldienst langfristig befreien. Das ist in diesem Haushalt gar nicht so einfach, aber das

ist das Ziel. Das sind auch noch einmal ungefähr zehn bis zwölf Millionen Euro.

Dann haben wir das Problem, dass die sehr geschätzte Personaluntergrenzenverordnung möglicherweise dazu führt, dass wir auf bestimmten Stationen jetzt genügend Pflegepersonal haben, aber möglicherweise auf anderen Stationen nicht. Das ist etwas, worauf wir im Controllingausschuss einen Blick werfen müssen: Kann es sein, dass wir auf der einen Seite etwas reparieren und auf der anderen Seite, weil wir nicht genügend Pflegekräfte haben, wieder ein Problem erzeugen, weil Stationen nicht besetzt werden können? Das sind präzise Analysen, und dann müssen wir gemeinsam schauen, was wir daraus machen, und nicht einfach sagen, wir brauchen ein Fachkräftekonzept.

(Glocke)

Ich melde mich in der zweiten Runde noch einmal.
– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Satz möchte ich von Ihnen zitieren, Herr Buhlert, den ich genauso sehe: Wir müssen heute wieder über die GeNo sprechen, aber meine Ambitionen, über die GeNo zu sprechen, sind ganz sicher andere als Ihre.

Wir debattieren hier nach Monaten, die unter den Eindrücken der Pandemie COVID-19 standen und alle Krankenhäuser vor sehr besondere Herausforderungen gestellt haben. Nichts an Abläufen in den Kliniken ist gleich geblieben: Sämtliche Dienstpläne mussten umgeschrieben werden, die Ambulanzen mussten einen enormen Aufwand betreiben, um die Notfallambulanz so aufzustellen, dass sie COVID-19-Patientinnen und -patienten sicher in den Klinikalltag integrieren konnten.

Ich sage das nicht ohne Grund. Die vergangenen Monate unter COVID-19 haben den Blick auf die Krankenhäuser bundesweit verändert. Unser Versorgungssystem gerät auf den Prüfstand. Die zukünftige Aufstellung des Gesundheitswesens muss neu gedacht und darauf ausgelegt werden, dass ein weiteres Pandemiegeschehen in Deutschland und

in Bremen allen Betroffenen Sicherheit bietet. Außerdem muss sichergestellt werden, dass parallel zu einem Pandemiegeschehen weiterhin lebensnotwendige medizinische Maßnahmen in den Kliniken geleistet werden können. Es darf aus unserer Sicht nicht wieder passieren, dass Menschen während dieser Pandemie mit anderen gesundheitsgefährdenden Krankheiten keine Versorgung erhalten und damit Leben auf anderer Ebene in Gefahr gerät. Die Bremer Kliniken haben sich in den letzten Monaten hervorragend aufgestellt, das wurde auch schon gesagt. Sie haben alle miteinander in den verschiedensten Arbeitsbereichen eine hohe Bereitschaft gezeigt, Menschen gut und sicher zu versorgen, sie in ihren Krisen zu begleiten und uns Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu vermitteln. Dafür gilt unser ausdrücklicher Dank an dieser Stelle aus diesem Haus!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich weiß sehr genau, was es bedeutet, über so viele Monate hinweg Bereitschaftsdienste zu besetzen, in fremden Arbeitsbereichen tätig zu sein und nicht abschätzen zu können, wie der nächste Dienst genau aussehen wird. Für alle Krankenhäuser hat die Pandemie tiefgreifende Auswirkungen auf die medizinische und betriebswirtschaftliche Situation. Auf Bundesebene und auf Länderebene wird viel dafür getan, die entstandenen Defizite auszugleichen. Den GeNo-Kliniken kommt hierbei eine besondere Rolle zu, Sie alle wissen um den Jahresabschluss 2019 und das zu erwartende Defizit 2020.

In allen Gremien – im Controllingausschuss, in der Gesundheitsdeputation und auch schon hier – sind die Strategien perspektivisch dargestellt worden. Sicherlich fordern wir, dass am Ende des Prozesses die schwarze Null steht, aber es ist auch nie ein Geheimnis gewesen, dass sich dieser Prozess über mehrere Jahre hinziehen wird, ein Strategiepapier nannte das Jahr 2025.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Es sollte eigentlich schon in diesem Jahr ein Plus geben!)

Die Geschäftsführung der GeNo hat uns in vielen Sitzungen, sowohl in der Deputation für Gesundheit als auch im Controllingausschuss, ihre Strategie vorgestellt, das große Beteiligungsverfahren, das es innerhalb der Kliniken gab, und diese Strategien wurden auch intern und extern bewertet. Über Frau Senatorin Bernhard wurde eine neue Geschäftsführung eingesetzt.

Ich glaube, dass in aller Deutlichkeit von diesen Ausschüssen dieses Hauses sehr wohl Signale ausgegangen sind, und sie sind auch in der Beantwortung Ihrer Fragen aus dem Papier von 2019 deutlich hervorgegangen, es sind deutliche Signale daraus hervorgegangen, was sich ändern muss, was geändert werden wird und wie lange es ungefähr dauern kann. Ich glaube, es wird uns nicht weiterhelfen, dass wir uns hier im Klein-Klein verkriechen und nicht von vornherein das Zutrauen in die Geschäftsführung haben, und wir müssen auch in die neue ergänzende Geschäftsführung mit Frau Dr. Dreizehnter ein Vertrauen entwickeln, dass diese Veränderungen angegangen werden. Wir haben dieses Vertrauen, und wir geben dieses Vertrauen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Sie benutzen, wie Frau Dr. Dreizehnter es vor wenigen Tagen in der Presse getan hat, jetzt gern das Wort Diagnose- und Therapievorschläge. Ich kann nur sagen, wenn ich in die vergangene Zeit schaue, in alle Papiere schaue, dass Frau Dr. Dreizehnter auf ein sehr großes Diagnosefeld mit vielen differenzierten Therapieansätzen treffen wird. Ich kann nur sagen, dass ich sehr hoffe und es ihr wünsche, dass sie die richtige Fachärztin ist. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns im Controllingausschuss mittlerweile seit mehreren Jahren mit dem Thema GeNo. Diejenigen, die von Anfang an dabei gewesen sind, wissen, dass es ein schwieriger Lernprozess war, überhaupt so ein komplexes, kompliziertes, betriebswirtschaftliches und medizinisches System wie die GeNo zu verstehen. Eigentlich alle, die sehr intensiv in diesem Prozess mitgearbeitet haben, wissen, dass es einfach von heute auf morgen keine Lösung für die Herausforderungen geben wird.

Meine Vorrednerin hat es gesagt, wir sind mit Herausforderungen konfrontiert, unter veränderten Bedingungen, die mehrere Jahre brauchen werden, bis wir sie lösen werden. Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn dann immer wieder Anträge kommen von der Qualität der FDP, bei denen man irgendwann einmal sagt, jetzt macht doch einmal ein Finanzkonzept, ein Strukturkonzept, und übrigens, löst doch auch bitte einmal die Probleme, dann

kann ich nur sagen, Herr Buhlert, das ist so überflüssig wie ein Kropf, weil auch nicht überhaupt nur ein Stück einer Idee darin ist, die eigentlich konstruktiv in diesen Bereich hineingebracht werden sollte.

Wenn wir uns die Dinge anschauen, dann wissen wir doch, dass wir drei grundlegende Problemkreise haben: Wir haben das Problem, dass es über lange Jahre zu betriebswirtschaftlichen Schwächen in der GeNo gekommen ist. Wir haben das Problem, dass Steuerungssysteme, Controllingsysteme nicht so waren, wie sie sein müssten, und wir haben feststellen müssen, dass es große finanzielle Ausfälle gab, weil die Dokumentationen nicht funktioniert haben. Wir haben feststellen müssen, dass auch aus anderen Gründen bei den Abrechnungen Abschläge hingenommen werden mussten, die in die Millionen gingen. Das ist ein Problemkreis, von dem ich zumindest sage, es sind die originären Aufgaben einer Geschäftsführung, dass sie sie lösen muss. Dafür werden sie als Spezialisten bezahlt, und dafür werden sie auch hinreichend gut bezahlt.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Wir haben festgestellt, dass diese Aufgaben nach unserer Einschätzung nicht in dem Maße erfüllt worden sind, wie wir es uns erhofft haben, aber wenn man sich jetzt die Aufstellung, die Neuaufstellung der Geschäftsführung ansieht, dann kann man sehen, wenn man es denn will, Herr Buhlert – wenn man es denn will! –, wie peu à peu an der Verbesserung dieser betriebswirtschaftlichen Informationssysteme, der Steuerungssysteme, der Planungssysteme und der Berichtssysteme gearbeitet wird. Das geht langsam, ja, wir würden uns wünschen, dass es schneller geht, aber es wird daran gearbeitet, und wer es beobachtet und hinschaut, der sieht, dass wir dort vorankommen.

Neben diesem betriebswirtschaftlichen Kreis haben wir Strukturprobleme. Die Herausforderungen liegen natürlich darin, unter veränderten Bedingungen Antworten zu bekommen: Wie entwickelt man eine Medizinstrategie weiter? Daran sitzen Experten aus diesen Kliniken fächerübergreifend, sie sind auch in der Diskussion mit Externen und arbeiten an Vorschlägen, Ideen, sie prüfen sie, und sie rechnen sie durch. Was, bitte schön, Herr Dr. Buhlert, hätten Sie denn von Ihnen zusätzlich noch zu bieten, was da gemacht werden soll? Haben Sie irgendeine Idee? Es wird dort gearbeitet, und dieser Prozess geht nicht von heute auf morgen. Wer

im Controllingausschuss sitzt, wer die Berichte bekommt, der sieht, dass in dieser Hinsicht gearbeitet wird.

Es kommt ein dritter Kreis hinzu, bei dem wir tatsächlich gefordert sind, wo ich glaube, dass wir auch noch etwas zu tun haben: Es gibt genau dieses Problem, dass die GeNo in vielen Fällen keine Gelder bekommen hat, weil Patienten zu lange dort gelegen haben. Hier zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, das ist eine Aufgabe, die man nicht allein der GeNo überlassen kann. Ich denke, da sind wir in der Tat gefordert, und da bin ich auch gern bereit, in eine Diskussion hineinzugehen, welche Lösungen es sein könnten, weil nämlich die einfachste Lösung, dass die GeNo es selbst macht, wahrscheinlich politisch nicht geht, nicht in Berlin und nicht gegen den Widerstand von Krankenkassen und dergleichen.

(Glocke)

Wir müssen trotzdem eine Lösung finden, und das ist der zweite große Bereich, hier über die Strukturen nachzudenken. Ich möchte an dieser Stelle zunächst einen Punkt machen, aber ich möchte nachher wieder einen Punkt aufnehmen, der natürlich in der Diskussion von Herrn Buhlert und auch von Herrn Bensch leider nicht angesprochen wird. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Anwesende! Ich hatte ja angedroht, dass ich noch einmal nach vorn komme und etwas sage. Ich will noch einmal vorwegschicken: Bei aller Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und betriebswirtschaftlichen Betrachtung der Krankenhauslandschaft und insbesondere der GeNo ist das erste Ziel eine optimale gesundheitliche Versorgung für die Menschen in Bremen und auch im Bremer Umland. Das hört sich banal an, aber vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Pandemie und ihren Auswirkungen und der Notwendigkeit, sie einzudämmen, ist das ein Ziel, das wir auf jeden Fall verfolgen, denn es kann nicht sein, dass aus wirtschaftlichen Gründen die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Bremen und im Umland in irgendeiner Weise eingeschränkt, wenn nicht gar gefährdet wird.

(Beifall DIE LINKE)

Bei der Frage, was haben wir für eine Medizinstrategie, hatten wir bislang immer gesagt, wir wollen eine Balance zwischen spezialisierten, hoch spezialisierten medizinischen Angeboten und einer wohnortnahen Versorgung. Das hört sich zunächst auch banal an, aber wenn man sich die Forderung ansieht, bestimmte Dinge irgendwo zu zentralisieren und anderswo wegzulassen, dann ist das keine banale Frage, sondern es ist tatsächlich die Frage einer wohnortnahen Versorgung auf der einen Seite und guten Spezialangeboten auf der anderen Seite.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn man im Controllingausschuss war und die Berichte gelesen hat, dann weiß man auch, wir sind heute mit der GeNo nach zwölf Monaten weiter als im letzten Jahr im September. Das erste Quartal hat deutliche Anzeichen dafür gezeigt, dass die Maßnahmen, die wir im letzten Jahr angeschoben haben, durchaus erfolgreich waren, und zwar waren die Ergebnisse im ersten Quartal im Vergleich zum ersten Quartal 2019 durchaus akzeptabel.

Dann haben wir das Problem Corona, und jetzt haben wir nicht nur das Problem, dass wir eine Medizinstrategie brauchen, sondern ich warte ja auf den Antrag, dass man – CDU! – endlich eine Coronastrategie für die GeNo entwickelt. So einen Antrag brauchen wir nicht. Wir wissen alle zusammen, dass es notwendig ist zu schauen, welche Schlussfolgerungen und welche strategischen Überlegungen wir eigentlich vor dem Hintergrund von Corona ziehen müssen, denn dass dieser Virus oder diese Form von Pandemie die letzte ist und in den nächsten Monaten zügig vorbei ist, das glaubt niemand. Deswegen müssen wir uns, was die Gesundheitspolitik angeht, darauf einstellen.

Ich muss offen gestehen, diese Debatte steht noch aus. Das ist für die nächsten Monate eine der wichtigen Aufgaben auch der Gesundheitsdeputation und der Gesundheitspolitikerinnen und -politiker, da etwas vorzulegen. Da bin ich außen vor, denn Gesundheitspolitiker bin ich nicht, aber es ist notwendig.

Dann gab es immer noch die Aussage – vor diesem Hintergrund ist das besonders interessant! –, es kann ja nicht sein, dass die Gesundheitssenatorin auch gleichzeitig Vorsitzende des Aufsichtsrats ist, und stattdessen will man jemanden vom Finanzressort dort hineinsetzen und dem Finanzressort die

Verantwortung für die GeNo übertragen. Bei aller Wertschätzung des Finanzressorts – und sie wissen auch, dass ich das ernst meine! –, ich befürchte, das ist überhaupt keine gute Idee, denn zurück zum ersten Ansatz: Wenn die gesundheitliche Versorgung das Wichtigste ist, über das wir streiten, dann gehört das Thema auch in die Verantwortung des Gesundheitsressorts, und ich meine, dann ist auch der Vorsitz im Aufsichtsrat mit jemandem aus dem Gesundheitsressort zu besetzen, insbesondere der Senatorin für Gesundheit. Das ist, was Gesundheitspolitik angeht, meines Erachtens die beste Lösung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Springerpool! Es gibt zwei, drei Dinge, die wir noch diskutieren müssen. Wir haben es geschafft, einen sogenannten Springerpool einzusetzen, wo Menschen – Pflegekräfte und Ärzte – wechselnd an verschiedenen Standorten arbeiten. Das ist ausbaufähig, denn gleichzeitig ist die teure Leiharbeit noch nicht eingedämmt. Das ist ein Problem, das müssen wir angehen, da müssen wir hinschauen, warum ist das eigentlich so. Es ist scheinbar absurd, aber das müssen wir sehen.

Dann auch noch einmal zur Frage der DRGs und des MDK! Nach dem, was ich mir angesehen habe, ist diese Frage der DRGs und den damit gekoppelten Abrechnungen und die Kritik an den Abrechnungen mittlerweile ein solch bürokratischer Dschungel, dass ich bezweifle, dass das zur besseren Versorgung der Gesundheit der Menschen in Bremen dient. Was da an Beurteilungen, Abrechnungen, Einschätzungen und so weiter von Ärztinnen und Ärzten und vom Pflegepersonal gefordert wird, ist meines Erachtens jenseits von Gut und Böse. Das müssen wir angehen, das müssen wir kritisieren und möglicherweise vereinfachen, oder wir müssen diese DRGs insgesamt auf den Prüfstand stellen und uns eine andere Form der Krankenhausfinanzierung überlegen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe in meinem ersten Beitrag gesagt, wir haben betriebswirtschaftliche Herausforderungen, die wir lösen müssen. Ich habe darüber hinaus angesprochen, wir haben die

Herausforderung struktureller Probleme, und eines davon ist natürlich die Medizinstrategie der GeNo.

Klaus-Rainer Rupp hat nach meiner Überzeugung zu Recht gesagt: Ja, dieser Prozess ist vorangekommen. Es liegen uns Ergebnisse vor. Es gibt unterschiedliche Diskussionen darüber, nicht in allen Punkten herrscht Einigkeit, aber manche Dinge sind im Konsens getroffen worden, und jetzt wird es an die Umsetzung gehen. Das ist ein Fortschritt, aber wir müssen einer Sache ins Auge sehen, da mag eine Kritik berechtigt sein: Ich glaube, dass die Frage der Medizinstrategie nicht allein im Rahmen und bezogen auf die GeNo beantwortet werden kann. Wir stehen unter dem Ökonomisierungsdruck des Gesundheitswesens vor der Frage, wie wir den Standort Bremen mit den Krankenhäusern weiterentwickeln. Wir stehen vor der Herausforderung zu schauen: Wo sind Schwächen durch Überschneidungen, wie überwinden wir sie? Wie schaffen wir es in dem ganzen Verbund, die Stärken zu intensivieren und die Schwächen zu überwinden?

Das, Herr Bensch, sehe ich auch so, aber was ich nicht Ihnen abnehmen kann – und da erwarte ich ein bisschen Realismus –: Wir wissen, was das für eine politisch schwierige Aufgabe ist, weil wir in diesen Fragen ganz viele Interessen vereint haben. Hier wird es nicht ein Fingerschnippen und auch keinen Prozess von heute auf morgen geben, um das zu lösen.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Ja!)

Das wird auch kein Vorgang sein, um das auch zu sagen, der auf offener politischer Bühne ablaufen wird, denn dann ist von vornherein zu sehr absehbar, mit welchen Querschüssen in diesem Bereich zu rechnen ist.

Ja, es ist die große Herausforderung, auch die Standortfrage anzugehen, aber dazu ja auch, wir müssen die Allianzen schaffen, dies konstruktiv machen; da bin ich bei dem Punkt, wenn wir das zusammen schaffen, dann sage ich gern: Lassen Sie uns anfangen!

Ich glaube, wir sind alle sehr froh, dass die Pandemie gezeigt hat, dass unser Gesundheitswesen vergleichsweise sehr gut funktioniert. Wenn wir die Blicke in den Süden gerichtet haben, wissen wir, wie es aussehen kann, wenn Krankenhausstrukturen rationiert, durch zu starke Einsparungen über Gebühr beeinträchtigt werden und dann bei solchen Herausforderungen versagen. Ich glaube, wir

haben gesehen, dass wir mit den Funktionen immer noch vergleichsweise gut dastehen. Das darf nicht dazu führen, dass wir sagen, na ja, dann ist hier doch alles gut. Ich glaube, die gesamte Diskussion hat gezeigt, welche Schwächen in dem Gesundheitssystem nicht nur in Bremen, sondern insgesamt in der Bundesrepublik vorhanden sind.

Wir wissen, dass dieses Gesundheitssystem in vielen Bereichen unterfinanziert ist. Wir wissen, dass die DRG-Systeme, die Klaus-Rainer Rupp angesprochen hat, eine langfristige Strategie sind, um zu sagen, wir drehen die finanzielle Presse immer ein Stück weiter, um das zu erreichen, was wir wollen, nämlich weniger Krankenhäuser, weniger Betten, eine Konzentration der Prozesse. Das steckt doch hinter dieser ganzen Sache.

Jetzt stellen wir fest, dass dieser rein finanzielle, dieser reine Ökonomisierungsansatz hochgefährlich ist, hochgefährlich, weil man Strukturen zerstören kann, die bei solchen Herausforderungen, wie wir sie jetzt haben, Tausende von Toten bedeuten können. Das ist der Punkt, vor dem wir auch stehen, nämlich aus dieser Erfahrung zu fragen, was muss an zusätzlichem Geld, an zusätzlichen Anreizen in dieses System hinein, und nicht nur zu ökonomisieren, sondern zu helfen, die Strukturen für die Herausforderungen zu schaffen,

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Gern!)

die wir jetzt gesehen haben, wo wir hier noch einmal sehr glimpflich davongekommen sind.

Davor stehen wir, und das sollten wir offen diskutieren und uns darüber nicht zerstreiten. Das heißt auch, Herr Bensch: Lassen Sie uns ernsthaft über die Schwächen in dem betriebswirtschaftlichen System und über die strukturellen Herausforderungen debattieren! Lassen Sie uns darüber sprechen, dass in diesem System zu wenig Geld vorhanden ist, dass dort mehr hinein muss und wir andere Anreize brauchen, weil wir dieses Gesundheitssystem weiterentwickeln müssen! Das geht nicht allein durch Sparen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abgeordneter Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Gottschalk dankbar, er hat eben mehrfach die Hand ausgestreckt. Übrigens erinnert

mich das an die Debatte, die wir im Mai 2018 hatten, also ein Jahr vor der letzten Wahl. Damals ging es um die 205 Millionen Euro Extrageld für die GeNo. Nicht direkt, aber indirekt kann ich jetzt noch zwei Kollegen zitieren: Der eine waren Sie, Herr Gottschalk, Sie haben damals gesagt, Sie hätten eine Erwartungshaltung, Sie erwarteten von der GeNo auch endlich einmal eine Umsetzung und so weiter. Dort haben Sie, finde ich, sehr glaubwürdig und sehr zielgerichtet gesprochen, so wie eben auch, und dafür möchte ich mich als Parlamentarier der Opposition bei einem Abgeordneten der Regierungsfraktion der SPD recht herzlich bedanken, vielen Dank dafür!

(Beifall SPD)

Das Zweite ist – ich sehe ihn jetzt leider nicht, aber ich bitte, es an ihn weiterzugeben –: Der jetzige Fraktionsvorsitzende vom Bündnis 90/Die Grünen, Björn Fecker, hat in dem gleichen Zusammenhang gesagt, die Geduld mit der GeNo sei endlich, und er hat auch gesagt, er erwarte etwas. Und was erleben wir nun? Das, was wir immer erleben, seit Jahren: Wir haben kein Erkenntnis-, wir haben ein Umsetzungsproblem. Ich glaube, die Koalitionäre, die ich eben genannt hatte und die schon in der letzten Legislaturperiode dabei waren, können dem nur zustimmen.

Sie haben eben gesagt: „Herr Bensch, ich bin ganz bei Ihnen, wir können gemeinsam an die Strukturen heran!“ und so weiter. Da will ich einmal eine Zahl nennen beziehungsweise erst einmal fragen.

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Wir haben ganz viele Kennzahlen im Gesundheitssystem, und ich habe ja vorhin schon gesagt, Bremen ist traurigerweise das einzige Bundesland, das keine Mediziner ausbildet, aber es gibt noch mehrere bremische Besonderheiten. Wir sind das einzige Bundesland und auch der einzige Stadtstaat, der seit 1990 – das ist 30 Jahre her! –keinerlei Strukturveränderungen bei den Kliniken erleben durfte. Es ist die gleiche Anzahl, und das medizinische Portfolio ist nahezu das gleiche. Wenn etwas dazu kam, dann, weil es der medizinische Fortschritt geliefert hat, aber es ist hier weder politisch noch vonseiten der Krankenhausträger einmal richtig eine Gesamtstrategie angegangen worden. Sie haben eben gesagt, wir können gemeinsam daran, und ich sage für die CDU-Fraktion: Wir sind dafür zu haben! Sie haben schon den ersten Schritt getan, Herr Gottschalk, und gezeigt, dass Sie keine

Strukturveränderungsallergie haben. Das ist lobenswert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Grotheer: Herr Bensch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp?

Abgeordneter Bensch (CDU): Ja!

Vizepräsidentin Grotheer: Bitte sehr, Herr Rupp!

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Herr Bensch, Sie sagen, wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Ich bin relativ sicher, dass man das auf 95 Prozent aller Dinge, die wir diskutieren, anwenden kann. Ich frage nur: Ist das Erkenntnisproblem ungleich verteilt? Meinen Sie nicht, dass es zur Erkenntnis über die Lage der GeNo notwendig wäre, zum Beispiel die Entwicklung des Landesbasisfallwertes einzubeziehen? Die nächste Frage ist: Warum haben Sie das nicht gemacht?

Abgeordneter Bensch (CDU): Herr Abgeordneter Rupp, vielen Dank für diese Frage! Dazu passt das, was ich vorhin nach meinem Redebeitrag und nach Ihrem Redebeitrag als SMS bekommen habe: „Was Rupp fordert, ist Aufgabe der Regierung und nicht der Opposition!“ Das könnte ich jetzt auch hier sagen, aber ich kann Ihnen hinsichtlich des Landesbasisfallwertes auch sagen, erklären Sie das doch einmal den Menschen, und erklären Sie den Menschen auch einmal den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich! Das können selbst erfahrene Mathematiker und Gesundheitspolitiker nicht so erklären, dass es jeder versteht, aber es gibt auch Aussagen der Krankenkassen, dass der Landesbasisfallwert es nicht nur abdeckt, sondern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sogar höher ist. Also, das ist eine ganz, ganz kleine Stellschraube, für Sie vielleicht ein wunderbares Ablenkungsmanöver, für uns als CDU nicht, Herr Abgeordneter Rupp!

(Beifall CDU)

Ich komme aber noch einmal zum Thema Verantwortung! Den Aussagen von Herrn Gottschalk war ja auch sehr viel von Verantwortung zu entnehmen, und ich habe in meinem ersten Redebeitrag von Verantwortungsverweigerung gesprochen. Da möchte ich noch einmal zu Ihrem Antrag kommen: Sie fordern in Ihrem Antrag – das muss man sich einmal vorstellen! –, dass der Krankenhausstrukturfonds des Bundes geändert werden muss nach

dem Motto „Keine Veränderungen, aber wir wollen Geld!“. Das zeigt doch auch mit dem, was Herr Gottschalk eben gesagt hat, das ist auch alles eine Frage des Systems und der Finanzen im System. Da komme ich wieder zu dem, was ich schon immer gesagt habe, und da können Sie sich nicht verweigern und sagen, das sei einfach unwahr: Es ist schlicht und einfach die Wahrheit, dass Sie das, was Sie können, Ihr primäres Recht als Haushaltsgesetzgeber, nicht ausreichend wahrnehmen!

Noch einmal die Zahlen für alle, auch wenn es wirklich lästig ist, aber die Krankenhausgesellschaft der Kliniken im Lande Bremen – da sind die GeNo-Kliniken übrigens mit dabei! – definiert den Mindestbedarf. Der Mindestbedarf heißt, damit wir Operationssäle vorhalten können, damit wir Apparate haben, brauchen wir moderne Infrastruktur, und dafür brauchen wir Investitionsmittel. Das ist grundgesetzliche Aufgabe der Bundesländer, die einen Sicherstellungsauftrag haben. Wenn die Krankenhausgesellschaft sagt, der Bedarf liege jährlich bei 80 Millionen Euro, Sie es aber nach zwölf Jahren Rot-Grün und nach 13 Jahren mit der LINKEN zusammen noch nicht einmal geschafft haben, die Hälfte bereitzustellen, dann ist das ein Beweis für Ihr Versagen in der Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Das eine ist das, was man selbst zu Hause machen kann. Machen Sie es einfach, einfach machen, man kann vieles einfacher machen!

Das andere, der weite Blick in die Zukunft, Herr Gottschalk, da bin ich ganz bei Ihnen: Stichworte wie Digitalisierung, Einsatz künstlicher Intelligenz, Robotik, der Anteil der Frauen mit 60 Prozent bei den Medizin Studierenden, der Anspruch der Ärztinnen und Ärzte, nicht unbedingt eine Hausarztpraxis übernehmen zu wollen, sondern in Teilzeit zu arbeiten, Work-Life-Balance, das alles sind die Trends.

Noch zwei bremische Besonderheiten: Wir haben in Bremen die ältesten Ärzte, deutlich über dem Bundesdurchschnitt, und wir haben den höchsten Anteil an Ärztinnen und Ärzten über 65, die noch praktizieren, also auch insofern noch einmal – ich sehe die Uhr, die Zeit ist jetzt abgelaufen – das Plädoyer: Wenn wir über die Zukunft sprechen, Herr Gottschalk, dann auch über eine Medizinausbildung hier in Bremen, und auch da haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Reden, die ich von den Vertretern der Koalition gehört habe, enthalten, abgesehen von den Auswirkungen der Coronapandemie, ungefähr dasselbe, was ich hier seit Jahren höre. Wenn das der Fall ist, muss ich mir als Opposition nicht vorwerfen lassen, dass wir es nicht besser bewerkstelligen können. Wir regieren nicht, wir sind nicht in der Verantwortung, sondern wir machen Vorschläge und drängen auf Umsetzung. Das ist unsere Rolle, und die nehmen wir wahr. Das ist unser Recht und unsere demokratische Pflicht.

(Beifall FDP, CDU)

Frau Osterkamp-Weber, ich bin ganz bei Ihnen, die Leistungen, die während der Coronapandemie erbracht wurden, sind gigantisch. Das ist nur zu loben, ohne die GeNo hätten wir das alles nicht geschafft. Aber jetzt gilt es, wieder in den Regelbetrieb zu kommen. Die alten Probleme kommen zurück, und dann gilt es auch, die GeNo wettbewerbsfähig zu machen. Ich wünsche Frau Dr. Dreizehnter als der neuen Geschäftsführerin der GeNo vollen Erfolg. Den braucht sie, sie braucht für die Maßnahmen, die anstehen, aber auch Unterstützung und Rückhalt.

Wir wissen schon heute, dass die Maßnahmen, die bisher aufgelistet und plausibilisiert sind, nicht reichen werden. Das gibt das Papier her, das Sie auch lesen, liebe Abgeordnete der Koalition. Insofern müssen wir uns fragen, wenn wir das in der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, im Haushalts- und Finanzausschuss oder im Controllingausschuss lesen: Was kann man noch tun, und ja, wie kann man noch handeln, Herr Gottschalk? Die Frage ist zu Recht gestellt, aber dann nützt es nichts, nur nach außen zu verweisen und zu sagen, das DRG-System und so weiter – –.

Das ist so, und auch da wiederhole ich mein Bild, als ob Sie als Kapitän im Sturm sagen, ich setze den Wind auf die Problemliste und muss ihn abschaffen. Nein, Sie müssen mit den vorhandenen Mitteln wirtschaften! Nichts anderes verlangt das System. Natürlich ist es das gute Recht, zu sagen: Kann man, muss man das nicht ändern, muss man das nicht anpassen? Solange die Regeln und die Rahmenbedingungen so sind, muss man schauen, wie

man damit auskommt. Das ist Wirtschaften. Das heißt auch zu überlegen, wie kann man etwas verändern, aber nicht zu sagen, wir warten, bis es sich verändert, und sonst leisten wir uns weiter Defizite um Defizite.

(Beifall FDP)

Wir Freien Demokraten stehen dazu, wir wollen, dass der Vorsitz im Aufsichtsrat an das Finanzressort geht. Warum? Weil wir denken, dass es zum einen die ganze Compliancekritik an der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz nimmt und auf der anderen Seite den Blick dafür frei macht, was in Bremen notwendig ist, nämlich alle Krankenhäuser in den Blick zu nehmen, eine Landeskrankenhausplanung zu machen, die auch wirklich an die Strukturen herangeht, dieses Instrument kreativ und im Sinne Bremens zu nutzen, damit die Menschen in Bremen, Bremerhaven und im Umland eine bestmögliche Versorgung bekommen, und diese Möglichkeiten zu nutzen und nicht immer dem Verdacht ausgesetzt zu sein, dass die Krankenhausplanung für die GeNo gemacht wird, was nicht der Fall ist! Diesen Verdacht können Sie aber nicht zerstreuen.

Natürlich sagen wir, jetzt muss es um die Umsetzung gehen, und wir machen weitere Vorschläge. Wir wissen, dass es Puffer im Gesundheitssystem geben muss. Wir haben selbst die Vorschläge eingebracht und debattiert, die Anträge, dass es Puffer geben muss, und wir haben gefragt, wo sie denn sind und wie wir das zukünftig machen müssen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie Gerätschaften eingelagert werden können, wie wir Stationen umnutzen können, um sie für Infektionsgeschehen vorhalten zu können. Wir müssen diese Fragen stellen, das sehe ich auch so, aber das entbindet uns nicht davon zu schauen, wie wir im Regelbetrieb besser wirtschaften können. Ich freue mich auf dieses Angebot der Zusammenarbeit, diese Fragen zu lösen, aber wir müssen die Umsetzung einleiten.

Im Jahr 2018 haben wir es nicht geschafft, in den Jahre davor haben wir es nicht geschafft, und jetzt wird es höchste Zeit, denn es mehrfach nicht zu schaffen, ist auch nicht das, was wir benötigen, weil wir wirklich eine GeNo brauchen, die finanziell solide aufgestellt ist und so wirtschaftet, wie es die Rahmenbedingungen hergeben.

Wir brauchen eine Senatorin für Gesundheit, Verbraucherschutz und Frauen, die sich voll und ganz um den Gesundheitsaspekt kümmern kann, und

wir sind gern dazu bereit, wir werden das ja bei der Debatte über das Krankenhausgesetz, das auch entscheidende Weichen stellt, sehen, bei dem es auch darum geht, Investitionen möglich zu machen. Eines ist aber klar: Wir werden der Koalition keine Zusammenarbeit anbieten, die bedeutet, wir halten still, und Sie untersuchen alles. Das ist nicht das Thema, sondern es geht darum, weiter den Finger in die Wunde zu legen, Erwartungshaltungen zu haben, Herr Gottschalk, so, wie Sie es in der letzten Legislaturperiode hatten, damit auch etwas geschieht. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fühlte mich jetzt noch einmal aufgerufen, nach vorn zu treten, weil Sie sich gerade so kuschelig zugerufen haben, was Sie in der Vergangenheit schon alle miteinander erlebt haben, wer mit wem schon wo welche Verabredungen getroffen hatte.

Ich bin neu in dieser Koalition und als Abgeordnete in der Fraktion. Wenn Sie sagen, Herr Bensch, dass Herr Fecker damals geäußert habe, seine Geduld sei endlich, dann sage ich Ihnen jetzt an dieser Stelle ganz klar, ich habe ihm gesagt, er darf noch etwas geduldig sein, denn was an dieser Stelle fehlt und was herausragend ist, ist das, was an Arbeit geleistet wird. Das betrifft auch die Veränderungsprozesse, die angeschoben sind, das möchte ich noch einmal deutlich machen. Ich erkenne sie, ich verstehe Frau Senatorin Bernhard und auch ihr Ressort so, dass sie doch sehr konsequent an dieser Umsetzung arbeiten, aber – und das möchte ich noch einmal wiederholen – sie brauchen Zeit. Ich finde, diese Chance muss diese Geschäftsführung, wie sie jetzt aufgestellt ist, ergreifen dürfen. Das darf sie auch ausarbeiten und umsetzen.

Ich glaube, dass es einfach ist, zur Krankenhaus-, zur Medizinstrategie einmal eben schnell zu sagen, ich kann die Schilddrüse jetzt nicht mehr in sieben Kliniken, sondern nur noch in einer Klinik herausnehmen lassen. Wenn es so einfach wäre, wäre es sicher passiert. Diese Prozesse dauern, und mein Eindruck dieser Behörde und der Klinikleitung ist, dass die Umsetzung erfolgt und wir deswegen noch ein wenig Geduld haben können, weil die Maßnahmen beschrieben und erklärt worden sind. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Bernhard.

Senatorin Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte, die wir heute führen, ist ja insofern auch nicht überraschend, als sie auf die Anträge zurückgeht, die wir vor ziemlich genau einem Jahr vorliegen hatten, ergänzt durch den neuen Antrag der FDP. Wenn man sich die Debatten ansieht, anhört und liest, hat in den letzten Jahrzehnten der Schwerpunkt immer auf der wirtschaftlichen Entwicklung gelegen.

Die aktuelle Situation in der Gesundheitspolitik hat den Fokus etwas verschoben. Gesundheit als Markt und als Profit zu sehen, ist ein großes Problem, und das hat uns genau vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis deutlich gemacht, dass wir, obwohl wir durchaus Schwierigkeiten haben, an wirtschaftlichen Flanken in der Lage gewesen sind, mit dieser Pandemie umzugehen. Ich finde, dass diese Herausforderung bis heute sehr gut funktioniert hat, und zwar nicht nur in Bremen, sondern in den gesamten Bundesländern. Ich sage das hier ganz deutlich, bundesweit können wir eigentlich von Glück sagen, dass wir trotz all dem, was, ich sage jetzt einmal, schief läuft, immer noch ein Gesundheitssystem haben, das sehr gut ist, das aber verbesserungsbedürftig ist, weil wir diesen Fokus dringend hinzunehmen müssen.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Außer Frage!)

Das betrifft nicht nur die Krankenhäuser, da haben Sie vollkommen recht.

Es gab in der letzten Zeit auf parlamentarischer Ebene eine intensive Befassung mit den GeNo-Zahlen im Controllingausschuss und in der Deputation. Wir haben es auch hier immer wieder diskutiert, und es ist richtig, dass etwas passiert. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass diese Transparenz zunimmt. Es geht um verdammt viel Geld, es geht um sehr viele Arbeitsplätze, aber es geht letztendlich auch um den öffentlichen Auftrag, den wir haben, nämlich darum, für die zentrale Versorgung im gesundheitspolitischen Raum hier für dieses Land zu sorgen. Das ist heute mehr denn je wichtig.

Ich möchte es einmal ganz kurz durchgehen, es gibt eine ganze Menge an Übereinstimmungen

auch bei diesen Anträgen. Ich würde gern den integrativen Charakter auch betonen, denn es ist zwar nicht gelungen, dass wir da einen gemeinsamen Antrag geschrieben haben, aber es gibt eine ganze Menge Ansätze, die wir durchaus teilen, beispielsweise, dass die Coroneffekte extra ausgewiesen sein müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Natürlich passiert das auch.

Wir brauchen dringend eine Fachkräftestrategie. Wir haben uns auf den Weg gemacht und mit dem Weser BildungsVerbund Gesundheit und Pflege e. V. gesprochen, aber auch mit der Hochschule, und es gibt jetzt demnächst einen Termin, damit wir sehen, wie wir das zusammenbekommen.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Denen fehlt Geld!)

Selbstverständlich tun wir das. Da war sogar die Staatssekretärin von Herrn Spahn hier anwesend, und wir haben das gemeinsam besprochen. Das wird mit dem Ressort Wissenschaft, aber auch mit dem Ressort Wirtschaft vorangetrieben werden, das wird nur nicht alles von heute auf morgen vom Himmel fallen. Das mit der Ambulantisierung, vollkommen klar, teile ich auch. Wir brauchen eine aktivere Rolle bei der Krankenhausplanung. Ob wir da immer einer Meinung sind, wird sich herausstellen, wahrscheinlich nicht, aber damit werden wir uns auseinandersetzen.

Natürlich gibt es eine Übereinstimmung bezüglich der vier Standorte, und das habe ich auch von der Opposition so wahrgenommen. Wie sie dann im Einzelnen aufgestellt sein werden, auch darüber wird es noch eine Debatte geben. Wir haben die Krankenhausdirektionen aufgestellt, aufgestockt im medizinischen, im pflegerischen und im kaufmännischen Bereich. Das war ein wichtiger Hinweis, auch das ist inzwischen passiert. Wir haben eine Geschäftsführerin eingesetzt, und ich bin sehr froh, dass wir Frau Dr. Dreizehnter haben, die eine extreme Kompetenz gerade auf diesem Gebiet vorweisen kann.

Wir brauchen auch, völlig klar, eine Ausweisung Zusatzleistungen, die die GeNo vollbringt, die aber nicht refinanziert werden. Dann können wir auch deutlich entscheiden: Brauchen wir das? Brauchen wir es nicht? Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Unterschieden, die sich durchaus auf die Medizinstrategie beziehen. Da heißt es immer, Doppelstrukturen abbauen. Da gibt es eine überstei-

gerte Erwartungshaltung in diese Richtung, das haben uns auch nicht nur interne, sondern auch externe Gutachten inzwischen bewiesen.

Die Effekte daraus sind überschaubar, das muss man aber auch dann zur Kenntnis nehmen. Natürlich bin ich für eine Kooperation von GeNo und freigemeinnützigen Kliniken, aber das ist keine Einbahnstraße. Das ist ein zweiseitiger Prozess, und da ist es an manchen Punkten dann leider auch wieder nicht so einfach, wie man sich das vorstellt. Eine zweite Differenz betrifft die Forderung, die finanzielle Unterstützung der GeNo sehr eng an das zu koppeln, was man Zielvereinbarung nennt. Das hat man ja einmal versucht, man hat es häufiger versucht, aber es hat nicht besonders gut funktioniert, das muss man einräumen.

Die bessere Strategie ist schon, dass man an die Entwicklungen und Probleme näher heran muss, und das machen wir gerade. Da beziehe ich Sie auch alle ein, und das ist auch nichts, was wir einmal eben allein schaffen können, sondern das müssen wir gemeinsam schaffen. Die Herausforderungen sind nicht gerade klein.

Die Idee, die GeNo müsse in Bezug auf die Aufsicht et cetera vom Gesundheitsressort weg zum Finanzressort verlagert werden: Liebes Lieschen, das ist doch ein Rückschritt! Wir sollten doch inzwischen verstanden haben, dass das keine gute Idee ist, sondern ganz im Gegenteil, man müsste eher darüber nachdenken, ob nicht die Beteiligung, das Beteiligungsmanagement, beim Gesundheitsressorts zusammengeführt wird. Ich weiß, darüber können wir uns sehr ausführlich streiten, aber ich finde, wir haben aus den letzten Monaten wirklich als Ergebnis herausgezogen, dass es das nicht bringt. Betriebswirtschaftliche Steuerung allein ist nicht sinnvoll.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt eine ganze Reihe von Aspekten, die auch im FDP-Antrag stehen, die ich gut finde. Die Digitalisierungsoffensive hat längst begonnen, sie reicht aber nicht aus, dass wir bei der Psychiatriereform vorankommen, ist mir persönlich wirklich ein Anliegen. Wir haben da gerade erst aktuell wieder verschiedene Schritte, die wir auch demnächst umsetzen wollen. Das ist ja nicht nur ein strukturelles, es ist zum Teil auch ein personelles Problem. Die Verwaltung an die Standorte zurückzubringen, klar, das finde ich gut. Natürlich gibt es langfristige Mietverträge, die ich da geerbt habe. Es ist eine Belastung, aber die gibt es natürlich. Ich finde das

höchst sinnvoll, und es müssen auch nicht alle aus der KFA an einem Fleck sitzen, das kann man auch diversifizieren.

Dann möchte ich noch einmal sagen, in diesem Jahr ist bisher eine ganze Menge passiert, nicht nur durch die neue Geschäftsführung. Wir haben die fachschulischen Ausbildungsplätze endlich mit allen Schulen unter ein Dach bekommen. Die MTLA-Ausbildung ist nach wie vor wieder eingesetzt worden, sie ist nicht reduziert worden, weil ich es auch für ein großes Problem hielte, wenn wir Laborausbildungen in den Zeiten abbauen, anstatt sie auszubauen. Wir haben die Controllingkräfte in den Standorten für die MDK-Abrechnungen aufgestockt, höchst sinnvoll, das ist aus meiner Sicht längst überfällig, das haben wir gemacht.

Ich möchte aber am Schluss auch noch einen Aspekt ansprechen, auch im Zusammenhang mit dem Bremen-Fonds!

Was ich nicht verstehe, auch gerade von der CDU: Warum wird denn über Jahre hinweg über die Einsparungen im Gesundheitswesen gejammert und gleichzeitig wird die Vorlage, die wir für den Bremen-Fonds eingereicht haben, in der wir ganz klar sagen, das Gesundheitswesen muss gestärkt werden mit entsprechenden personellen Ressourcen, extrem kritisiert? Ja, wie soll denn das zusammen gehen? Das finde ich maßlos inkonsistent!

Auf der anderen Seite muss ich sagen, wir können nicht einfach zu dem Punkt zurück, den wir vor der Pandemie hatten. Wir müssen pandemiefähig werden, und das wird sich nicht nur auf das Krankenhaus beziehen, sondern auch natürlich auf den ÖGD mit allem, was daran hängt. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam schaffen. Das wird zum Teil auch Standortdiskussionen geben, das wird zum Beispiel auch noch einmal die Diskussion über zusätzliche Gebäude – Stichwort Bildungsakademie, nur einmal ein Punkt! – geben. Da gibt es eine ganze Menge.

Ich wehre mich in keiner Weise gegen Strukturveränderungen, was ich aber nicht akzeptiere, sind Strukturveränderungen um der Strukturveränderungen willen. Das mache ich auf keinen Fall! Das hatten wir schon einmal, und damit möchte ich nichts mehr zu tun haben. Ich möchte, dass die Gesundheit Nord stolz ist auf das, was sie macht. Das kann sie jetzt schon, und sie muss heraus aus diesem Image nach dem Motto: Hier geht es immer nur darum, wie sieht das EBITDA am Schluss aus.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Darum geht es nicht, sondern wir brauchen ein breit aufgestelltes Gesundheitswesen, und wir sollten wirklich aus dieser Pandemie lernen. Ich hoffe, das tun wir gemeinsam, das wäre jedenfalls mein Anliegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Senatorin, auch Ihre letzte Bemerkung habe ich nach dem Motto „Ich bin für Strukturveränderungen, aber nicht um der Strukturveränderungen wegen“ als Einladung verstanden. Das haben wir nicht überhört, das nehmen wir wirklich mit. Wenn wir dann gemeinsam für Bremen und Bremerhaven, auch wenn wir hier heute in der Stadtbürgerschaft sind, zunächst eine Medizinstrategie vereinbaren und dann noch einmal nach Strukturveränderungen schauen – ich erinnere daran, seit 30 Jahren das einzige Bundesland, der einzige Stadtstaat ohne wesentliche Strukturveränderungen! –, dann haben Sie die CDU an Ihrer Seite.

Das Zweite zu Ihrer Kritik eben, die CDU sei inkonsistent – inkonsequent meinten Sie wahrscheinlich! –, wenn wir auf der einen Seite sagen, Geld ausgeben, Investitionen machen, und auf der anderen Seite unsere Kritik in der Gesundheitsdeputation hinsichtlich mehr Personalausgaben, Bremen-Fonds, Gesundheitsamt äußern: Der Hintergrund ist der Bund-Länder-Pakt, und das habe ich in der Gesundheitsdeputation auch gesagt. Wir als CDU erwarten nichts anderes als die konsequente Umsetzung. Darin steht verpflichtend, 90 Prozent des Geldes – und das ist hier in Bremen nicht umgesetzt, sondern nur etwa die Hälfte – müssen im operativen Bereich der niedrigsten Stufen der Gesundheitsämter definitiv ausgegeben werden. Das ist eine Kernvereinbarung des Bund-Länder-Pakts. Darauf bestehe ich im Namen der CDU, und auf nichts anderem! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/306 S](#), Neufassung der Drucksache [20/21 S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/42 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer [20/281 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(CDU, FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von den Berichten der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz mit den Drucksachen-Nummern [20/190 S](#) und [20/191 S](#) Kenntnis.

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Dezember 2019 (Drucksache [20/100 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung vom 18. Juni 2020 (Drucksache [20/195 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält die Abgeordnete Frau Awerwieser das Wort.

Abgeordnete Awerwieser (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stehe hier und darf zu einem Thema reden, das mit Fug und Recht eine Herzensangelegenheit meiner Kollegin Sandra Ahrens ist, nämlich Kindern die frühkindliche Bildung zu ermöglichen. Das bedeutet für uns konkret, Kindern, die nächstes Jahr die Schule besuchen, den Vorrang zu geben, wenn sie in die Kita kommen könnten. Das klingt erst einmal vollkommen normal, irgendwie hat man das Gefühl, dass jedes Kind die Kita besucht.

Doch in Bremen ist das bei Weitem nicht so. Zuletzt musste Senatorin Dr. Bogedan bei der Pressekonferenz am 25. August anlässlich des Schulbeginns einräumen, dass mindestens 1 100 Kinder keinen Kita-Platz erhalten haben. Ich glaube, man kann davon ausgehen, dass sich an dieser Zahl bisher nicht viel geändert hat. Einige werden sicher nach und nach in die fertig werdenden Neubauten vermittelt, wenn es dann genug Fachpersonal gibt.

Letztendlich muss man nüchtern feststellen, dass es Bremen seit Jahren nicht schafft, dieses große Problem, allen Kindern einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen und somit den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen, unter Kontrolle zu bekommen. Die meisten unversorgten Drei- bis Sechsjährigen gibt es in den Stadtteilen Blumenthal, Vegesack, im Westen in Hemelingen, Huchting, Kattenturm und der Vahr. In diesen Stadtteilen sind die Sprachauffälligkeiten bei den Cito-Sprachtests besonders hoch, der Anteil wirklich schulreifer Kinder ist geringer und die Kinderarmut signifikant höher als in anderen Stadtteilen.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Einher geht diese Situation häufig mit jungen Eltern, Vätern und Müttern ohne Schulabschluss oder Ausbildung. Die Anzahl der Alleinerziehenden ist in diesen Stadtteilen zudem unverhältnismäßig hoch. Auch das gehört dazu: Ohne eine verlässliche Kinderbetreuung gibt es keine Möglichkeit für die Eltern, die Schule oder die Ausbildung zu beenden, um ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen oder sich zu qualifizieren. Das wiederum intensiviert die Voraussetzungen für Armut und Kinderarmut.

Wenn es das zuständige Ressort schon nicht schafft, für alle Kinder mit Rechtsanspruch einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen, so sieht die CDU-Bürgerschaftsfraktion den dringenden Handlungsbedarf bei der Versorgung der Fünfjährigen, die trotz nachgewiesenem Sprachförderbedarf eingeschult werden. Das heißt, diese Kinder haben in der Regel weder eine Krippe noch eine Kita besucht. Es sind nicht selten Kinder, die kaum Deutsch sprechen, die ein Sozialverhalten innerhalb einer Gruppe Gleichaltriger nicht kennen und im schlimmsten Fall noch nie einen Stift oder eine Schere in der Hand gehalten haben.

Deswegen haben wir schon im Dezember 2019 diesen Antrag eingebracht, der fordert, bisher unversorgten fünfjährigen Kindern ganz gezielt einen Kita-Platz zukommen zu lassen.

(Beifall CDU)

Wir wollen diesen Fünfjährigen damit einen einigermaßen guten Start in die Grundschule ermöglichen. Das ist sicherlich nicht befriedigend, aber es wäre ein Anfang. Ende letzten Jahres, Anfang dieses Jahres wäre noch genügend Zeit gewesen, alle gesetzlichen Änderungen vorzunehmen und den regelhaften Zugang dieser Kinder für dieses jetzt

begonnene Kindergartenjahr unabhängig von der Coronapandemie zu ermöglichen. Eine Ablehnung unseres Antrages haben Sie sich vermutlich Ende letzten Jahres nicht getraut, die Probleme waren doch einfach zu offensichtlich.

Stattdessen haben Sie den Antrag in die Deputation für Kinder und Bildung überwiesen, dort geschlagene fünf Monate lang verschleppt und erst in der Mai-Sitzung fast ein bisschen lieblos verhandelt. Dem vorliegenden Bericht können wir nun entnehmen, dass Sie unseren Antrag ablehnen. Sie halten es stattdessen für ausreichend, diesen Kindern, die nachweislich mindestens Sprachförderbedarfe haben, mit lediglich drei Stunden statt der sonst üblichen 30 Stunden in der Woche ein Sprachförderangebot anzubieten.

Das ist allen Ernstes Ihr Angebot, dass Sie unversorgten fünfjährigen Kindern, die nächstes Jahr in die Schule gehen sollen, machen. Wir wollen diesen Kindern eine echte Chance geben.

(Beifall CDU)

Wir wollen ihnen wenigstens den Zugang zu einem vollen Jahr in einer Kita ermöglichen, wenigstens das. Denn eines ist klar: Kinder, die in einer Kita mit Sprachförderung sind, werden in einer maximalen Gruppenstärke von acht Kindern gefördert, während die Fünfjährigen, die nicht regulär in einer Kita sind, in Gruppen mit bis zu 14 Kindern gefördert werden. Das heißt ganz konkret: Kein Kindergartenjahr, weniger Stunden der Förderung, größerer Gruppen. Sie behandeln in der Tat Ungleiches ungleich.

Wenn man das sieht, wundert es nicht, dass der schulische Erfolg in keinem anderen Bundesland so sehr von der sozialen Herkunft abhängt wie in Bremen. Diese politischen Rahmenbedingungen beschleunigen die soziale Spaltung. Diese Rahmenbedingungen setzen Sie, meine Damen und Herren, zum Teil seit Jahrzehnten. Ich komme dann gleich noch einmal. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Krümpfer das Wort.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Averwesser, wenn Sie sagen, dass jetzt über 1 000 Kinder keinen Kitaplatz bekommen, aber im laufenden Kitajahr noch einen Platz erhalten können – nicht

alle, aber ein Großteil mit Sicherheit –, dann heißt es ja nicht, dass alle diese Kinder schon fünf Jahre alt sind und im nächsten Jahr in die Schule kommen.

Ich will damit das Problem nicht kleinreden.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Doch!)

Nein, das will ich nicht! Wir wissen auch, dass es wichtig ist, dass gerade Mädchen und Jungen in den Kitas in ihrer sozialen und emotionalen, in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung von Anfang an besonders gefördert werden, und je früher das passiert, das wissen wir auch – –. Ich weiß es ganz besonders – ich habe über 20 Jahre Erfahrung in diesem Bereich –, dass es sich auch besonders positiv auf die Kinder auswirkt.

Wir hatten im letzten Jahr, wenn ich die Zahl noch richtig in Erinnerung habe, 57 Kinder insgesamt –

(Senatorin Dr. Bogedan: 157!)

157! –, die schulpflichtig waren und keinen Platz bekommen haben. Für alle diese Kinder ist ein Angebot gemacht worden und von denen haben auch Kinder im laufenden Kitajahr noch einen Platz bekommen. Das heißt, dass eine Förderung schon möglich gewesen ist, sicherlich nicht in dem Umfang, in dem Sie es jetzt für alle Kinder fordern, die schulpflichtig sind.

Wir wissen auch, dass es zum Erlernen der deutschen Sprache besonders wichtig ist. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien, aber auch für Kinder, die Deutsch als Zweit- oder Drittsprache haben oder lernen, ist es schwierig, das wissen wir. Deswegen sind wir nach wie vor dabei, ein sehr großes Ausbauprogramm von Kitaplätzen weiter fortzuführen.

Wir werden sicherlich in der nächsten Sitzung der Deputation noch einmal erfahren, wie viele Plätze im laufenden Kitajahr geschaffen werden, aber wenn wir anfangen, das Ortsgesetz jetzt – –. Wir haben gesagt, wir wollen die Diskussion darum beginnen, und dann geht es ja nicht nur um die Kinder, die schulpflichtig sind, sondern es geht auch um Alleinerziehende, es geht um Rechtsansprüche, die alle haben, egal wie alt die Kinder sind, und es geht nicht darum, dann weitere Konkurrenzen zu schaffen.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Das ist doch keine Konkurrenz, das ist ein Anspruch!)

Wir haben im Bremischen Aufnahmeortsgesetz verschiedene Kriterien, erstens die Wohnortnähe, die Geschwisterregelung, einen bescheinigten amtlichen Förderbedarf, auch eine weltanschauliche oder religiöse Kompetenz, die Einrichtungen haben, die ja von Eltern auch gewünscht wird – auch das ist ein Kriterium –, und wir möchten nicht, dass jetzt weitere Konkurrenzen geschaffen werden.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Das stimmt nicht!)

Doch! Wir müssen schauen, nach welchen verschiedenen Kriterien die Kinder aufgenommen werden sollen. Dazu gehören auch Alleinerziehende.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Auch diese Kinder haben einen Anspruch darauf!)

Ja, alle Kinder haben ein Recht darauf, aber wir können es im Augenblick noch nicht gewährleisten, dass alle Kinder diesen Rechtsanspruch – –.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Doch!)

Wollen Sie jetzt lieber einem Alleinerziehenden, der ein vierjähriges Kind hat, sagen, es soll zu Hause bleiben, und dafür das fünfjährige – –? Die Konkurrenzen möchte ich nicht vorgeben.

(Beifall SPD)

Ich weiß aus Erfahrung, dass man im Anmeldezeitraum – und am 1. Oktober gibt es den dritten Statusbericht – dann weiß, welche Kinder in der Kita aufgenommen werden. Dann beginnt die Aufnahme oder die Anmeldung für die Grundschule, dann wissen wir, welche Kinder ganz konkret dazugehören, und dann müssen wir gemeinsam schauen, wie diese Kinder entsprechend gefördert werden können. Das kann auch mehr sein als drei Stunden.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Ja, hoffentlich!)

Da müssen wir schauen, was möglich ist.

Ich würde gern in einem zweiten Beitrag noch auf ein paar Punkte eingehen, die Frau Averwesser genannt hatte. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Dr. Eschen das Wort.

Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gäste sind heute Abend leider nicht mehr da, sonst hätte ich sie auch noch herzlich begrüßt. Wenn man an einem Zahnrad dreht, dann bewegen sich auch die anderen Zahnräder im System. Was bedeutet dann diese Vorrangigkeit von Vorschulkindern für Kitaplätze ganz konkret für das System Kindertagesbetreuung? Das müssen wir uns natürlich vor Augen halten.

Bedeutet das: Vorschulkinder statt Kindern von berufstätigen Alleinerziehenden, statt jüngerer Kinder mit Sprachförderbedarf, statt Kindern mit sozial-emotionalem Unterstützungsbedarf? Wir dürfen hier einer einzelnen Statusgruppe keinen Vorrang geben. Wir dürfen die verschiedenen Bedarfe von Kindern nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Vorrangigkeit von Vorschulkindern ist für sich allein betrachtet ehrlich gesagt vollkommen nachvollziehbar. Ich kann absolut verstehen, dass dazu hier ein Antrag kommt, denn natürlich fällt es leichter, rechnen zu lernen, schreiben zu lernen, ausschneiden zu lernen, wenn man alles das in der Kita schon spielerisch üben konnte, und es stimmt leider, dass nicht alle Familien das zu Hause leisten können. Also, meine Damen und Herren, es ist natürlich absolut notwendig, dass alle Vorschulkinder einen Kitaplatz bekommen, und ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass es absolut notwendig ist, dass alle Kinder einen Kitaplatz bekommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Am allerliebsten wäre mir, wir würden hier heute gar nicht stehen und darüber debattieren müssen, ob nun die einen Kinder oder die anderen Kinder Vorrang bei der Vergabe von Kitaplätzen bekommen. Sie können mir glauben, ich wünschte, wir könnten allen Kindern einen Kitaplatz anbieten, egal in welchem Alter sie sind, aber wir alle wissen, die Wahrheit ist: Wir können das noch nicht. Diesen Zustand zu erreichen ist unser gemeinsames Ziel. Daran wird in unserer Koalition kontinuierlich und konsequent gearbeitet, und hier hilft nur, daran zu bleiben, Fachkräfte zu gewinnen, neue Einrichtungen zu schaffen, Fachkräfte zu halten, bestehende Einrichtungen auszubauen, immer und immer weiter, bis wir wirklich endlich ein auskömmliches Angebot erreicht haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Solange dieser Zustand noch nicht erreicht ist, muss jede Änderung mit sehr großer Sorgfalt abgewogen werden, denn bisher gilt das Gleichbehandlungsprinzip, Frau Krümpfer hat die verschiedenen Dinge, die dort eine Rolle spielen, erläutert. Jede Änderung kann die Konkurrenzsituation unter verschiedenen Gruppen von Kindern verschärfen, und ich wiederhole: Wenn man an einem Zahnrad dreht, dann bewegen sich auch die anderen. Wir müssen also das Gesamtsystem betrachten.

Es ist absolut richtig, das Bremer Aufnahmeortsgesetz, das BremAOG, anzufassen und einer Überprüfung zu unterziehen. Das muss jedoch in einem sorgfältigen Prozess einer Gesetzesnovelle geschehen. Wir müssen alle Zahnräder im System genau betrachten und mögliche Änderungen in ihren Konsequenzen überprüfen. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir uns stetig dafür einsetzen, dass es mit dem BremAOG jetzt vorangeht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Den CDU-Antrag zur vorrangigen Kitaaufnahme von Vorschulkindern lehnen wir leider ab, denn er greift zu kurz und betrachtet nur einen Ausschnitt im System. Natürlich ist es aber absolut richtig und notwendig, Vorschulkindern einen bestmöglichen Start in die Schule zu ermöglichen. Um die akute Situation von Vorschulkindern ohne Kitaplatz zu verbessern, möchte ich dafür werben, übergangsweise noch mehr Förderangebote außerhalb der regulären Kitastruktur anzubieten. Hier müssen die Kapazitäten jetzt und schnell weiter ausgeweitet werden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Leonidakis das Wort.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Averwesser, Sie haben dargelegt, dass es Ihrer Kollegin Frau Ahrens, die heute leider nicht hier sein kann, um mit uns zu debattieren, eine Herzensangelegenheit sei. Seien Sie versichert, das ist nicht nur Ihre oder die Herzensangelegenheit von Frau Ahrens, sondern es ist unser aller Herzensangelegenheit,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

nicht nur der Koalition im Parlament, sondern auch der Koalition im Senat und der Senatorin persönlich, das meine ich aus Erfahrung sagen zu können. Seien Sie versichert, dass wir mit aller Kraft und mit aller Intensität daran arbeiten.

Das ist das Allerwichtigste, alle Kinder in der Stadtgemeinde Bremen mit Kindertagesbetreuungsplätzen zu versorgen und damit auch die Rechtsansprüche zu gewähren, einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit zu leisten und die Kinder und Familien zu ihrem Recht kommen zu lassen. Wir arbeiten mit aller Intensität und Kraft daran. Das ist uns allen eine Herzensangelegenheit, liebe Kollegin Averwenser.

Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir bei diesen Anstrengungen – und ich nehme den Antrag positiv zur Kenntnis – nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, liebe Kollegin Averwenser. Denn woran wir definitiv kein Interesse haben, ist eine rechtsunsichere Lösung, ist eine Lösung, die wieder Rechtsstreitigkeiten nach sich zieht, die möglicherweise vor Gericht landet. Was wir brauchen, ist ein rechtssicheres, ausgewogenes, alle Interessen berücksichtigendes Aufnahmeortsgesetz, damit wir im Aufnahmeverfahren Sicherheit haben.

Genau das ist auch unser Ziel. Wir wollen die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen, denn – meine Kollegin Frau Dr. Eschen hat das eben schon gesagt – was wir nicht erreichen könnten, wäre, dass alle älteren Kinder aufgenommen werden und stattdessen ein Kind, das zum Beispiel einen vom Jugendamt bescheinigten sozialpädagogischen Bedarf nachgewiesen hat, diesen Platz nicht bekommt.

Deswegen brauchen wir eine ausgewogene Lösung, die mehrere Faktoren berücksichtigt, zum Beispiel auch die anderweitigen Bedarfe, die bereits jetzt im Aufnahmeortsgesetz berücksichtigt sind. Was ich mir persönlich sehr gut vorstellen kann, ist, zum Beispiel die weltanschauliche Ausrichtung einer Einrichtung nicht mehr zu berücksichtigen, sondern dass die Einrichtungen alle Kinder aufnehmen, die in ihrem Umfeld wohnen. Ich kann mir auch gut vorstellen, Kinder von Alleinerziehenden als Aufnahmekriterium ins Aufnahmeortsgesetz aufzunehmen und so weiter.

Was ich sagen möchte, ist: Wir müssen eine rechtlich sichere und ausgewogene, alle Interessen berücksichtigende Lösung vorlegen. Es ist ja nicht so, dass wir nicht an dieser Frage arbeiten, aber das braucht etwas mehr als einen Antrag wie den, den

Sie heute vorgelegt haben, der in der Deputation besprochen worden ist. Was aus meiner Sicht und auch nach der Einschätzung von Juristen nicht geht, ist, dass man einzelne Kriterien für die Aufnahme in Kindertageseinrichtungen überproportional gewichtet.

Hier kommt der Gleichheitsgrundsatz ins Spiel, hier kommen rechtliche Grundsätze ins Spiel, und da müssen wir extrem vorsichtig sein, dass wir das ausgewogen und rechtssicher machen. Ihr Antrag liefert dazu nicht die richtige Grundlage. Im Ansinnen, Frau Averwenser und liebe Kollegen und Kolleginnen der CDU, sind wir uns einig: Wir wollen, dass Kinder einen guten Schulbeginn haben, und dazu ist es notwendig, dass sie auch eine Kindertageseinrichtung von innen gesehen haben.

Doch bei einer Endlichkeit der Plätze müssen wir ausgewogene Kriterien haben, wie wir diese Plätze vergeben. Da spielen wie gesagt auch andere Kriterien eine Rolle. Am Ende des Tages reden wir – das hat die Behörde gesagt – von, Stand vor dem Sommer, 67 Vorschulkindern, die keinen Kitaplatz bekommen haben. Das ist tragisch für jedes einzelne dieser Kinder und für jede einzelne Familie, die wahrscheinlich über mehrere Jahre erfolglos versucht hat, einen Kindertagesplatz zu bekommen. Das geht uns nah und das ist uns bei Weitem nicht egal.

Im Gegenteil, wir arbeiten intensiv daran, das abzumildern. Die Angebote der Sprachförderung von drei Stunden, das ist doch das, was man machen kann, denn wir können uns leider keine Einrichtung herbeizaubern, wir können uns keine Erzieherin, keinen Erzieher herbeizaubern. Das ist das, was im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten möglich ist und was gemacht wird. Ich finde es gut, dass damit kreativ umgegangen wird und Angebote für diese Kinder, die leider keinen Kindertagesplatz bekommen haben, auch ergänzende, flexible Angebote für die Sprachförderung, gemacht werden, damit der Einstieg in die Schule weicher vonstattengeht als ganz ohne Betreuung und institutionelle Anbindung.

Zufrieden, liebe Kollegin Averwenser, sind wir mit dem Status quo alle nicht. Die Frage ist, wie wir diesen Stand verbessern. Wie verbessern wir das Angebot, und zwar in der Fläche? Wie verbessern wir es, ohne dass es an anderen Stellen zu Verschlechterungen oder zu Ungleichgewichten führt? Wie verbessern wir rechtssicher? Seien Sie versichert, daran arbeiten wir. Daran arbeitet die Behörde, daran arbeitet die Senatorin und wir werden

auch weiter daran arbeiten und uns vermutlich mit einem neuen Aufnahmeortsgesetz beschäftigen. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Bergmann das Wort.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde jede einzelne Initiative unterstützen, die dazu beiträgt, dass wir dieses ermüdende Thema um die Auswirkungen fehlender Kitaplätze hinter uns lassen können.

Seit zwölf Jahren besteht inzwischen der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder über drei Jahre. Seit zwölf Jahren diskutieren wir Jahr für Jahr die vierstellige Anzahl fehlender Plätze, kleiner wird sie nicht. Schulpflichtig werdenden Kindern bei der Aufnahme in die Kita den Vorrang einzuräumen, dieser Antrag der CDU-Fraktion trägt dazu bei, Kinder in den Mittelpunkt zu rücken, die von frühkindlicher Bildung und sozialem Gruppenleben ausgeschlossen sind, oft auch vom deutschen Spracherwerb vor Schulbeginn.

Wir sagen das immer so, als ginge es um fehlende Kitaplätze. Dahinter stehen immer noch Familien und Alleinerziehende, die die Betreuungszeit dringend bräuchten, um in der Zeit ihr Familieneinkommen verdienen zu können oder sich selbst zu qualifizieren. Hinter den fehlenden Plätzen stecken Kinder mit Migrationshintergrund, die dringend eine Gemeinschaft erleben sollten, die unsere Sprache spricht. Es sind Kinder, die außer ihrem sozialen Umfeld niemanden zu Gesicht bekommt, die irgendwie untergebracht werden, die aber in keiner Bildungsgemeinschaft gehört und gesehen werden.

Auf ihre Entwicklung wird bis zum Schuleintritt kein qualifizierter Blick geworfen. Selbst wenn sie das Glück haben, bei hochkompetenten und auch gutwilligen Eltern aufzuwachsen, fehlt ihnen die entwicklungsbedingt notwendige Erfahrung sozialer Gemeinschaft außerhalb des Familiensystems. Die Bildungslaufbahn holpert schon, bevor sie losgeht.

Zur professionalisierten frühkindlichen Bildung gehören die Beobachtung des Entwicklungsstandes und natürlich auch Elterngespräche, die Hinweise zu Förderbedarfen und Eltern Hilfen geben und manchmal einfach nur positive Entwicklungen

durch Zuspruch und Ermutigung stärken. Das tut gut, gibt Orientierung und hilft manchen Eltern so viel. Wir Freien Demokraten möchten, dass der Blick ganz bewusst auf diese sogenannten unversorgten Kinder gelenkt wird, und zwar ein professioneller.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, für eine Stadt, die sich in regelmäßigem Abstand hinter den UN-Kinderrechtskonventionen versammelt, ist das ein Armutszeugnis. Der vorliegende Bericht, liebe Frau Strunge, ist mir zu dünn. Zugespitzt zusammengefasst heißt das eigentlich: Die genaue Zahl kennen wir nicht, einen Kitaplatz haben wir nicht, und nun sollen die sich alle einmal nicht so anstellen, sie bekommen doch drei Stunden Sprachbegleitung, das wird schon.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Das hat keiner gesagt!)

Ach ja, die Aufnahmeordnung: Nein, die konnten wir bis jetzt nicht ändern. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Als FDP-Fraktion fordern wir hier unterschiedenes, schnelles, engagiertes Handeln!

(Beifall FDP)

Dass die Zeit für eine Änderung der Aufnahmeordnung so kurzfristig gewesen sei, das lasse ich nicht gelten. Das Problem, das Frau Ahrens mit ihrem Antrag dankenswerterweise angesprochen hat, besteht ja seit Jahren! Es gab also viele Jahre Zeit, für die Kinder eine Lösung zu finden, die bis zu ihrem Schuleintritt von der Gemeinschaft ausgeschlossen sind. Mir fällt es schwer, die Hilfskonstruktion der Unterstützung zu loben. Drei Stunden Sprachförderung in der Woche sind nichts, wenn man Deutsch nicht als Umgebungssprache hat.

Sprachen lernen geschieht – und das wissen wir alle, die wir Fremdsprachen gelernt haben – in der Auseinandersetzung mit anderen, wenn man die Chance und die Notwendigkeit hat, sie nutzen zu können und zu müssen. Eine dreistündige Sprachförderung ist, seien wir ehrlich, nicht mehr als ein symbolisches Pflaster auf der Bildungsbiografie dieser Kinder.

Ich sehne den Tag herbei – und damit möchte ich erst einmal enden –, an dem wir endlich über die inhaltliche Ausrichtung streiten, über die Akzente in frühkindlicher Bildung, die wir setzen wollen, über die Verbesserung von Bildungsqualität im

frühkindlichen Bereich und nicht mehr diese fehlenden Plätze den Raum für die wirklich wichtigen Debatten nehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Averwenser das Wort.

Abgeordnete Averwenser (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist hier ganz schön frustrierend, und es macht mir Angst, wenn ich höre, dass Sie, Frau Dr. Eschen, gerade Sie, dafür plädieren, die Förderanzahl und -stunden auch auszubauen, also überhaupt diese dreistündigen Förderbereiche auszubauen, ohne einen Zeitrahmen zu nennen. Zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Leonidakis, zu sagen, wir wollen einmal sehen, wann wir diese Novelle einmal anfassen, das ist wirklich frustrierend und das macht mir Angst.

Am Ende des Berichts steht ja auch noch: „Das Anliegen der bevorzugten Aufnahme für fünfjährige Kinder soll im Rahmen der anstehenden Novelle mit aufgegriffen werden.“ Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie alle wissen, in welcher Situation diese wirklich wenigen Kinder tatsächlich stecken und was auf sie zukommt,

(Beifall CDU, FDP)

wenn sie nicht die Unterstützung bekommen, die sie aufgrund ihres Sprachförderbedarfs dann auch tatsächlich benötigen. Schlimmer noch: Vertreter von DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen haben schon vor einiger Zeit signalisiert, dass sie diese Situation ebenso unbefriedigend finden wie wir. Das haben Sie ja Gott sei Dank gesagt.

(Beifall CDU)

Ich zitiere da Frau Leonidakis, die Co-Vorsitzende von DIE LINKE, in der damaligen Debatte: „Auf das Thema sind wir nicht nur Ihretwegen gekommen, sondern es war meine Kollegin Frau Dr. Eschen, die die Zahlen abgefragt hat. Deswegen sind wir uns an dieser Stelle einig und greifen diesen konstruktiven Vorschlag gern auf, der jetzt nicht nur von Ihnen initiiert wird.“ Das scheint hier besonders wichtig zu sein. Zusammengefasst heißt das aber mit dem Blick auf die aktuelle Situation: DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sind sich einig, tun aber nichts, also muss die SPD dagegen sein. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren,

dass hier auf dem Rücken der unversorgten Fünfjährigen und deren Zukunft ein koalitionsinterner Streit ausgesessen wird.

Es gibt noch weitere Punkte, bei denen man sich nicht einig zu sein scheint. Anstatt klare Verhältnisse für alle Beteiligten zu schaffen, berichtet Frau Senatorin Dr. Bogedan in der Pressekonferenz vom 25. August, dass sie die Träger angewiesen habe, Kinder, die kurz vor der Einschulung stünden, vorrangig aufzunehmen. Das wäre alles in der Bürgerschaft diskutiert und hierfür gebe es eine breite Zustimmung. Ja, schön wäre es doch! Sie wollen unseren Antrag doch ablehnen, ja, nicht einmal eine temporäre Anpassung des Bremischen Aufnahmeortgesetzes wollten Sie zulassen! Das wäre problemlos gegangen und das wäre auch rechtlich in Ordnung gewesen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Frau Dr. Bogdan auch nur in Bezug auf die kommunalen Träger in Bremen weisungsbefugt ist – das ist Kita Bremen –, und was die übrigen Träger betrifft, muss man sich hinten anstellen und bitten.

(Beifall CDU, FDP)

Man kann also einfach zusammenfassen: Erstens, Rot-Grün-Rot ist weiterhin nicht in der Lage, genügend Kitaplätze in Quartieren mit multiplen Herausforderungen zu schaffen, und zweitens, das Problem mit den unversorgten Fünfjährigen ist nach wie vor akut und Sie wissen es alle. Obwohl Sie es wissen, sind Sie scheinbar gemeinsam weder willens noch in der Lage, politisch so verantwortlich zu handeln, dass wenigstens die drängendsten Probleme gelöst werden.

Ich fordere Sie daher heute trotzdem noch einmal auf: Helfen Sie den unversorgten Kindern – es sind ja nicht viele, das haben Sie selbst festgestellt, und Sie sehen alle den Bedarf –, und tun Sie nicht so, als seien Sie mit dem Tropfen auf dem heißen Stein von drei Stunden wöchentlich zufrieden, oder überlegen, ob man es zeitlich ein bisschen ausbauen könnte. Lassen Sie die Kinder und ihre Eltern nicht zu Bittstellern bei den Trägern werden! Klären Sie diese Situation, schaffen Sie schnell für diese unversorgten Fünfjährigen den rechtsverbindlichen Zugang für reguläre Kindergartenplätze und stimmen Sie unserem Antrag einfach zu! – Danke!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Krümpfer das Wort.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen sagen, wir haben bezogen auf das BremAOG, das bremische Aufnahmeortsgesetz, überhaupt gar keinen Streit mit der Fraktion DIE LINKE und auch nicht mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen! Wir sind sehr konstruktiv in Gesprächen und werden

(Zuruf CDU)

in nächster Zeit das Aufnahmeortsgesetz überprüfen, um gemeinsam einen Vorschlag zu entwickeln, den wir hier zusammen diskutieren können. Ich finde es unverschämt, zu behaupten, uns als Koalition wären die Fünfjährigen egal, nur weil wir nicht Ihrem Antrag folgen. Wir folgen nicht sofort, weil wir sagen, wir wollen nicht die eine Gruppe gegen die andere aufhetzen und diese Konkurrenzen einfach festlegen.

(Beifall SPD)

Das wollen wir nicht. Wir wollen nicht Kinder mit Förderbedarf anders behandeln als Kinder, die schulpflichtig sind, als Kinder von Alleinerziehenden. Wir möchten natürlich gern, dass alle Kinder einen Platz bekommen, und daran wird auch weiter intensiv gearbeitet. Falls Sie das in der Stadt mitbekommen: Die Baumaschinen laufen ohne Unterlass. Es geht nicht schneller. Wir haben in Bremen, nicht nur in Bremen, auch in der Bundesrepublik, unerwartet viele Kinder im Zuwachs. Wir sind auch nicht das einzige Bundesland, das den Rechtsanspruch für alle Kinder nicht erfüllen kann. Es ist keine besondere Situation nur für Bremen, das gilt in der ganzen Bundesrepublik.

(Zuruf Abgeordnete Averwesser [CDU])

Das habe ich nicht verstanden.

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Wir diskutieren aber über Bremen!)

Ja, natürlich, aber Sie tun so, als wenn wir die Einzigen wären, die das nicht schaffen.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Nein, aber die haben es am nötigsten!)

Alle Kinder haben es gleichermaßen nötig. So sehe ich das. Ich finde, wir müssen einfach schauen, dass wir auch Angebote – –. Ich stimme Ihnen zu, drei Stunden finde ich auch wenig. Ich bin auch der Meinung, Kinder brauchen mehr, aber da kann

man schauen, dass auch andere Angebote, die im Bewegungsbereich, die im kognitiven Bereich – –, das muss nicht zwingend eine Gruppe im Rahmen der Frühförderung sein, sondern ich glaube, man kann Träger kreativ dazu bewegen, noch andere Angebote zu schaffen.

Wir haben teilweise auch schon einmal am Nachmittag Angebote vorgehalten, damit Kinder eine zusätzliche Möglichkeit haben. Auch da muss man schauen, das ist im Augenblick aufgrund der Pandemie natürlich sehr schwierig. Ich glaube, dass Möglichkeiten bestehen, Kinder nachmittags noch mit in die Betreuung aufzunehmen, dass mehr als 3 Stunden in der Woche machbar sind. Wir lehnen Ihren Antrag weiterhin, so wie wir das schon in der Deputation gemacht haben, ab und werden dabei bleiben. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Leonidakis das Wort.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Averwesser, Ihr Redebeitrag hat mich dazu verleitet, mich doch noch einmal zu melden. Sie sprachen von Angst,

(Abgeordnete Averwesser [CDU]: Ja!)

Angst davor, dass wir ja wüssten, was für Folgen der Platzmangel hat.

Ehrlich gesagt, ich fände es beängstigend, wenn wir nicht wüssten, was die Folgen unserer Politik und was die Folgen in dieser Stadt sind. Das würde mich beängstigen, denn natürlich ist es unsere Aufgabe als Regierungsfractionen, als Koalition, die Augen nicht davor zu verschließen, welche Folgen der Platzmangel in der Stadtgemeinde Bremen hat und was das auch für Folgen für die Bildungsgerechtigkeit hat. Das fände ich wahrlich beängstigend, wenn wir das nicht wüssten, was das für die Kinder in unserer Stadt bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber hinaus glaube ich, dass Angst ehrlich gesagt ein schlechter Ratgeber ist, um Politik mit Hand und Fuß zu machen. Sie haben letztes Jahr im Dezember einen Antrag vorgelegt, der sozusagen kurz vor Beginn des Aufnahmeverfahrens für

die Kindertagesstätten in der Stadtgemeinde Bremen kam, das nämlich im Januar beginnt. Sie schreiben, es soll ein Recht geben, sicher vorrangig aufgenommen zu werden. Was die Vorrangigkeit betrifft, habe ich eben schon gesagt, das berührt den Gleichheitsgrundsatz, und da braucht man eine Lösung, die rechtlich ausgewogen und gründlich geprüft ist.

Wie Sie sich vorstellen, dass man zwischen dem 10. Dezember und dem 1. Januar eine gerichtsfeste rechtliche Prüfung dieser Aufnahme hinbekommt, das steht in den Sternen. Ich glaube, wir stehen dafür als Koalition, dass wir gerade nicht erneute rechtliche Verfahren vor dem Verwaltungsgericht oder vor dem Oberverwaltungsgericht haben, sondern dass wir eine Lösung, die rechtlich haltbar ist, die gerichtsfest ist, die rechtlich fundiert geprüft ist und die den Belangen der Kinder in dieser Stadtgemeinde ausgewogen Rechnung trägt, finden.

Das ist aus meiner Sicht der richtige Ratgeber und die richtige Leitschnur und keine Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau das haben wir vor, und genau das werden wir tun. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Bergmann das Wort.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass das nicht verständlich ist, dass es vordringlich ist, dass man direkt in dem Jahr, bevor man in die Schule kommt, die Sprache lernen muss, das kann ich nicht nachvollziehen, wenn man das nicht versteht. Ich wollte aber noch etwas anderes sagen.

Wir Freien Demokraten fordern

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Ich verstehe nicht, dass man nicht versteht, was wir nicht verstanden haben!)

von der Koalition angesichts der aktuellen Engpässe endlich entschiedenes Handeln,

(Beifall FDP)

und zwar jenseits verbaler Bekundungen im Parlament.

Im Oktober 2019 kündigen Sie an, dass ab November 2019 eine Senatskommission für den Schul-

und Kita-Ausbau die Arbeit aufnimmt, um, wie es in Ihrer Erklärung heißt, Arbeitsabläufe zu verkürzen und den Schulausbau zu beschleunigen. Nun, fast ein Jahr später, frage ich Sie, welche Projekte tatsächlich beschleunigt wurden. Bremen muss kurzfristig 18 Schulen und 40 Kitas neu bauen. Von den Renovierungs- und Sanierungsarbeiten an mehr als 70 Schulstandorten reden wir dabei noch gar nicht.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Was wollen Sie denn jetzt sagen?)

Fälle zum Beispiel in Blumenthal und Walle zeigen, dass es an Transparenz und proaktiver Unterstützung von Investoren und Trägern fehlt. Die Stadt baut selbst kaum noch Kitas, kann sich also bei anhaltendem starkem Mangel diesen Umgang mit anderen gar nicht mehr leisten. Worin die Beschleunigungsfunktion der Senatskommission besteht, wenn Kita-Projekte über drei Jahre nicht vorankommen, das müssen Sie mir noch einmal ganz genau erklären.

Für den Hof Kaemena zum Beispiel ist ein herausragendes Projekt geplant, eine innovative Kombination aus Seniorenheim und Kinderbetreuung. Voran geht es aber nicht, und das seit bald drei Jahren. In ihrer Not wendet sich Ilse Wehrmann an unsere Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die übrigens selbst Mitglied in der Senatskommission zur Beschleunigung der Kita-Bauprojekte ist. Sie bittet im Juli, wieder einmal, um Hilfe, macht Druck. Schade, dass das immer wieder nötig ist, damit die Dinge in Bewegung kommen. Das muss doch nicht sein.

Ist das wirklich ihre Form von Beschleunigung? Für mich klingt es jedes Mal wieder nach Vollbremsung, wenn ich diese Geschichten höre. Als Fraktion der FDP wollen wir immer noch, dass Bremen bekannt für eine Willkommenskultur gegenüber Kitas ist. Dass freie Träger geduldet und nicht unterstützt werden, widerspricht unserer Erwartung an Vielfalt in der Betreuungslandschaft. Wir werden die weitere Entwicklung kritisch beobachten und einer Engführung von Angeboten jederzeit widersprechen.

Lassen Sie mich zum Ende noch einmal betonen, was ich in meinem ersten Beitrag schon festgehalten habe: Wann immer Sie im Bildungsbereich Projekte verzögern, warten nicht einfach nur Akten auf Bearbeitung. Hinter jeder Akte stehen Bremer Familien, die auf einen Betreuungsplatz warten,

stehen Kinder, denen wir dringend den Zugang zu Bildung eröffnen müssen. Die Entwicklung von Kindern orientiert sich nicht am langsamen Gang von Verwaltung und Gremienarbeit.

Kinder kommen und Kindheit findet einfach statt, und zwar genau einmal. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat Frau Senatorin Dr. Bogedan das Wort.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat ist es so, dass wir die Frage nach fehlenden Kitaplätzen hier in dieser Runde nicht zum ersten Mal debattieren, und auch ich würde mir wünschen, dass wir diese Frage hier nicht weiter erörtern müssten.

Allerdings ist der vorliegende Antrag ja mit einem Lösungsvorschlag versehen, wir haben ihn hier schon einmal bei der Einbringung diskutiert. Wir haben daraufhin in der Deputation aus meiner Sicht eine sehr ehrliche und auch sachliche Diskussion darüber geführt, dass das Abwägen in einer Situation, in der es um die Frage der Verwaltung einer Notlage geht, nämlich nicht eines gewünschten Zustandes, nun einmal nicht so einfach zu bewerkstelligen ist.

Ich finde, die Beiträge von Petra Krümpfer, von Solveig Eschen und von Sophia Leonidakis haben genau das deutlich gemacht, dass wir uns dieses Abwägen nicht leicht machen. Das hat nichts damit zu tun, dass hier der Eindruck eines absoluten Nichthandelns, eines Verweigerns der Realität oder gar Verschwörungstheorien über irgendwelche Koalitionsstreitigkeiten herbeigeredet werden, sondern es geht darum, dass eine faktenorientierte Diskussion nun einmal zur Kenntnis nehmen muss, dass das, was wir auch der Deputation sachlich berichtet haben, sehr deutlich macht, dass niemand die Hände in den Schoß legt, dass wir alle damit befasst sind, gute Lösungen zu finden, um diesen Kindern ein Angebot zu machen.

Wenn wir über Fakten reden, dann müssen wir nun einmal zur Kenntnis nehmen, dass es im Gegenteil zu dem, was Frau Bergmann gerade sagte, nicht so ist, dass wir seit Jahren verweigern, Kitaplätze zu schaffen oder uns gar nicht mit anderen Trägern zusammentun, damit diese Plätze entstehen können. Im Gegenteil, 4 600 Plätze sind in den letzten

fünf Jahren geschaffen worden. Das sind 20 Prozent des gesamten Kitaplatzvolumens in der Stadtgemeinde Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ein Fünftel Wachstum, zeigen Sie mir einmal, wo das sonst noch geschafft wurde!

Zweitens haben wir in der Deputation in schriftlicher Form vorgelegt, dass die unversorgten Kinder aus dem Januar, die zur Schule angemeldet worden oder im schulpflichtigen Alter sind, nicht mehr die gleichen sind wie im August. Es ist Mobilität darin. Das Bild, das hier gerade beschworen worden ist, ist nun einmal genau nicht so, dass ein Kind, das zum Anmeldezeitpunkt keinen Kitaplatz hat, auf Gedeih und Verderb dem ausgeliefert ist, über die nächsten Jahre auch keinen Kitaplatz zu bekommen.

Was uns vielmehr in den letzten Jahren gelungen ist, ist, über eine zentrale Vermittlung, die wir aktiv in meiner Behörde geschaffen haben, mehr Kindern Zugang zu Kitaplätzen zu ermöglichen. Auch wenn wir nach wie vor ein hohes Niveau an unversorgten Kindern haben, so sind es nicht immer die gleichen Kinder, die keinen Kitaplatz haben, sondern wir schaffen es, eine hohe Quote an Kindern zu vermitteln. So sind von den 157 Kindern, die im Januar 2020 angemeldet waren, 90 Kinder auf Plätze vermittelt worden. Das heißt, diese Kinder haben einen originären Kitaplatz bekommen, nicht nur die drei Stunden Förderung, wie hier die ganze Zeit suggeriert worden ist, als ob wir diese Kinder alle nur mit drei Stunden Förderung abspesen würden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In der Tat, wir reden deshalb dann nach wie vor nur noch über eine im Verhältnis quantitativ sehr kleine Gruppe. Trotzdem bleibt es dabei, dass bei der Vergabe von Kitaplätzen unter den Bedingungen des Mangels, den wir leider noch haben, sorgfältig abgewogen werden muss, welche Kinder tatsächlich einen Vorrang in der hier im Antrag geforderten Form erhalten sollen. Dass Sprachförderbedarfe sicherlich ein Grund sind, einen Vorrang zu erhalten, ist unstrittig. Dann würde der Vorrang aber nicht pauschal für Kinder, die im Vorschulalter sind, gelten.

Wir haben mehrfach darüber gesprochen, dass man den Weg einer sorgfältigen Abwägung nur im Rahmen der Befassung mit dem Gesetz gehen

kann. Sie sehen es uns oder mir oder meiner Behörde, meinen Kolleginnen und Kollegen, womöglich auch nach, dass es in den letzten Monaten an bestimmten Punkten nicht möglich war, politische Projekte wie zum Beispiel eine Reform eines bremischen Aufnahmeortsgesetzes in der Form voranzutreiben, wie wir uns das womöglich im Januar oder Februar oder im Dezember letzten Jahres, als wir hier diskutiert haben, noch vorgestellt hatten.

Es ist aber auch der Verdienst genau dieser Behörde, dass es gelungen ist, dass wir bereits heute 85 Prozent aller Kinder bei städtischen Kitaträgern wieder einen Kitaplatz im regulären Betreuungsumfang anbieten können, und das trotz Corona. Das heißt doch, dass alles Bestreben bei uns nicht darauf ausgerichtet ist, Probleme zu verdrängen, sondern aktiv anzugehen und allen Kindern einen fairen Zugang zu Bildungschancen zu geben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb muss doch unser Beitrag, unser gemeinsames Ziel weiter darin liegen, dass wir dafür streiten, dass diese politische Priorität, nämlich Kitaplätze für alle Kinder zu schaffen, weiter im Zentrum bleibt und dass wir dann auf der Basis einer guten Kitaplatzversorgung tatsächlich nur noch darüber sprechen müssen, welche guten Bildungsangebote wir welchen Kindern am besten zuteilwerden lassen, so wie wir es uns ganz am Beginn gewünscht hätten, als wir über die Schaffung eines Bildungsrahmenplanes gesprochen haben und gesagt haben, dass das unser Ziel ist.

Durchgängige Bildung für alle von null bis zehn Jahren, das ist unser Ziel, und das kann natürlich nur gelingen, wenn wir ausreichende Plätze haben, um einen gelingenden Übergang zu gestalten. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/100 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung mit der Drucksachen-Nummer [20/195 S](#) Kenntnis.

Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A 27 Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2020 (Drucksache [20/285 S](#))

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass der Abgeordnete Weiss wegen eines möglichen Mitwirkungsverbots gemäß § 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 145 der Landesverfassung den Sitzungssaal für diesen Tagesordnungspunkt verlassen hat.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2487 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan entsprechend.

(Einstimmig)

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 167. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)
Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/297 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir für heute am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich für Ihr frohes Schaffen hier und wünsche Ihnen einen schönen Abend! Wir sehen uns morgen alle in alter Frische wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18:55 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 15. September 2020

Anfrage 10: Wie kann die persönliche Beratung im Jobcenter wieder gewährleistet werden? Anfrage der Abgeordneten Frau Pfeiffer, Güngör und Fraktion der SPD vom 28. Juli 2020

Wir fragen den Senat:

Frage 1.: Wie bewertet der Senat, dass das Jobcenter seit März dieses Jahres für Arbeitssuchende nur in Ausnahmefällen eine Beratung im Rahmen von persönlichen Terminen und Sprechzeiten anbietet?

Frage 2.: Welche Maßnahmen sind in den Augen des Senats erforderlich, um diesen Zustand aufzufangen oder zu beenden, insbesondere im Hinblick auf die Menschen, die zum Beispiel aufgrund fehlender technischer Ausstattung oder aufgrund von Sprach- oder Kommunikationsbarrieren effektiv schlechter betreut und beraten werden, und im Hinblick auf den noch nicht abzusehenden weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie?

Frage 3.: Sieht der Senat die Gefahr einer langfristigen strukturellen Verschlechterung der persönlichen Beratung und welche Maßnahmen hält er für geeignet, um diese zu verhindern?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat hält die Ermöglichung persönlicher Vorortgespräche im Jobcenter Bremen für erforderlich, weil persönliche Kontakte für die Beratung der Kundinnen und Kunden in vielen Fällen unverzichtbar sind. Bremen hat sich daher frühzeitig im Rahmen der gemeinsamen Empfehlung des Bund-Länder-Ausschusses nach SGB II „Schrittweise Erweiterung des Publikumsverkehrs in den Jobcentern“ aktiv dafür eingesetzt, dass eine möglichst schnelle Rückkehr zum Regelbetrieb unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes der Kundinnen und Kunden sowie der Beschäftigten des Jobcenters ermöglicht werden kann.

Auch wenn in der Hochphase der Pandemie in den Monaten März bis Mai 2020 zunächst alle

persönlichen Vorortgespräche ausgesetzt werden mussten, war das Jobcenter über schriftliche, telefonische und Online-Kontakte gut erreichbar. Diese Zugangswege wurden von der überwiegenden Zahl der Kundinnen und Kunden gut angenommen und rege genutzt.

Dazu trug auch die erhebliche Ausweitung der telefonischen Erreichbarkeit bei. Telefonisch war und ist das Jobcenter montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr über zwei Service-Rufnummern erreichbar. Nachrichten auf der eingerichteten Voicebox werden spätestens am nächsten Tag beantwortet. Können Anliegen schriftlich, telefonisch oder online nicht gelöst werden, wird nach Auskunft des Jobcenters in Notfällen spätestens am folgenden Tag ein persönlicher Termin vergeben. Für andere Anliegen wird innerhalb von drei Tagen ein persönlicher Termin vereinbart.

Hierzu wurden im Juni in allen Geschäftsstellen des Jobcenter Bremen spezielle Servicebüros eingerichtet, die den Gesundheitsschutz bei persönlichen Gesprächen sicherstellen. Verteilt auf alle acht Liegenschaften des Jobcenters Bremen sind insgesamt 34 Servicebüros geplant. Aktuell sind 22 Servicebüros soweit ausgestattet beziehungsweise umgebaut, dass darin persönliche Termine für Notfallkundinnen und -kunden entsprechend der Hygienevorgaben und Abstandsregelungen stattfinden können. Für die übrigen zwölf Servicebüros fehlen vor allem noch die Hygieneschutzwände.

Zurzeit werden auch die regulären Büros der Integrationsfachkräfte entsprechend ausgestattet, um persönliche Gespräche vor Ort wieder in deutlich steigender Zahl zu führen. Umzurüsten sind sämtliche Büros der Integrationsfachkräfte, aber auch Doppelbüros der Leistungsgewährung sowie Empfangsbereiche und Tresen in den Eingangszonen. Hierzu müssen rund 430 Hygieneschutzwände unterschiedlichster Bauart beschafft und montiert werden. Dieser Umrüstungsprozess wird aller Voraussicht nach bis Ende September andauern.

Zu Frage 2: Neben den bisher eingerichteten Servicebüros ist der Umbau weiterer Räumlichkeiten zügig voranzutreiben. Der Senat sieht die Gefahr, dass vor allem bei Kundinnen und Kunden mit besonderem Unterstützungsbedarf Integrationsrückschritte drohen. Zu diesen Zielgruppen gehören unter anderem Kundinnen und

Kunden mit Sprachproblemen, Personen, die über keinen Zugang zu digitalen Geräten verfügen, und Leistungsbeziehende in besonders schwierigen Lebensverhältnissen. Diese Zielgruppen sind nach Auffassung des Senats mit Priorität zu Vorortgesprächen einzuladen.

Zu Frage 3: Der Senat sieht keine unmittelbare Gefahr einer langfristig strukturellen Verschlechterung der persönlichen Beratung. Er befürwortet vielmehr grundsätzlich den Ausbau der digitalen Kommunikationswege, um den Bearbeitungsaufwand zu reduzieren. Können mehr Anliegen telefonisch oder online geklärt werden, gewinnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zeit, um verstärkt Kundinnen und Kunden, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf aufweisen, persönlich zu beraten.

Die persönliche Vorortberatung bleibt jedoch weiterhin unverzichtbar und ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit im Jobcenter.

Anfrage 11: Kinderschutzambulanz und neues Kinderkrankenhaus
Anfrage der Abgeordneten Frau Görgü-Philipp, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 2020

Wir fragen den Senat:

Frage 1: Wann wird nach aktuellem Planungsstand das neue Kinderkrankenhaus am Klinikum Bremen-Mitte seinen Betrieb aufnehmen?

Frage 2: Wird im neuen Kinderkrankenhaus auch eine Kinderschutzambulanz angeboten werden, die Kinder und Jugendliche bei Verdacht auf Kindesmisshandlung, Vernachlässigung oder Missbrauch gegebenenfalls auch anonym untersucht, Verletzungen dokumentiert und Beweismittel und Spuren einer Misshandlung sichert?

Frage 3: An welche Stellen in Bremen können sich Fachkräfte aus Jugendhilfe, Schule, Kindergarten, Arzt- und Therapiepraxen derzeit wenden, wenn diese bei einem Kind Hinweise auf Missbrauch oder Gewalt vermuten?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die GeNo geht davon aus, dass das neue Kinderkrankenhaus „Prof. Hess“ am Klinikum Bremen-Mitte ab Dezember 2020 schrittweise den Krankenhausbetrieb aufnehmen wird.

Im ersten Schritt wird die Kinderklinik des Klinikums Links der Weser in das neue Kinderkrankenhaus einziehen. Anfang 2021 werden dann die Kinderklinik und die Kinderchirurgie des Klinikums Bremen-Mitte den Neubau beziehen.

Zu Frage 2: Eine medizinische Kinderschutzambulanz wird es auch im neuen Kinderkrankenhaus „Prof. Hess“ mit eigenen Räumen geben. Sie wird die entsprechenden Angebote, wie Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen bei Verdacht auf Kindesmisshandlung, Vernachlässigung oder Missbrauch, Dokumentation von Verletzungen sowie Sicherung von Beweismitteln und Spuren einer Misshandlung, vorhalten.

Die GeNo hat derzeit an den drei Standorten mit Kinderklinik – Klinikum Bremen-Mitte, Klinikum Links der Weser und Klinikum Bremen-Nord – speziell ausgebildete und zertifizierte Ärztinnen und Ärzte, die auch in Zusammenarbeit mit der Rechtsmedizin Beweismittel sichern können. Eine anonyme Untersuchung ist von Gesetzes wegen erst ab dem 16. Lebensjahr möglich. Kommen jüngere Kinder alleine in die Klinik, wird immer ein Erziehungsberechtigter oder das Jugendamt hinzugezogen.

Zu Frage 3: Der Senat fördert verschiedene Beratungsstellen, an die sich Fachkräfte sowie Bürgerinnen und Bürger, die bei Kindern und Jugendlichen Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen vermuten, und Kinder und Jugendliche selbst zur Beratung wenden können. In den Zuständigkeitsbereich der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fallen Fachberatungsstellen wie das Bremer JungenBüro, Schattenriss, das Mädchenhaus und das Kinderschutzzentrum. Das Bremer JungenBüro berät junge Männer bis 27 Jahre, die Opfer von Gewalt geworden sind. Der Träger Schattenriss betreibt in der Stadtgemeinde Bremen eine Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen. Das Mädchenhaus Bremen betreibt eine Beratungs- und Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen bis 23 Jahre; das Kinderschutzzentrum eine Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und deren Angehörige, die Gewalt oder Vernachlässigung ausgesetzt waren beziehungsweise sind, sowie ein Kinder- und Jugendtelefon.

Daneben verfügen die Träger der freien Jugendhilfe über Mitarbeitende, die Qualifizierungen als insoweit erfahrene Fachkräfte abgeschlossen

haben und trägerintern ebenfalls im Vorfeld einer Kindeswohlgefährdungsmeldung beraten.

Zur Verbesserung der Versorgung der von häuslicher Gewalt betroffenen Kinder und Jugendlichen in Bremen wird von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport derzeit eine „aufsuchende Fachberatungsstelle für von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen die eigene Person betroffene Kinder und Jugendliche“ aufgebaut, die unter anderem die Beratung von Fachkräften im Bereich häusliche Gewalt und Kinder verstärken wird.

Für Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich gibt es zudem mit der vom Bundesfamilienministerium initiierten medizinischen Kinderschutzhotline ein rund um die Uhr betriebenes telefonisches Beratungsinstrument bei Verdachtsfällen auf Missbrauch oder Gewalt. Zudem steht für akute Krisen rund um die Uhr der Kinder- und Jugendnotdienst zur Verfügung, der vom Jugendamt Bremen organisiert wird.

Ein weiteres zentrales Angebot ist die KinderSchutzGruppe Bremen, die die Bremer Kinderkliniken 2010 gegründet haben. Die KinderSchutzGruppe ist an allen vier Krankenhäusern der Gesundheit Nord vertreten und mit Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften, Sozialarbeitern und Psychologen besetzt. Sie ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Kinderschutz in der Medizin. Zusätzlich gibt es noch eine erweiterte KinderSchutzGruppe mit Vertretern aus über 20 Bereichen, wie Gesundheit, Jugendhilfe, Polizei, Familiengericht und Beratungsstellen, die sich regelmäßig trifft.

Auch die in Frage 2 benannten Kinderschutzambulanzen der Kliniken Links der Weser und Bremen-Mitte, die perspektivisch im neuen Kinderkrankhaus „Prof. Hess“ zusammengeführt werden, stellen eine zentrale Anlaufstelle für die Bereiche Gesundheit, Jugendhilfe, Bildung und Justiz sowie für Privatpersonen dar, wenn bei einem Kind oder Jugendlichen Hinweise auf Missbrauch oder Gewalt vorliegen.

Anfrage 12: Bauarbeiten und damit einhergehende Verkehrsprobleme rund um den Schwachhauser Ring

Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Frau Schiemann, Güngör und Fraktion der SPD vom 18. August 2020

Wir fragen den Senat:

Frage 1: Wann wird es eine informative und eindeutige Ausschilderung von Ausweichstrecken anlässlich der verkehrsbeeinträchtigenden Baumaßnahmen am Schwachhauser Ring geben?

Frage 2: Wie stellt der Senat sicher, dass der Ausweichverkehr durch die Nebenstraßen, insbesondere durch die Emmastraße, die Geschwindigkeitsregelungen respektiert, und sind dafür zusätzliche verkehrsberuhigende Maßnahmen wie zum Beispiel Schwellen geplant, und – falls ja – wann werden diese realisiert?

Frage 3: Hält der Senat die baustellenbedingte Linienführung der Buslinie 22 für angemessen und – falls nein – kann sich der Senat eine mehr an den Fahrgastbedürfnissen orientierte Alternativstrecke, gegebenenfalls mit kleineren Fahrzeugen, vorstellen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die hanseWasser baut im Schwachhauser Ring zwischen der Schwachhauser Heerstraße und der H.-H.-Meier-Allee einen zusätzlichen Abwassersammler. Hierfür wird der Bereich in Abschnitten teilweise voll gesperrt.

Die Hinweistafeln für die Maßnahme wurden am 27. Juli 2020 aufgestellt. Die Anwohnerinformationen wurden durch hanseWasser am 13. und 14. Juli 2020 verteilt.

Der Verkehr wird in beiden Fahrtrichtungen großräumig über die Schwachhauser Heerstraße, Hollerallee und Parkallee sowie im Quartier über die Wachmannstraße und Hartwigstraße umgeleitet. Mittels großformatiger Hinweistafeln an den Standorten Parkallee, Kirchbachstraße, Schwachhauser Heerstraße, H.-H.-Meier-Allee, Wachmannstraße sowie Schubertstraße und einer fortlaufenden Umleitungsbeschilderung ist die eingerichtete Umleitung eindeutig ausgewiesen.

Zu Frage 2: Verkehrsbeschränkende Maßnahmen am Knotenpunkt Schwachhauser Heerstraße/Kirchbachstraße/Schwachhauser Ring mit dem Ziel, eine Quartierszufahrt über die Schumannstraße/Emmastraße während der Bauzeit offen zu halten, haben sich als nicht ausreichend erwiesen, um quartiersfremde Ausweichverkehre zu unterbinden. Von zusätzlichen verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Quartier werden aus fachlicher Sicht keine signifikanten Verbesserungen der Verkehrssituation erwartet.

Vor diesem Hintergrund wurde am 18. August 2020 die Emmastraße in Fahrtrichtung Schwachhauser Heerstraße ab Rheinthalener Straße als Einbahnstraße ausgewiesen und die Zufahrtmöglichkeit in das Quartier mit Schranken unterbunden. Eine Zufahrt über die Emmastraße in das Quartier ist somit weder für Ausweichverkehre noch für Quartiersverkehre mehr möglich.

Zu Frage 3: Für die Sperrung des Schwachhauser Rings wurden zwei Umleitungsvarianten für die Linie 22 geprüft: Eine Umleitung via Stern oder eine Umleitung via Horner Kirche/Achterstraße. Nach Abwägung aller Belange wurde sich für eine Umleitung über den Stern entschieden, da diese Variante unter verkehrlichen Gesichtspunkten besser abschneidet. Die Tangentialverbindung der Linie 22 in Schwachhausen kann nahezu unverändert aufrechterhalten werden, auch wenn eine Mehrfahrzeit von vier Minuten pro Richtung entsteht. Lediglich die Haltestelle „H.-H.-Meier-Allee“ wird nicht bedient. Der Umstieg zur Linie 6 findet dann am Stern statt.

Eine Umleitung via Achterstraße hätte den Nachteil gehabt, dass alle Haltestellen von der H.-H.-Meier-Allee bis zur Wiener Straße nicht von der Linie 22 bedient würden und somit deutlich mehr Fahrgäste negativ betroffen wären. Auch unter betrieblichen Aspekten ist diese Variante schlechter, da der Bahnübergang Achterstraße zu Verspätungen führen kann. Alle weiteren möglichen Alternativtoure, beispielsweise über die Emmastraße, sind nicht für die auf der Linie 22 eingesetzten und erforderlichen Gelenkbusse geeignet.

Ein zusätzlicher kleinräumiger Verkehr mit kleineren Fahrzeugen, Midi-Busse, scheidet aus, da die BSAG lediglich zwei solcher Fahrzeuge besitzt. Diese Fahrzeuge werden bereits für den Betrieb der Linie 82 benötigt.

Anfrage 13: Laxer Umgang mit den „Coronaregeln“ bei den Bremer Bädern?

Anfrage der Abgeordneten Eckhoff, Lübke, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. August 2020

Wir fragen den Senat:

Frage 1: Wie stellt der Senat die Einhaltung des Hygienekonzepts bei den Bremer Bädern sicher?

Frage 2: Wie wird dafür Sorge getragen, dass es nicht zu langen Wartezeiten und zu Unterschreitungen der Abstandsgebote beim Einlass in die Bremer Bäder kommt?

Frage 3: Welchen Verbesserungsbedarf sieht der Senat hinsichtlich der Organisation des Einlasses, der Einhaltung des Hygienekonzepts, des Onlineticketverkaufs sowie der Hinweise am Eingang?

Antwort des Senats:

Zu den Fragen 1 und 2: Im Zuge der Umsetzung der jeweils aktuellen Coronaverordnung hat die Bremer Bäder GmbH ein umfangreiches Hygienekonzept für das Betreiben der Hallen- und Freibäder erstellt. Dazu gehört unter anderem eine Begrenzung der Besucherzahlen in zwei Zeitfenstern am Tage. Das Hygienekonzept wurde dem Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt. Das Ordnungsamt hat jedes Freibad im Sommer circa zweimal unangekündigt aufgesucht, es gab keine Beanstandungen.

Gleichwohl haben sich an einigen wenigen, besonders sonnigen Tagen vor den Freibädern lange Warteschlangen mit vielen Menschen gebildet, insbesondere zu Beginn der Öffnungszeiten. Zudem standen zahlreiche Badegäste in den Warteschlangen, die Tickets für andere Zeitfenster oder andere Bäder gebucht hatten. Außerdem haben sich zahlreiche Gäste bereits eine Stunde vor Öffnung der Freibäder am Einlass angestellt, sodass entstehende Warteschlangen nicht abgebaut werden konnten.

Um sicherzustellen, dass die Abstands- und Hygieneregeln eingehalten werden und die Wartezeit beim Einlass vermindert wird, haben die Bremer Bäder zusätzliches Personal eingesetzt.

Zu Frage 3: Die Bremer Bäder GmbH hat die Erfahrungen dieses Sommers ausgewertet und wird mit den gewonnenen Erkenntnissen ihr Hygienekonzept weiter anpassen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Badegäste sich im Laufe der Zeit besser auf die Einschränkungen durch das Hygienekonzept eingestellt haben. Dazu hat unter anderem eine intensive Kommunikation durch die Bremer Bäder GmbH beigetragen. Mit der Einführung eines Webshops und dem Verkauf von Onlinetickets bereits vor Beginn der Coronapandemie hatten sich in den Bremer Bädern die Wartezeiten gegenüber den Vorjahren zunächst sogar verkürzt. Der Senat geht davon

aus, dass diese Angebote künftig intensiver genutzt werden.

Bei anhaltendem Bedarf wäre zu prüfen, ob weitere Entzerrungen mit baulichen Veränderungen erzielt werden können, zum Beispiel durch die Einrichtung zusätzlicher Ein- und Ausgänge.

Anfrage 14: Immer noch kein Tempo 30 an der Stromer Landstraße

Anfrage der Abgeordneten Strohmam, Imhoff, Thomas und Fraktion der CDU vom 1. September 2020

Diese Anfrage wurde inzwischen zurückgezogen.

Anfrage 15: Einschränkungen bei der Nutzung der Sportstätten der Universität Bremen

Anfrage der Abgeordneten Lübke, Frau Grobien, Frau Averwaser, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2020

Wir fragen den Senat:

Frage 1: Inwiefern kommt es seit Ende der Sommerferien 2020 bei der Nutzung der Sportstätten der Universität Bremen zu Reduzierungen beim ursprünglich vorgesehenen Stundenumfang für die Schulen und Sportvereine, und wie sind diese nach Kenntnis des Senats zu begründen?

Frage 2: Welche einzelnen Sportstätten der Universität Bremen betreffen die etwaigen Nutzungseinschränkungen konkret und welche Schulen und Vereine sind hiervon in welchem Umfang betroffen?

Frage 3: Durch wen und zu welchem Zeitpunkt wurden etwaige Nutzungseinschränkungen vor der regulären Wiederaufnahme des Sportbetriebs nach den Sommerferien 2020 an die Senatsressorts und dann an die Schulen und Vereine kommuniziert?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Seit dem Ende der Sommerferien sind die Sporthalle auf dem Uni-Campus sowie die Sporthalle an der Grazer Straße unter den Rahmenbedingungen der Coronapandemie nur eingeschränkt für den Schul- und Vereinssport nutzbar.

Ursächlich für die Einschränkungen sind in beiden Fällen die Anforderungen an Be- und Entlüftung in geschlossenen Räumen gemäß Coronaverordnung des Landes Bremen in Verbindung mit langfristig bekannten Sanierungsbedarfen in den Sporthallen. Angesichts der besonderen Infektionsrisiken im Zusammenhang mit der Coronapandemie hat die Universität auf Grundlage von DIN-Normen und Arbeitsstättenverordnung Berechnungen über die zulässige Zahl der aktiven Sportlerinnen/Sportler in den Hallen erstellt. Danach sind in der Halle auf dem Universitätscampus maximal 20 aktive Sportlerinnen/Sportler und in der Halle Horn maximal zehn aktive Sportlerinnen/Sportler zeitgleich zugelassen. Zusätzlich ist die Anwesenheit der Trainerinnen/Trainer/Lehrerinnen/Lehrer möglich.

Die Außensportanlagen auf dem Universitätscampus stehen für die Nutzung durch Schul- und Vereinssport zur Verfügung. Voraussetzung der Nutzung ist in allen Fällen, dass ein Hygienekonzept vorliegt und eingehalten wird.

Der mit dem für die Betreuung der Sportstätten zuständigen Verein für Hochschulsport verabredete zeitliche Nutzungsumfang für Schulen und Vereine ist gegenüber den Vorjahren grundsätzlich nicht reduziert. Gegenwärtige Nutzungsausfälle resultieren aus der wie dargelegt eingeschränkten Nutzbarkeit der Sportstätten.

Zu Frage 2: Wie zu Frage 1 geschildert, bestehen Nutzungsbeschränkungen durch die Reduzierung der zulässigen Gruppengrößen in der großen Sporthalle auf dem Universitätscampus und in der Sporthalle Grazer Straße. Betroffene Schulen sind die Oberschule an der Ronzellenstraße, die Oberschule Rockwinkel, das Gymnasium Horn, das Kippenberg-Gymnasium und das Hermann-Böse-Gymnasium.

Durch die Einschränkungen in der Sporthalle Grazer Straße ist insbesondere der TV Eiche Horn, Abteilung Badminton, betroffen. Durch die Einschränkungen in der großen Sporthalle ist die Durchführung von Wettkämpfen, insbesondere der Judoabteilung des TV Eiche Horn, weiterhin nicht möglich. Durch die Einschränkungen sind hauptsächlich der Turnverein Eiche Horn, vor allem am Standort Grazer Straße, und der Verein für Hochschulsport mit beiden Hallen betroffen. Im Bereich Badminton können keine Punktspiele in der Grazer Straße durchgeführt

werden und beim Training müssen die Mannschaften halbiert werden. Aufgrund dieser Einschränkungen muss auf andere Standorte ausgewichen werden, eine volle Kompensation ist jedoch nicht möglich.

Zu Frage 3: Die Universität hatte die Senatorin für Wissenschaft und Häfen, die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport mit Datum vom 30. Juli 2020 angeschrieben und über die Einschränkungen der Hallennutzung der Sporthalle auf dem Universitätscampus informiert. Die Schulen wurden durch die Senatorin für Kinder und Bildung über die entsprechenden Sachstände in der Folge jeweils umgehend informiert, konnten aber sowohl zu Beginn des Unterrichtsbetriebes am 28. August 2020 die Außenanlagen als auch am 2. September 2020 die Hallen nicht nutzen, da diese zunächst als gesperrt ausgewiesen waren. Am 3. September 2020 wurden die Anlagen dann endgültig zur Nutzung entsprechend der angekündigten Bedingungen freigegeben.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat das Schreiben an den Landessportbund Bremen weitergegeben. Da die Universitätssporthallen nicht vom beim LSB angesiedelten Sporthallenmanagement oder der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport verwaltet werden, konnte eine dezidierte Weitergabe an die einzelnen Nutzer nicht erfolgen.

Anfrage 16: Huchtinger Stadtteilhaus auch ein Jahr nach schwerem Brand weiterhin nicht nutzbar

Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Averwaser, Bodeit, Röwekamp und Fraktion der CDU

vom 7. September 2020

Diese Anfrage wurde inzwischen zurückgezogen.

Anfrage 17: Warum bleibt das Huchtinger Schwimmbad für den allgemeinen Publikumsbetrieb geschlossen?

Anfrage der Abgeordneten Tuncel, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 8. September 2020

Wir fragen den Senat:

Frage 1: Wie beurteilt der Senat, dass das Huchtinger Schwimmbad nach der verzögerten Sanierung nicht mehr für die allgemeine Öffentlichkeit geöffnet wird und auch am Wochenende generell geschlossen bleibt, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Nichtschwimmerinnen/Nichtschwimmer-Quote unter Grundschülerinnen und -schülern sehr hoch ist?

Frage 2: Wie beurteilt der Senat das Hygienekonzept der Bremer Bäder für das Schwimmbad Huchting, demzufolge man sich unter anderem nur noch im Foyer und nicht in den Umkleidekabinen umziehen darf und demzufolge das Duschen vor sowie nach dem Schwimmbadbesuch untersagt ist?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Bremer Bäder GmbH wurde im Rahmen der Umsetzung der jeweils gültigen Coronaverordnung aufgefordert, vor der Öffnung der Hallen- beziehungsweise Freibäder, ein Hygienekonzept zu erstellen. Dieses Konzept basiert unter anderem auf den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für das Schwimmwesen und sieht eine organisatorisch notwendige Trennung der Nutzergruppen vor. Die Wasserflächen wurden für öffentliches Schwimmen, Schwimm- und Aquakurse inklusive Kurse der Rheuma-Liga, Schulschwimmen, auch im Bereich der weiterführenden Schulen, und Vereinstraining zugeteilt.

Unter Beachtung der Hygiene- und Abstandsregeln und Einhaltung der damit deutlich begrenzten Besucherkapazitäten werden seitens der Bremer Bäder GmbH daher die Besucherströme zugewiesen. Für das öffentliche Schwimmen stehen das Freizeitbad Vegesack, das Schloßparkbad und das Westbad zur Verfügung. Schulschwimmen und Vereinstraining sind dort mit geringeren Zeitfenstern eingeplant. Für das Schulschwimmen, Schwimmernkurse und Vereinstraining wurden zusätzlich das Unibad, das Hallenbad Huchting und das OTeBad vorgesehen.

Das Hallenbad in Huchting wird täglich von 8 bis 20 Uhr und am Wochenende genutzt. Die Zeiten werden für Schwimmernkurse, das Schulschwimmen und das Vereinsschwimmen genutzt. Daher können in diesem Bad keine Zeiten für die Öffentlichkeit angeboten werden.

Grundsätzlich gilt für alle Bäder, dass die Bremer Bäder GmbH aufgrund der Coronapandemie die Personalstrategie anpassen musste. So arbeiten die Beschäftigten ausschließlich in festen Teams, um bei einer Infektion nicht die gesamte Belegschaft in Quarantäne schicken zu müssen und dadurch weiterhin handlungsfähig zu sein. In allen Bremer Bädern ist der Betrieb zurzeit nur mit zusätzlichen Reinigungen möglich. Dieses bindet das vorhandene Personal und kann nur durch Einsatz von Personal der Bäder, die geschlossen sind, gewährleistet werden.

Zu Frage 2: Das von der Bremer Bäder GmbH vorgelegte Hygienekonzept sieht vor, dass alle Bereiche der Bäder nach der Nutzung gereinigt werden müssen. Das betrifft insbesondere die Umkleiden und Sanitärbereiche. Wenn die Reinigungszeiten nicht zulasten der Nutzungszeiten gehen sollen, müssen Bereiche gesperrt werden. Dies ist für den Senat nachvollziehbar, auch die damit verbundenen Auswirkungen auf die Nutzerinnen und Nutzer der Bäder. Wie alle privaten und öffentlichen Stellen sind jedoch auch die Bremer Bäder gefordert, ihr Hygienekonzept regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.